

(Beginn: 14.16 Uhr - Ende: 20.52 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 22. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie Sie alle, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Rat.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute entschuldigt Frau dos Santos Herrmann und Frau Wolter.

Als Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Herrn Welter und Frau Tokyürek.

Meine Damen und Herren, heute Nachmittag findet die Trauerfeier für Gertrud - wir alle kennen sie besser unter dem Namen „Mucki“ - Koch statt, zu der sicherlich der eine oder andere von Ihnen hier gerne gegangen wäre. Mucki Koch ist in der letzten Woche im Alter von 92 Jahren verstorben. Sie war die letzte bekannte Edelweißpiratin. Wir gedenken ihr alle mit Hochachtung!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vor uns liegt heute wieder eine lange Tagesordnung. Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir diese festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind dort gesondert gekennzeichnet. Die nachträglich eingegangenen Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor: Im Antrag der Fraktionen SPD und Linke geht es um den Beschluss des Brandschutzbedarfsplans; dieser Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1. - Im Antrag der Fraktionen CDU, Grüne und FDP geht es um die Gewährleistung der Sicherheit durch Land und Bund beim bevorstehenden Großereignis CSD in Köln; dieser Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Konnte eine solche Einigung erzielt werden?

(Martin Börschel [SPD]: Wir schlagen vor, beide Aktuelle Stunden durchzuführen!)

Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich gemäß § 5 Absatz 4 der Geschäftsordnung zunächst abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Diese Anregung kam eben aus der SPD-Fraktion. Wer für die Durchführung beider Aktuellen Stunden ist, bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Linke und pro Köln. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt. Es wird also heute nur eine Aktuelle Stunde geben.

Nach § 5 Absatz 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist natürlich wie immer, welcher der beiden Anträge die Mehrheit des Rates findet. Wer ist für das von SPD und Linke vorgeschlagene Thema, Tagesordnungspunkt 1.1? - Das sind die SPD-Fraktion, die Piraten, die AfD, die Linke und pro Köln. - Wer ist für das von CDU, Grünen und FDP vorgeschlagene Thema? - Das sind die Grünen, die CDU, Deine Freunde, die FDP und Herr Wortmann. Das ist die Mehrheit. Die Aktuelle Stunde wird also zum Thema „Gewährleistung von Sicherheit“ durchgeführt.

Meine Damen und Herren, ich habe mich selbst bei der Abstimmung, welche Aktuelle Stunde heute hier abgehalten werden soll, enthalten. Die Verwaltung hat den Brandschutzbedarfsplan als Vorlage eingebracht. Ich nehme zur Kenntnis, dass der Rat über diese Vorlage heute und auch am Donnerstag nicht entscheiden möchte. Das entspricht der Rollenverteilung zwischen Rat und Verwaltung. Wir als Verwaltung haben Entscheidungen vorzubereiten. Die Entscheidungskompetenz und die Entscheidungsverantwortung obliegen selbstverständlich dem Rat. Inhaltlich tun wir alles das, was der Gesetzgeber mit seiner Neuregelung bezweckt. Der Gesetzgeber verpflichtet den Rat, sich mindestens einmal pro Wahlperiode mit der Thematik „Brandschutzbedarf“ auseinanderzusetzen, und das tun wir gerade. Das tun übrigens nicht nur wir, sondern die Diskussion darüber wird auch in anderen Städten mit sehr ähnlichen Positionen geführt. Ich sehe Einigkeit im Rat, dass wir in Köln in der glücklichen Lage sind, über eine leistungsfähige und motivierte Feuerwehr zu verfügen. Allen Kolleginnen und Kollegen, repräsentiert durch Herrn Feyrer an dieser Stelle, gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz zum Wohle aller.

(Beifall)

Es ist selbstverständlich auch das gute Recht eines jeden und einer jeden, für die eigene Position einzutreten und sich auch an einer Demonstration zu beteiligen. Ich gehe allerdings davon aus, dass dies nicht während der Dienstzeit und mit Dienstfahrzeugen geschieht, und heute, wie so oft, wenn es brennt, die Freiwillige Feuerwehr zu Hilfe gekommen ist.

Meine Damen und Herren, im Rat besteht noch Diskussionsbedarf über eine Bedarfsfrage, die aus Sicht der Feuerwehr nicht vom Himmel gefallen ist, sondern schon 2014 gegeben war. Die Verwaltung hat ihre Meinung dazu in der Vorlage zum Ausdruck gebracht. Wir sind für eine schnelle Entscheidung über den Bedarfsplan. Ich muss aber auch zur Kenntnis nehmen, dass es uns offenbar nicht gelungen ist, die Politik bisher von den Argumenten dieses Bedarfsplans zu überzeugen.

(Zurufe von der SPD: Doch!)

- Jedenfalls nicht in ihrer Gesamtheit. - Ich muss hier einen Vertrauensverlust zur Kenntnis nehmen. Die Ursachen hierfür sind für mich auch erst einmal zweitrangig. Es geht mir in erster Linie darum, diesem Vertrauensverlust entgegenzuwirken und zu dieser Vorlage das Gespräch zu suchen, um diese dringend notwendige Überzeugungsarbeit dort, wo sie nötig ist, dann auch zu leisten.

Auf eines - da bin ich ganz sicher - können sich die Kölnerinnen und Kölner jedenfalls verlassen: Unsere Feuerwehr wird auch weiterhin die notwendige Leistungsfähigkeit besitzen. Die Überstunden, die derzeit gemacht werden, um das Niveau, so wie es jetzt ist, aufrechtzuerhalten, sind auch finanziell gedeckt. Ich kann die Kollegen nur sehr bitten, weiterhin mit Motivation ihre Arbeit zu machen, bis hoffentlich im September über den Bedarfsplan entschieden werden kann. Sie dürfen sicher sein, dass, sofern Ad-hoc-Maßnahmen notwendig sind, um die Leistungsfähigkeit aufrechtzuerhalten, diese auch getroffen werden. Ich gehe davon aus, dass ich hier nicht nur für die Verwaltung spreche, sondern auch für eine große Mehrheit im Rat.

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt wieder zurück zur Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte im öffentlichen Teil vor: 4.9 und 4.10 - das sind kurzfristig eingegangene Anfragen der Fraktionen -, 10.1, 17.6, 17.7, 17.8 sowie im nichtöffentlichen Teil 23.15.

Abgesetzt wurden im öffentlichen Teil die Tagesordnungspunkte 10.7, 10.10, 10.14, 10.27, 10.37, 10.44, 10.46, 10.50, 12.4 sowie im nichtöffentlichen Teil die Punkte 23.4 und 24.5.

Gibt es Wortmeldungen dazu?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir hatten zu TOP 23.15 in der Vorbesprechung der Geschäftsführer etwas gesagt! - Gegenruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das ist hier nicht zu hören!)

Herr Frank beantragt die Absetzung von Tagesordnungspunkt 23.15. - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben zum Tagesordnungspunkt 23.6, Kita Zitronenfalterstraße in Rodenkirchen, noch Beratungsbedarf. Wir haben von der Verwaltung erst heute die Ausschreibungsunterlagen bekommen. Es hatte im Liegenschaftsausschuss Unsicherheiten wegen des Punktesystems gegeben. Ich bin nicht mehr dazu gekommen, diese Unterlagen noch vor der Sitzung zu lesen. Deswegen bitte ich darum, das zu schieben. Sollte das Problem gelöst sein, können wir das in der Sommerpause möglicherweise per Dringlichkeitsentscheidung machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Beantwortet wird, Tagesordnungspunkt 23.6 abzusetzen.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will es jetzt formell machen. Wir haben noch Beratungsbedarf zu TOP 10.4, Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen. Daher bitten wir, diesen Punkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen und ihn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.

Zu dem eben genannten Punkt 23.15 im nichtöffentlichen Teil: Die Unterlage dazu wurde erst heute freigegeben und konnte deshalb noch nicht gelesen werden. Man kann da sicherlich auch mit einer DE arbeiten. Zuvor muss man aber erst einmal den Inhalt zur Kenntnis nehmen. Daher bitte ich darum, TOP 23.15 von der Tagesordnung abzusetzen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Beantwortet wurde, Tagesordnungspunkt 10.4 im öffent-

lichen Teil und 23.15 im nichtöffentlichen Teil abzusetzen. - Gibt es weitere Wortmeldungen hierzu? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Weder, noch. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Wir kommen nun zum ersten Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil:

**1.2 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Land und Bund müssen Sicherheit für Köln gewährleisten“
AN/1245/2016**

Ich bitte um Ihre Wortmeldungen. - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine verehrten Damen und Herren! Uns allen hier im Saal sind sicherlich noch die schlimmen Ereignisse der Silvesternacht präsent, aber auch die Tage und Wochen danach; denn die Medienberichterstattung - nicht nur die der lokalen Presse und Fernsehsender, sondern auch national und international - hat uns wochenlang nicht zur Ruhe kommen lassen. Es war eher ein zweifelhaftes Vergnügen, zum Beispiel einem kanadischen Radiosender ein Interview zu geben oder im Zuge dieser Berichterstattung von der *New York Times* angerufen zu werden. Es ist weltweit über dieses Ereignis berichtet worden, und es ist ein sehr schlechtes Bild von Köln gezeichnet worden. Am letzten Wochenende hat *Spiegel Online* zu diesem Thema noch einen Artikel nachgeschoben, in dem es heißt:

Die Silvesternacht ist zum Symbol eines überforderten Rechtsstaats geworden.

Umso wichtiger ist es, festzustellen, dass sich in Sachen Sicherheitslage in Köln seit einigen Monaten etwas getan hat. Es gab deutliche Verbesserungen und viele Veränderungen.

Wir haben einen Untersuchungsausschuss des Landtages eingerichtet, der sich um die Aufarbeitung der Ereignisse kümmert und versucht, etwaige Versäumnisse insbesondere der Sicherheitsbehörden offenzulegen und Optimierungspoten-

zial zu identifizieren. Das ist sicherlich gut und richtig.

Aber noch viel wichtiger für Köln ist die Tatsache, dass wir einen neuen Polizeipräsidenten haben, der sich noch im selben Monat, in dem er sein Amt angetreten hat - am 19. Januar wurde er vom Innenminister benannt -, mit der Oberbürgermeisterin zusammengesetzt und die Sicherheitslage bei Großereignissen in Köln erörtert hat. Er hat sehr schnell einige Eckpfeiler für ein verbessertes Sicherheitskonzept der Stadt implementiert.

Ein Kernpunkt dieses Konzepts ist die Videoüberwachung, die von der einen oder anderen Partei hier im Rat offensichtlich nicht so gewünscht wird, wie der Polizeipräsident, die Oberbürgermeisterin und auch wir es wünschen. Darüber reden wir gleich noch; dazu wird Kollege Pohl etwas sagen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Abschreckung durch Präsenz. Im Prinzip ist es eine ganz einfache Formel: Prävention durch Abschreckung durch mehr Polizeipräsenz auf den Kölner Straßen. Obwohl die Ereignisse nun schon ein halbes Jahr zurückliegen, haben wir zum Beispiel an den Wochenenden auch jetzt noch eine Hundertschaft zusätzlicher Einsatzkräfte, die auf unseren Plätzen und in unseren Einkaufsstrassen hier in Köln für Sicherheit sorgen.

Dieses Konzept der Präsenz und das neue Sicherheitskonzept der Kölner Polizei insgesamt tragen erste Früchte. Der Polizeipräsident selbst hat im AVR berichtet, dass zum ersten Mal seit Jahren die Einbruchdiebstähle in Köln zurückgehen. Das ist doch wirklich einen kleinen Applaus wert.

(Beifall bei der CDU)

Das ist wunderbar. Schauen wir mal, wie sich die Statistik tatsächlich weiterentwickelt.

Aber das ist nicht alles. Heute konnten wir in der Zeitung lesen, dass auch in den Einkaufsstrassen und rund um den Bahnhof und den Dom die Anzahl der Straftaten deutlich zurückgeht. Auch das ist ein Ergebnis der höheren Polizeipräsenz in unserer Stadt. Noch viel wichtiger in dem kleinen Artikel im *Stadt-Anzeiger* heute war das deutliche Signal, das die Kölner Polizei aussendet, nämlich dass sie auch weiterhin auf diese Polizeipräsenz hier in Köln setzt und das Konzept weiterführen wird. Dafür danken wir der Polizei ganz besonders; denn das ist genau das klare Signal, was wir in die Welt senden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Ganz anders verhält es sich mit der Bundespolizei und der zweifelhaften Rolle, die diese Behörde in der Silvesternacht gespielt hat. Das konnten wir wiederholt den Medien entnehmen. Alenthalben war von deutlich zu wenig Personal an diesem Einsatzschwerpunkt hier in Köln die Rede. Auch heute noch - so sagen zumindest interne Papiere - ist unser Bahnhof trotz aller Bemühungen der Bundespolizei ein absoluter Brennpunkt bei Diebstählen. Es ist natürlich eine Katastrophe, wenn dieser Bahnhof, an dem die Menschen von überallher ankommen, trotz der Klassifizierung als Einsatzschwerpunkt immer noch ein Brennpunkt bei Diebstählen ist. Das zeigt, dass die Behörde offensichtlich überfordert ist. Wenn man in einer solchen Situation darüber nachdenkt, weiteres Personal aus dem Bahnhof abzuziehen, dann wird man seiner Aufgabe tatsächlich nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn nur ein Teil dessen stimmt, was *Spiegel Online* berichtet, dann müssen wir das öffentlich diskutieren. Wir legen auch der Oberbürgermeisterin ans Herz, das öffentlich zu thematisieren. Deswegen wollen wir diese Aktuelle Stunde auch mit einem Verweis in die Verwaltung beenden, damit sie sich dieser Sache annimmt.

Es muss genau das passieren, wofür die Bundesbehörde und die Landesbehörde verantwortlich sind. Die innere Sicherheit in Köln zu gewährleisten, ist nicht eine Aufgabe der Stadtverwaltung. Die innere Sicherheit auf den Kölner Plätzen und Straßen zu gewährleisten, ist Aufgabe der Landespolizei, die ihrer Aufgabe offensichtlich nachkommt. Die innere Sicherheit auf den Bahnhöfen und Bahnanlagen zu gewährleisten, ist Aufgabe der Bundespolizei.

Wir fordern die Bundespolizei auf, diese falsche Entscheidung zurückzunehmen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das müssen Sie Frau Merkel sagen!)

- Genau. Das ist der letzte Satz. Herr Detjen, warten Sie einfach ab, bis ich ihn ausgesprochen habe. - Wir haben deswegen unsere vier Bundestagsabgeordneten in Berlin gebeten, sich dieser Sache anzunehmen und dafür zu sorgen, dass sich Berliner Gremien damit befassen, um diese falsche Entscheidung zu revidieren. Ich fordere Sie, meine Damen und Herren von den anderen Fraktionen auf, Gleiches zu tun; denn die Sicherheit der Kölnerinnen und Kölner, aber

auch der vielen nationalen und internationalen Gäste unserer Stadt sollte unabhängig vom Parteibuch ein Anliegen aller Bundestagsabgeordneten aus Köln sein.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! „Die Silvesternacht, die Nacht, die kein Ende nimmt“, so titelte letzten Donnerstag das *ZEITmagazin*, das eine Sonderausgabe zur Silvesternacht herausgegeben hat, die Nacht, die in Köln vieles verändert hat. Die Welt schaut weiterhin auf Köln. Die Stadt, die sich selbst als weltoffen und tolerant definiert und auch als eine freundliche und emanzipierte Stadt wahrgenommen werden will, hat sich in dieser Nacht anders präsentiert, hat sich verändert.

Seit einem halben Jahr wird nun über die Silvesternacht gestritten und debattiert. Sicherheitskonferenzen wurden abgehalten. Die Gerichtsverhandlungen laufen. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse wurden eingesetzt, forschen und decken Widersprüche auf. Das Ziel ist, aus der Silvesternacht zu lernen, Konsequenzen zu ziehen, Fehler aufzudecken. Wir wollen, dass so etwas nie wieder passiert in Köln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die *Zeit* hat für ihre Ausgabe sechs Monate lang recherchiert, rekonstruiert und Konsequenzen formuliert, relativ differenziert und meines Erachtens gut recherchiert. Sie schreibt, die Polizei hätte Übergriffe nicht verhindern können, aber die Übergriffe eingrenzen müssen. Von den massenhaften Verabredungen von Männern, um in Köln Frauen zu begripschen, wusste die Polizei nichts, und sie konnte nicht damit umgehen. Trotzdem hätte sie Opfern Hilfe und Unterstützung leisten müssen.

Die *Zeit* meint auch: Die Täter stammen aus spezifischen Milieus. Diese sind nicht ethnisch begründet, sondern eher sozial. Es sind junge Männer aus Nordafrika, die bereits in ihren Herkunftsländern am Rand der Gesellschaft standen. Sie waren hier allein, ohne ihre Familien. Nach einer oder auch mehreren Odysseen sind

sie in Deutschland gelandet und suchen nach einer besseren Zukunft. Es war eben nicht *der* arabische Mann.

Die Kommunikation, die danach sowohl innerhalb der Polizei als auch mit der Öffentlichkeit gelaufen ist, war falsch, so schätzt es die *Zeit* ein. Die Polizei und das Innenministerium verstrickten sich in Widersprüche. Der Eindruck und der Vorwurf der Vertuschung stehen immer noch im Raum. Die *Zeit* schlussfolgert, dass der danach entstandene Hype gegen Menschen mit fremdländischem Aussehen ein Ventil war. Die Ereignisse wurden mit einer Kritik an einer Willkommenskultur verknüpft. Vielleicht ist diese Kritik an einer Willkommenskultur für manche sogar willkommen gewesen.

Als Kölnerin kann ich sagen, dass sich die Stadt seit dieser Nacht verändert hat und sich der Bahnhofsvorplatz jetzt wieder in einem geordneten Zustand befindet. Ich kann feststellen, dass sich die Polizeipräsenz verdient gemacht hat. Der Karneval lief gut, friedlich, freundlich und konfliktfrei ab. Von Köln gingen positive Bilder um die Welt. Das eigene Selbstverständnis einer weltoffenen Stadt, die ein bisschen verrückt, aber sehr liebenswert ist, wurde gezeigt und gelebt. Köln möchte sich freimachen von der Last der Ereignisse der Silvesternacht.

Am kommenden Wochenende feiern wir nicht Karneval. Am kommenden Wochenende demonstrieren Schwule, Lesben und Transgender gegen Diskriminierung und für eine hundertprozentige Gleichstellung und eine uneingeschränkte Akzeptanz in der Gesellschaft. Das kommende Wochenende wird im Zeichen des CSD stehen.

Wenn wir uns vorheucheln, dass diese Ziele des CSD schon erreicht wären, liegen wir falsch. Der CSD ist natürlich noch vielen ein Dorn im Auge, nämlich allen, die gegen eine tolerante und gegen eine bunte Gesellschaft sind. Er ist auch ein Dorn im Auge der Fanatiker, der Vernagelten und der Rechten. Um eine Demonstration durchzuführen und somit das Bild eines toleranten Köln nach außen zu zeigen, muss die Sicherheit am CSD garantiert sein. Dafür muss Personal vorgehalten werden, auch vonseiten der Bundespolizei, und es muss präsent sein.

Am letzten Wochenende haben wir erleben müssen, wie mit Schwulen, Lesben und Transgendern in Istanbul umgegangen worden ist. Sie haben unsere Solidarität verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Sie können sich nämlich nicht auf einen Staat verlassen, der sie schützt. Hier ist der Staat der Aggressor. Im Namen der Oberbürgermeisterin war ja auch Andreas Wolter vor Ort und hat miterleben müssen, wie Hetze gegen Schwule, Lesben und Transgender aussieht.

Homophobie findet nicht nur vor den Toren unserer Stadt statt, sondern auch innerhalb der Stadt Tore. Wenn Umfragen ergeben, dass immer noch 40 Prozent der Menschen es widerlich finden, wenn zwei Männer sich küssen, dann weiß ich, dass der CSD seine politische Ausrichtung nicht verlieren darf und weiter kämpfen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Homophobie und Diskriminierung sind leider immer noch Alltag der Schwulen, Lesben und Transgender.

Wir als Stadt, die das Selbstverständnis einer toleranten und emanzipierten Gesellschaft hat, aber auch wir als Stadt, die Ereignisse wie in der Silvesternacht nie wieder geschehen lassen wollen, brauchen dafür die Unterstützung der Polizei. Berichte, dass die Bundespolizei ihre Präsenz abbauen will, bieten den Intoleranten und denjenigen, die die Toleranz mit Füßen treten wollen, die Möglichkeit, sich weiter auszubreiten und erneut Unheil anzurichten. Am CSD brauchen wir die Polizei, aber auch darüber hinaus.

Wenn Köln sich selbst als Stadt der Schwulen, Lesben und Transgender bezeichnet und dieses tolerante Lebensgefühl am kommenden Wochenende in die Welt hinaustragen möchte, dann ist es Aufgabe der Sicherheitskräfte, einen Rahmen abzustecken und ein abgestimmtes Sicherheitskonzept vorzuhalten, damit sich dieses Lebensgefühl entfalten und es von Köln in die Welt getragen werden kann. Gewalt, Übergriffe, ungewollte Grapschereien und Angst dürfen in dieser Stadt keinen Platz mehr haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kirsten, das waren sehr schöne Worte von dir

zum CSD. Dem will ich nicht mehr viel hinzufügen. Ich glaube, es ist besser, wenn ich mich bei diesem Thema aufs Zuhören beschränke; denn ich war schon vor 25 Jahren dabei, als die erste Parade hier stattfand.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Untersuchungsausschuss des Landtages zu den Vorfällen in der Silvesternacht ist noch in vollem Gange. Es laufen noch viele Strafverfahren wegen sexueller Belästigung, Vergewaltigung, Raub und Gewalt gegen Frauen in und um den Kölner Hauptbahnhof in dieser Nacht. Das ist noch lange nicht aufgearbeitet.

Und was macht die Bundespolizei? Wir müssen lesen: Sie will ihre Sicherheitskräfte vom Kölner Hauptbahnhof abziehen. Bundesinnenminister de Maizière ist Köln und sein Hauptbahnhof, der Ort, der weltweit für die nächtliche Hetzjagd auf Frauen mitten in Europa steht, offensichtlich nur noch eine Notbesetzung mit Sicherheitskräften wert. Dieser Bundesinnenminister lässt sich ja gerne mit kernigen Sprüchen zur inneren Sicherheit in den Medien zitieren. Wenn es aber um die rein praktische Umsetzung von einfachsten Mitteln zur Herstellung von Sicherheit geht, versagt dieser Mann auf ganzer Linie.

(Beifall bei der FDP)

Anders kann die FDP-Fraktion den Abzug von Bundesbeamten vom Hauptbahnhof nicht bewerten. Irgendwie hat Deutschland mit seinen Innenministern und deren Kompetenz zurzeit kein Glück. Denn mit diesem Versagen mit Ankündigung steht der Bundesinnenminister in einer Reihe mit unserem Landesinnenminister Ralf Jäger. Was in dessen Ministerium bzw. auf seinem Handy zutage kam oder auch nicht, lässt einen um die innere Sicherheit in NRW bangen. Mehr noch: Es lässt einen auch um die Verfassung dieser Landesregierung bangen, wenn eine Ministerpräsidentin mehrere Tage einfach untergetaucht ist bzw. drei Tage lang nicht informiert wird oder nicht informiert werden kann, wie ihre eigene Staatskanzlei offenbarte.

Kein Tag vergeht, an dem die verunsicherte Kölner Bevölkerung und weit darüber hinaus neue Schreckensmeldungen hört, wie es um die innere Sicherheit an Silvester in und um den Kölner Hauptbahnhof stand. Gerade jetzt ist die Polizei gefordert, bei der Bevölkerung verlorenes Vertrauen durch Präsenz an den Orten der Schandtaten zurückzugewinnen.

(Beifall bei der FDP und Bernd Petelkau [CDU])

„Polizei vor Ort“, so muss doch jetzt die Devise sein, und nicht: „Polizei - die ist dann mal weg“, wie es der Bundesinnenminister leider der verstorbenen Öffentlichkeit kundtut. Auch ist die Begründung des Sprechers der Bundespolizei für diesen Abzug haarsträubend: Die Straftaten im Hauptbahnhof seien durch die erhöhte Polizeipräsenz zurückgegangen. Nun könnten die Polizisten wieder nach Hause gehen. - Hotspots der Kriminalität kann man doch nicht wie eine Grippe behandeln: Wenn die Beschwerden abklingen, können auch die Medikamente abgesetzt werden.

(Beifall bei der FDP)

Diese Naivität vonseiten der Bundespolizei lässt einen nur noch ratlos zurück. Die letzten sechs Monate in und rund um den Kölner Hauptbahnhof haben doch eindeutig belegt: mehr Beamte, weniger Straftaten.

Wir können uns hier in Köln glücklich schätzen, dass wir mit Jürgen Mathies einen neuen Polizeipräsidenten haben, der weiterhin auf polizeiliche Präsenz setzt, da dieses Konzept ganz eindeutig erfolgreich ist.

(Beifall bei der FDP)

Herr Mathies gibt mit seiner Politik der sichtbaren Polizei auf Kölner Straßen und Plätzen den Menschen das Vertrauen in die innere Sicherheit zurück, was die Innenminister in Bund und Land leider nicht tun.

Die FDP kann darum in der heute von uns mit beantragten Aktuellen Stunde im Kölner Rat beide Minister nur auffordern: Lassen Sie Ihren Worten zur Bekämpfung von Kriminalität endlich Taten folgen! Ziehen Sie Ihre Ankündigung, die Bundespolizisten aus dem Kölner Hauptbahnhof wieder abzuziehen, zurück! Köln und sein Hauptbahnhof brauchen jeden der hier eingesetzten Polizisten.

Wir stehen nach der Hetzjagd auf Frauen in der Silvesternacht im Fokus der Weltöffentlichkeit. Frau Jahn hat es angesprochen: Köln steht vor der europaweit größten CSD-Feier, zu der viele ausländische Gäste erwartet werden. Der Kölner Polizei ist bekannt, dass bei den identifizierten Tätergruppen der Silvesternacht gerade auch Lesben und Schwule zum bevorzugten Opferkreis gehören. Ich erinnere hier an den Vortrag im Kölner Polizeipräsidium zu den Silvesterereignissen im Rahmen der Veranstaltung des

Bundes Deutscher Kriminalbeamter am 22. Juni; Kolleginnen und Kollegen dieses Rates waren dabei.

Herr de Maizière, schauen Sie auf diese Stadt! Lassen Sie Ihre Polizisten hier! Köln kann und Köln will sich Bilder wie die aus der Silvesternacht nicht mehr leisten. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! So schnell kann es gehen: Noch im heutigen *Kölner Stadt-Anzeiger* lässt sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Petelkau, mit dem Satz zitieren: „Köln ist eine sichere Stadt und bleibt das auch“, um dann postwendend, wenn es Ihnen gerade in den Kram passt, ein für Sie missliebiges Thema von der Tagesordnung abzusetzen und in alarmistischer Art und Weise heute eine Aktuelle Stunde zu beantragen mit dem Titel „Land und Bund müssen Sicherheit für Köln gewährleisten“. Das nenne ich schamlos, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken)

Um eines vorweg zu sagen - Herr Kollege Elster, da bin ich mit Ihnen einer Meinung -: Wenn der Bund die Kräfte der Bundespolizei im und am Hauptbahnhof reduzieren will, ist das eine große Fehlentscheidung. Wir haben uns bereits an die Bundesregierung und unsere Bundestagsabgeordneten gewandt und darum gebeten, diese Fehlentscheidung zu korrigieren. Die Bundespolizei, die für den Bahnhof selbst, Teile des Bahnhofsvorplatzes, den Breslauer Platz und die Gleisanlagen der Brückenbauwerke unmittelbar zuständig ist, war nicht nur in der Silvesternacht hoffnungslos unterbesetzt, sondern sie ist es permanent, unter anderem wegen grenznaher Einsätze im Süddeutschen. Auch das ist ein Fehler, der dringend korrigiert werden muss. - So weit sind wir heute einer Meinung.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, wir sind auch schnell einer Meinung, wenn wir festhalten, dass der Einsatz der Polizei in der Silvesternacht im Ergebnis eine Katastro-

phe war, eine Katastrophe für viele Frauen, die mit Sicherheit traumatisiert diese Nacht lange Zeit, wenn nicht Zeit ihres Lebens in Erinnerung behalten werden. Dass die Polizei diese Vorfälle nicht hat verhindern können, kritisieren wir.

Sie haben verschiedentlich den Untersuchungsausschuss im Landtag angesprochen. Wir versuchen dort, wo es eben geht, Licht ins Dunkel zu bringen, bei der Aufklärung mitzuhelfen, wo und wer notwendige Konsequenzen ziehen muss. Eines ist klar: Bei allem Respekt vor den in der Nacht eingesetzten Kräften, den ich ausdrücklich habe und teile: Dieser Einsatz hat die schlimme Situation nicht verhindern können und muss deswegen dringend aufgearbeitet werden.

Wenn wir uns mit der Personalsituation der Polizei beschäftigen, gehört zur Wahrheit dazu - Polizeipräsident Mathies hat ja im AVR vorgetragen; Sie haben es eben angedeutet, Herr Dr. Elster -, dass die Polizei Köln in den letzten fünf Jahren 200 Planstellen mehr besetzen kann und dass durch das Sofortmaßnahmenprogramm der Landesregierung im Jahr 2016 weitere Kräfte hinzukommen werden. All dies sind gute und richtige Entscheidungen, genauso wie es richtig ist, dass Polizeipräsident Mathies sein Präsenzkonzept auf Basis dieser verstärkten Planstellen auch umsetzt. Das unterstützen wir und finden wir richtig.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit ist eine umfassende Aufgabe, die nach dem berühmten Dreiklang „Prävention, Hilfe und Sanktion“ viele Lebens- und Aufgabenbereiche betrifft.

Dazu brauchen wir erstens endlich ein Gesamtkonzept in dieser Stadt. Zu diesem Gesamtkonzept gehört, dass wir die Personalsituation und auch die sächliche Ausstattung im Ordnungsamt der Stadt Köln weiter verstärken müssen. Ich erinnere daran, dass der Leiter des Ordnungsamtes, Herr Rummel, vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Landtag ausgesagt hat, dass selbst nach Zusetzung von 100 Ordnungskräften die Relation Ordnungskräfte / Bevölkerung in Köln immer noch unterdurchschnittlich ist, sie immer noch hinter der von Düsseldorf liegt. Deswegen brauchen wir hier einen weiteren Schritt, nachdem der erste Schritt ohnehin nur zaghafst getan wurde.

Wir brauchen zweitens eine deutlich bessere Kontrolle und Ausschreibungen, was die Subkräfte angeht. Wir werden heute noch eine entsprechende Ausschreibung beraten und sind dringend der Meinung, dass mehr dazu gehört, als Deutsch mittelmäßig zu beherrschen und ei-

ne warme Jacke zu tragen, wenn man die Ordnungskräfte bei wichtigen Großlagen unterstützen will. Dazu werden wir später noch ausführen.

Wir sind drittens der Meinung, dass das Konzept der Videoüberwachung, das nicht die Präsenz der Polizei ersetzt, aber ergänzt und ein wichtiges präventives Element sein kann, unbedingt unterstützt werden sollte. In dem Zusammenhang, liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, kann ich Ihnen nur zurufen: Ihr Änderungsantrag, den Sie heute zum Antrag der Linken eingereicht haben, versucht im Grunde das misslungene Kunststück, nämlich einerseits zu sagen: Ja, wir wollen die Videoüberwachung - so wie die CDU es sagt - und andererseits dafür nichts zu tun. Sie schieben das Ganze in Wahrheit auf die lange Bank, und das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der ersten Runde dieser Aktuellen Stunde ist es mir ein großes Anliegen, zu betonen: Sicherheit und Ordnung sind nicht nur Angelegenheit von Polizei und Ordnungskräften. Wenn man Sicherheit als allumfassende Aufgabe wahrnimmt, geht es auch um den Schutz bei Großveranstaltungen, bei Katastrophen, bei Bränden und bei Unfällen. Es gibt eine Institution, die in allen Krisenstäben sitzt. Es gibt eine Institution, die bei jeder dieser Sicherheitslagen in vorbildlicher Art und Weise mithilft. Das ist die Kölner Feuerwehr, und das sind die Freiwilligen Feuerwehren, derer es mithilfe von ehrenamtlichen Engagement in dieser Stadt glücklicherweise viele gibt.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Gerade hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, bahnt sich heute ein Versagen großen Ausmaßes an, von dem Sie mit Ihrer Aktuellen Stunde nur schamlos ablenken wollen. Obwohl es eine verschärfte gesetzliche Verpflichtung gibt, obwohl es ein eindeutiges Gutachten eines externen Gutachters aus dem Jahr 2015 gibt, obwohl die Stadtverwaltung ihren Brandschutzbedarfsplan trotz dieser gutachterlichen Forderungen angepasst hat und Stellenbemessungen reduzieren will, wollen Sie diesen Brandschutzbedarfsplan heute nicht beschließen. Noch mehr: Sie kürzen das Geld, um es für eigene Zwecke auszugeben. Das ist ein Skandal, liebe Kolleginnen und Kollegen, und daran müssen Sie sich erinnern lassen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Zum Thema!)

Stattdessen greifen Sie zu Verschwörungstheorien. Der Kollege Frank lässt sich im *Kölner Stadt-Anzeiger* damit zitieren, hier sei ein „Netzwerk von Feuerwehreinstitutionen“ am Werk. - In Wahrheit kürzen Sie für 2016 70 Prozent der dafür vorgesehenen Mittel und für 2017 sogar 85 Prozent der dafür vorgesehenen Mittel. Sie missachten damit die Feuerwehr, Sie missachten damit die Freiwilligen Feuerwehren - und das, obwohl Sie wissen, dass die Kolleginnen und Kollegen pro Jahr 200.000 Überstunden ableisten.

Deswegen, liebe Frau Oberbürgermeisterin, will ich Ihnen ganz ehrlich sagen:

(Niklas Kienitz [CDU]: Kommen Sie jetzt mal zum Schluss!)

Die Feuerwehrleute brauchen von Ihnen keine Maßregelungen und keine Ermahnungen, sondern sie brauchen Ihre Unterstützung. Dass Sie ihnen hier sagen, dass sie nur außerhalb der Dienstzeit hier draußen demonstrieren dürfen, halte ich für unangemessen. Überstunden haben sie wahrlich genug.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das habe ich nicht gesagt, Herr Börschel, und das wissen Sie auch. Ich bitte Sie jetzt zum Schluss zu kommen. Ich habe Ihnen eine Überschreitung der Redezeit eingeräumt, genauso wie allen anderen zuvor.

(Beifall bei der CDU)

Martin Börschel (SPD): Genauso?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, genauso.

Martin Börschel (SPD): Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Stadt Köln nach Hamburg die größte Risikolage aller Großstädte in dieser Republik hat: durch Großveranstaltungen, den Rhein, den Autobahnring, den Flughafen und vieles andere mehr. Deswegen appelliere ich an Sie: Noch ist es nicht zu spät. Kehren Sie um! Besinnen Sie sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, der Sicherheit dieser Stadt, aber auch im Sinne von Achtung gegenüber der Feuerwehr und allen Menschen, die sich da en-

gagieren! Binnen weniger Tage haben die Kolleginnen und Kollegen 5.000 Unterschriften gesammelt und mich beauftragt, sie Ihnen zu übergeben. Das will ich hiermit gerne tun.

(Zurufe - Beifall bei der SPD und der Linken - Dr. Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Frau Oberbürgermeisterin! Gestatten Sie eine Nachfrage an den Kollegen Börschel? - Gegenruf von Martin Börschel [SPD]: Ich stehe doch nicht mehr am Rednerpult!)

Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen]: Herr Kollege Börschel, Sie haben hier von Achtung gesprochen. Ist Ihnen bekannt, wie viele Mitglieder Ihrer Fraktion - ich glaube, das ist die größte Fraktion hier im Rat - bei der Vorstellung des in Rede stehenden Gutachtens zum Brandschutzbedarfsplan anwesend waren? Ich kann Ihnen die Antwort liefern: Niemand aus Ihrer Fraktion hatte so viel Achtung vor der Berufsfeuerwehr.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, da Sie diese Zwischenfrage zugelassen haben - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es war eine Frage an mich, Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Nein, die Zwischenfrage hat er an mich gerichtet, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Martin Börschel (SPD): Sie hätten sie ja nicht zulassen müssen. Aber ich will selbstverständlich darauf antworten. - Kollege Unna, Ihnen dürfte bekannt sein, dass Informationsgewinnung nicht auf eine einzelne Veranstaltung beschränkt ist. Wir haben uns selbstverständlich intensiv mit dem Brandschutzbedarfsplan und dem Gutachten auseinandergesetzt. Für uns ist keine Frage offen geblieben, leider Gottes aber für Sie, und das ist ja das Problem.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte Sie alle, auch den nächsten Redner, Herrn Detjen, jetzt wieder zum Thema der Aktuellen Stunde zu sprechen.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Ich habe ja noch gar nichts gesagt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darum bitte ich schon im Vorfeld.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Das Jamaika-Bündnis fühlt sich beim CSD von Land und Bund - Zitat - „alleingelassen“, wie Sie in Ihrem Antrag schreiben. Sie scheinen das zu differenzieren. Ich wundere mich, dass die Realität in Ihrem Antrag gar keine Rolle spielt. Die Kölner Polizei wird im Vergleich zum vergangenen Jahr doppelt so viel Beamtinnen und Beamte beim CSD einsetzen. Die Kölner Polizei wird das erste Mal eine Truppe von Bereitschaftspolizisten - stark ausgestattet mit 35 Personen - im Hintergrund haben. Das ist die Realität, meine Damen und Herren. Nicht weniger Polizei wird beim CSD eingesetzt, sondern doppelt so viel Polizei.

(Beifall bei der Linken)

Das verstehen Sie unter „alleingelassen“? Das wundert mich doch sehr. Ich habe den Eindruck, Sie haben mit der Kölner Polizei gar nicht kommuniziert. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass ich mich sehr viel mit der Polizei auseinandersetze; aber ich telefoniere mit ihr auch viel; denn wenn ich sie kritisieren will, muss ich mich zumindest informieren. Und die Informationen, die ich erhalten habe, sind ganz anders als die, die Sie hier dargestellt haben.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Zum Glück wird die Kölner Feuerwehr in voller Stärke beim CSD präsent sein.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Im Rahmen der Einsatzplanung wurde festgelegt, dass zusätzliches Personal bereitgestellt wird. Der Rettungsdienst ist personell aufgestockt. Viele Feuerwehrleute müssen Mehrarbeit leisten, weil die Einsatzbereitschaft insgesamt verstärkt wurde. Die Kölner Feuerwehr ist im gemeinsamen Führungsstab zum CSD weiterhin stark vertreten. Sie will solche Großveranstaltungen

gen koordinieren. Dazu ist die Kölner Feuerwehr auch da. Das macht sie bei Großveranstaltungen zum Teil auch gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr. Deswegen ist gerade der Unmut der Freiwilligen Feuerwehr über Ihre Attacken in Sachen Brandschutzbedarfsplan besonders groß.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Köln wird nicht alleingelassen. Sie müssen nur die entsprechenden Mittel bereitstellen. Dann werden diese Leute noch stärker motiviert sein, als sie es jetzt schon sind.

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie haben sehr eingeschränkte Vorstellungen von einem Sicherheitskonzept. Wir haben doch auch noch die Ordnungskräfte der Stadt Köln. Auch sie sind innerhalb des CSD aktiv im Einsatz.

(Ulrich Breite [FDP]: Stimmt doch gar nicht!)

Deswegen glaube ich, Sie sollten Ihren Sicherheitsbegriff etwas erweitern und alle Akteure, die beim CSD für Sicherheit sorgen, mit berücksichtigen. Diese Veranstaltung wird von Polizei, Feuerwehr, Bundespolizei und Ordnungskräften abgesichert, nicht zu vergessen auch von den vielen Ehrenamtlichen, die am Tag des CSD ihren Dienst tun. Das ist die Realität. Es ist ein Netzwerk organisiert worden. Das ist Sicherheitspolitik. Ich verstehe nicht, warum Sie - insbesondere die Grünen verstehe ich nicht - den Begriff „Sicherheit“ so eingeschränkt definieren.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Gerade das NRW-Innenministerium hat in der Frage von Großeinsätzen gesagt: Auf Landesebene hat die Federführung im Koordinationsstab die Feuerwehr und nicht irgendeine andere Institution. Ich will das nur noch einmal deutlich machen, wenn wir diese Fragen diskutieren. Im Brandschutzbedarfsplan ist auch das Thema Katastrophenschutz verankert.

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Zum Thema!)

- Ja, natürlich. - Katastrophenschutz, das ist ein wichtiger Punkt; Stichwort „Naturereignisse“. Das müsste gerade in Ihrem Interesse sein, meine Damen und Herren von den Grünen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist eine Katastrophe! Kannst du mal zum Thema reden?)

- Ja, ich rede schon die ganze Zeit zum Thema.

Ich wundere mich über dieses sonderbare Bündnis zur Verschärfung der inneren Sicherheit.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Bist du gegen die Polizei, oder was?)

- Nein, nein. Ich bin für die Stärkung der inneren Sicherheit. - Meine Damen und Herren von den Grünen, Sie spielen doch gerade nach der liberal-konservativen Pfeife. Ist Ihnen das noch gar nicht aufgefallen?

(Lebhafter Beifall bei der Linken und der SPD - Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie spielen beim Thema der inneren Sicherheit heute schon der FDP und der CDU den Ball zu. Das wird nämlich Landtagswahlkampfthema sein. Das werden diejenigen, die in den Landtagswahlkampf ziehen, noch und nöcher betonen. Und ihr spielt denen jetzt schon den Ball zu.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nur weil du keine eigene Linie hast, sondern Opportunist bist und der SPD hinterherläufst!)

Lassen Sie mich deutlich feststellen: Das ist das erste Mal heute hier in diesem Rat, seitdem wir Grün-Schwarz haben, dass Schwarze den Ton angeben und deren Standpunkt zu dem Thema innere Sicherheit übernommen wird. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Hendrik Rottmann (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich schon sehr wundern über das Schauspiel, das Sie hier darbieten. Wie Sie hier das eine Sicherheitsbedürfnis der Menschen gegen ein anderes ausspielen und dazu die Silvesternacht bemühen, das ist schon wirklich ekelhaft; denn es gibt ein viel wichtigeres aktuelles Thema, das Sie stattdessen von der Tagesordnung genommen haben. Da muss ich dem Kollegen Börschel eindeutig recht geben: Das gehört sich einfach nicht.

Die Berufsfeuerwehr hat ein personelles Problem, und das wissen Sie auch. Wir hätten das hier heute klären können. Wir hätten es auch

schon gestern im Finanzausschuss klären können. Aber dem haben Sie sich verweigert, und das finde ich, ehrlich gesagt, erschreckend; denn mit dem Brandschutz einer Stadt macht man keine finanzpolitischen Spielchen. Wer auf dem Rücken der Feuerwehrleute der Berufsfeuerwehren und der Freiwilligen Feuerwehren nach Einsparmöglichkeiten sucht, wenn auch nur befristet, spielt nicht nur mit der Gesundheit der Betroffenen, sondern letztlich auch mit der Sicherheit der Bewohner dieser Stadt. Der Gesamtpersonalrat hat sich ja sehr deutlich zu diesem Thema geäußert. Auf diese Menschen sollten kluge Politiker hören; denn die wissen, wovon sie sprechen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen noch mitteilen, dass ich nach dem Anschlag in Orlando das Thema „Sicherheitslage beim CSD“ im Stadtvorstand thematisiert und von der Fachverwaltung die Auskunft erhalten habe, dass die Polizei genau diesen Tatbestand „Orlando“ bei ihren Vorkehrungen berücksichtigen wird. Das Gleiche ist auch bei der Sicherheitskonferenz besprochen worden. Ich werde natürlich die zukünftig eventuell reduzierte Präsenz der Bundespolizei auch mit Polizeipräsident Mathies erörtern und mich dazu noch einmal mit dem Bundesinnenminister in Verbindung setzen.

Ich möchte Sie alle an etwas erinnern, auch wenn das heute nicht Thema der Aktuellen Stunde ist. Der Brandschutzbedarfsplan wurde 2014 vom Rat der Stadt Köln verschoben. Das Gutachten liegt erst seit kurzer Zeit vor. - Und: Jeder, der mag, darf in der Niederschrift nachlesen, dass ich niemanden hier kritisiert oder Worte gegen die Feuerwehr gebraucht habe, wie Sie, Herr Börschel, eben hier behauptet haben.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es wurde beantragt, die Sache zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung zu überweisen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zur Verweisung in die Verwaltung? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

Tagesordnungspunkt 2.1:

2.1 Schenkung Förderverein Historischer Park Deutz 1838/2016

Der Förderverein Historischer Park Deutz hat diese großzügige Schenkung der Installation der Beleuchtungsanlage und von zwei Informationstafeln vorgenommen. Vielen Dank dafür.

(Beifall)

Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Nein. Dann ist das so angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt 3.1.1:

3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Strategisches Flächenmanagement jetzt einführen!“ AN/1150/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1240/2016

Der erste Redner ist Herr Struwe.

Rafael Christof Struwe (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach dieser emotionalen Thematik kommen wir jetzt zu einem Thema, das weniger gefühlsbelastet ist, dem strategischen Flächenmanagement. Das klingt nicht besonders spannend, was vielleicht daran liegt, dass es ein wenig abstrakt ist. Zu Beginn ein Zitat von Mark Twain: „Wer nicht weiß, wohin er will, der darf sich nicht wundern, wenn er ganz woanders ankommt.“ - Zugegeben, Herr Twain hat das nicht zum Thema „strategisches Flächenmanagement“ gesagt. Ich habe das Zitat aus einem Positionspapier des Deutschen Städtetages zu diesem Thema, und ich finde es passt sehr gut.

Worum geht es? Fläche ist ein knappes Gut. Sie ist nicht vermehrbar. An vielen Stellen konkurrieren verschiedene Nutzungsansprüche miteinander. Dementsprechend sind Konflikte vorprogrammiert. Gerade in einer wachsenden Stadt

werden diese Konflikte noch einmal potenziert. Wir wollen Wohnen. Wir wollen Arbeit. Wir wollen Grün. Wir brauchen Bildungseinrichtungen, Infrastruktur etc. An vielen Stellen betreiben wir auch schon strategische Planung zu diesem Thema. Zum Beispiel haben wir jetzt die Flächenvorlage zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen, wir haben die Schulentwicklungsplanung etc. Aus unserer Sicht reicht das alles aber noch nicht aus.

Ich will ein Beispiel nennen: Gegenüber dem Polizeipräsidium am Walter-Pauli-Ring gibt es eine freie Fläche. Was soll dort hin? Die Frage ist: Wollen wir dort Wohnen, Gewerbe, eine Grünfläche, eine Schule? Je nachdem, wen man fragt, wird man sehr unterschiedliche Antworten bekommen, sowohl vonseiten der Politik als auch von den diversen Fachbereichen der Verwaltung. Die spannende Frage ist ja auch: Was denken die Bürger? Also: Je nachdem, wen man fragt, ist die Antwort darauf doch sehr stark von Ressortdenken geprägt. Wir wollen mit unserem Antrag dazu beitragen, dass sich das ändert.

Worum geht es? Zum einen wollen wir, dass im Rahmen der strategischen Stadtentwicklungsplanung übergreifende Ziele entwickelt werden. Aus diesen Zielen sollen systematisch Prinzipien für Flächenvergabe und -nutzung abgeleitet werden. Es sollen auch private Flächen einbezogen werden, wie im STEP Wohnen schon realisiert. Unterm Strich geht es darum, dass die Flächenpolitik sparten- und ressortübergreifend an vorher definierten Zielen ausgerichtet wird. Wir wollen Transparenz schaffen, Abstimmungsbedarfe minimieren und im Endeffekt für mehr Effizienz in den Abläufen sorgen.

Ganz besonders wichtig ist uns, dass dafür auch eine geeignete Form der Bürgerbeteiligung gefunden wird. Sicher ist es schwierig, für ein eher abstraktes Thema wie dieses vernünftige Methoden und Beteiligungsmöglichkeiten zu finden. Aber ich denke, wenn wir Bürgerbeteiligung ernst nehmen, sollten wir die Bürger dieser Stadt auch und gerade an solchen Fragen beteiligen.

Wir fangen hier nicht bei null an. Es gibt ein Konzept aus dem Jahr 2011 zu diesem Thema, das damals alle Parteien, wenn ich es richtig sehe, auch so beschlossen haben - mit Ausnahme der CDU, die alles so belassen wollte, wie es bis dahin war; aber vielleicht gelingt es uns jetzt, sie zu überzeugen. In diesem Konzept gibt es schon eine sehr detaillierte und umfangreiche Betrachtung der Flächenpolitik, eine Analyse der Istsituation und Handlungsanweisungen. Der Gutachter hatte uns damals zum Beispiel empfohlen, kon-

sistenter als bisher Ziele zu definieren, Regelungen zu optimieren, Prozesse zu verbessern etc. Der Beschluss damals lautete, die Verwaltung möge uns ein entsprechendes Handlungskonzept vorlegen, was allerdings bis heute nicht geschehen ist. Daher an dieser Stelle heute unser Antrag. Ich denke, angesichts dessen, was seitdem in dieser Stadt alles passiert ist, ist es nötiger denn je, uns ein konkretes Handlungskonzept vorzulegen. Wie eben erwähnt, gibt es ein Papier des Städtetages, das viele gute Handlungsansätze enthält. Die Verwaltung kann sich daraus sicherlich viele gute Anregungen holen.

Auch die Kölner Wirtschaft fordert im Rahmen des Businessplans Industrie, dass die Stadt eine konsistentere Flächenbereitstellung betreibt. Zum Flächenmonitoring gibt es bereits eine sehr gute Initiative aus dem Wirtschaftsausschuss. Aber wir reden hier nicht nur über Gewerbe und Industrie, sondern über alle Flächenbedarfe. Ein transparenter und effizienter Umgang mit Flächen ist eine sehr wichtige Aufgabe. Wir wollen mit unserem Antrag den Startschuss dafür geben und fordern die Verwaltung auf, uns in einer Vorlage konkrete Handlungskonzepte vorzustellen. Ich bitte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Antrag zuzustimmen.

Es gibt dazu noch einen Änderungsantrag der Linken. Mit diesem haben wir uns natürlich auch beschäftigt. Punkt a) würden wir gern übernehmen. Die Punkte b) und c) sollten - so unser Vorschlag - als Prüfauftrag in die Verwaltung überwiesen werden. Ich bitte um Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken -
Zuruf Niklas Kienitz [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Verwaltung wird zum Schluss Stellung nehmen und die Fragen, die im Weiteren noch aufgeworfen werden, beantworten. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Grundstücksinteressierte! Liebe SPD, mir scheint, heute ist der Konzeptantragstag. Ich weiß langsam nicht mehr, wo das hinführen soll. Wir sollen uns jetzt mit einem Antrag befassen, der sich mit Flächenkonkurrenzen befasst, die im weitesten Sinne dadurch hervorgerufen werden, dass unsere Stadt wächst. Das hat Kollege Struwe gut dargestellt. Wir beraten aktuell im Stadtentwicklungsausschuss eingehend das

Stadtentwicklungskonzept Wohnen. Gerade weil wir das intensiv diskutieren wollen, haben wir es in der letzten Beratungsrunde auf September geschoben; denn es stellen sich Fragen wie diese: Wo ist ein Schulgrundstück? Wo brauchen wir Gewerbe? Wie bekommen wir eine gute Durchmischung hin? Wo passt Arbeiten hin? Wo macht Wohnen Sinn? Die Nähe von Wohnen und Arbeiten ist ein wichtiges Thema, das auch in das Thema Wachstum und Mobilität hineinspielt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Schwarz-Grün hat im letzten Wirtschaftsausschuss dazu einen Antrag gestellt; das ist eben erwähnt worden. Sicherlich ist es so, dass man das alles zusammenbinden muss. Aber - das zeigt auch die Anmerkung vom Kollegen Struwe - wir haben hier auch einen Änderungsantrag der Linken. Ich glaube, dass das Plenum des Rates der Stadt Köln nicht unbedingt geeignet dafür ist, diese Punkte zu diskutieren. Es würde mehr Sinn machen, dieses Thema eingehender und viel vertiefter, als wir es hier heute leisten können, im Stadtentwicklungsausschuss als dem Leitausschuss für eine integrale Stadtentwicklung und im Liegenschaftsausschuss zu beraten. Von daher schlage ich vor, den Antrag und infolge dessen auch den Änderungsantrag der Linken in diese beiden Fachausschüsse zu verweisen. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Es gibt Anträge, die können einen abgrundtief böse machen. Und das trifft auf diesen Antrag zu, aber nicht, weil ihn die SPD gestellt hat - sie ist nur Überbringerin der schlechten Botschaft -, sondern weil er deutlich macht, wie die Verwaltung mit Ratsanträgen umgeht, die eine hohe Bedeutung haben.

Am 24. Juni 2004 wurde ein Antrag mit breiter Mehrheit beschlossen, mit dem die Verwaltung beauftragt wurde, ein Konzept für ein strategisches Flächenmanagement zu entwickeln. 2004! Das muss man sich einmal vorstellen.

Am 18. Dezember 2008 wurde ein weiterer Beschluss des Rates gefasst, der den eben genannten noch einmal modifiziert hat.

Im Jahr 2011, also viele Jahre später, kam etwas mehr Bewegung in die Verwaltung, weil inzwischen das Büro Planquadrat Dortmund beauftragt worden war, eine umfassende Studie zu Fragen von Flächenmanagement vorzulegen. Das ist eine wirklich gute Studie, die sehr viele gute Hinweise gibt und analysiert, welche Potenziale in Köln schlummern. Diese Studie wurde den Fraktionen und den zuständigen Ausschüssen vorgestellt. Es wurden Arbeitskreise gebildet, zusammen mit den zuständigen Verwaltungen. Letztendlich kam eine weitere Verwaltungsvorlage mit dem Titel „Handlungskonzept Strategisches Flächenmanagement“ heraus, die der Rat am 13. Oktober 2011 beschlossen hat. Darin sind die nächsten Schritte sehr genau dargestellt. Seitdem hört man von der Verwaltung in dieser Sache eigentlich gar nichts mehr.

Stattdessen tauchte am 22. Oktober 2015 im Wirtschaftsausschuss eine Mitteilung auf, in der Handlungsmöglichkeiten eines Flächenkonzepts dargestellt wurden und von einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe gesprochen wird, die im Wesentlichen aus Vertretern der Dezernate VI und III besteht und vermutlich fleißig vor sich her werkelt. Der letzte Satz in dieser Mitteilung lautet: Für die Verwaltung ist damit der Beschluss - gemeint ist der von 2011 - erledigt. - Das schlägt dem Fass schon den Boden aus.

Deshalb nehme ich diesen Antrag zum Anlass, deutlich zu machen, dass wir hier einen wirklichen Turnaround des Verwaltungshandelns erwarten. So kann es nicht weitergehen, gerade auch vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, in großem Umfang Wohnungsbau zu schaffen und den sich daraus zwangsläufig herausbildenden Zielkonflikten, wenn es um die Flächen geht.

Wir, CDU und Grüne, haben im letzten Wirtschaftsausschuss einen Antrag eingebracht, der die Wiedereinführung eines Gewerbeflächenbereitstellungskonzepts einfordert, das periodisch fortgeschrieben wird und das bezüglich des Monitorings und der Datenbasis wesentlich breiter aufgestellt ist als das frühere; die letzte Mitteilung dazu gab es 2013. Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden. Herr Struwe hat es dankenswerterweise eben erwähnt.

Wir haben auch eine Anfrage dazu gestellt. Wir wollen wissen, welche Zielkonflikte sich durch die Vorlage der Verwaltung zur Bereitstellung von Wohnungsbauflächen mit sehr vielen Flächenpässen ergeben können, von denen man bis jetzt noch nichts weiß und die auch nicht untersucht worden sind. Inwieweit haben wir zum Beispiel in der Nähe Gewerbe- und Industrieflä-

chen? Gibt es Konflikte mit Freiflächen? Die weiteren Fragen sind in unserer Anfrage nachzulesen.

Dies alles muss erarbeitet werden. Wir haben es hier mit einem gewaltigen Umsetzungstau bei der Verwaltung zu tun. Ich kann nur noch einmal ausdrücklich bitten, insbesondere auch die beiden zuständigen Dezernenten, Frau Berg und Herrn Höing, dafür zu sorgen, dass wir hier vorankommen.

Insofern muss ich sagen: Bei allem Verständnis, der SPD-Antrag bringt nichts. Warum? Wir würden uns als Rat entwerten, wenn wir in einem gewissen Rhythmus - alle paar Jahre - die Beschlüsse, die die Verwaltung nicht umsetzt, immer wieder neu beschließen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und der FDP)

nach dem Motto „Und täglich grüßt das Murmel-tier“. Das bringt uns nicht weiter. Deshalb möchten wir dem Antrag nicht zustimmen. Wir sagen: Es ist alles diskutiert. Es liegen Gutachten vor. Es gibt Beschlüsse des Rates und der zuständigen Ausschüsse. Ich kann nur sagen: Tut etwas! Verwaltung handele! - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Stadtentwicklungsausschuss hat vor wenigen Wochen eine Bildungsreise nach Amsterdam unternommen. Wir haben auf dieser Reise sehr interessante Dinge erfahren. Den Amsterdamern geht es, was die Ansiedlung von Gewerbe und Arbeitsplätzen sowie die Schaffung von neuem Wohnraum angeht, sehr gut, viel besser, als es uns in Köln geht. Dazu kommt, dass die Einwohner Amsterdams, anders als erwartet, sehr häufig in kommunalen, preiswerten Wohnungen sehr gut leben. Das hat mit Sicherheit sehr viele verschiedene Gründe. Ich will hier jetzt auch nicht sagen: Wir müssen unsere Liegenschaftspolitik nur nach dem Amsterdamer Modell ausrichten, dann sind bei uns alle Probleme gelöst.

(Zuruf von Kirsten Jahn
[Bündnis 90/Die Grünen])

- Genau das, liebe Kirsten, wollen wir nicht. - Nach einer solchen Bildungsreise sollte man sich eher fragen: Was können wir daraus lernen? Eines, was wir in Amsterdam gelernt haben, fand ich sehr interessant: Die Stadt Amsterdam verkauft nicht einen Quadratmeter Land. Sie tut es einfach nicht, sie tut es schon seit vielen Jahren nicht, und sie wird es nie tun. Das führt dazu, dass sie ihre Stadtentwicklungspolitik wirklich selbst in der Hand hat.

(Beifall bei der Linken)

Meine Damen und Herren, ich bin der SPD für diese Initiative sehr dankbar. Logisch, dass dieser Antrag aus unserer Sicht nicht weit genug geht. In Köln gibt es sehr viel Konkurrenz um die Fläche. Wir brauchen dringend Fläche für den Wohnungsbau, wir brauchen Fläche für städtische Kitas, wir brauchen Fläche für die Schule, und wir brauchen Fläche für Gewerbe und Arbeit. Deswegen, meine Damen und Herren, können wir nicht so weitermachen wie bisher, nämlich das Land verkaufen. Vielmehr müssen wir - auch da lohnt der Blick nach Amsterdam -, wenn wir eine Investition für wichtig halten, wie zum Beispiel Arbeitsplätze, das Land an den Investor im Erbbaurecht vergeben.

(Beifall bei der Linken)

Damit ist gewährleistet, dass wir das Steuer nicht aus der Hand geben und langfristig das Land, über das wir verfügen, vermehren, statt es wie jetzt zu verringern. Das ist das große Ganze.

Wir müssen natürlich im Kleinen anfangen. Deswegen unser Verbesserungsvorschlag zum Antrag der SPD. Wir brauchen Leute in der Verwaltung, die aktiv Flächen in dieser Stadt generieren - wir haben sie in unserem Antrag neudeutsch „Scouts“ genannt - und die mit der jeweiligen Fachverwaltung kooperieren. Sie müssen kooperieren mit dem Amt für Schulentwicklung, mit dem Jugendhilfebereich, mit dem Wirtschaftsdezernat und selbstverständlich auch mit dem Ressort Bauen und Planen sowie mit der städtischen GAG.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie bitten im Sinne unserer Stadt und im Sinne einer besseren Stadtentwicklungspolitik, unserem Änderungsantrag zu folgen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es gibt Nutzungskonflikte bei den Flächen in Köln. Kein Wunder! Die Fläche ist endlich.

Da gibt es die Diskussion um große Flächen. Ich denke zurück an eine Diskussion, die wir mit der IHK geführt haben, die forderte: Wir müssen in Köln Auskiesungsflächen haben, damit wir der Bauindustrie günstigen Kies anbieten können. - Wir haben im Stadtentwicklungsausschuss einhellig gesagt: Ist das Land in Köln dafür nicht zu wertvoll? Sollte man nicht eher im Rhein-Erft-Kreis auskiesen?

In der Diskussion über das Stadtentwicklungskonzept Wohnen geht es um viele Grundstücke. Da stellen sich Fragen wie: Ist ein Bauwagenplatz höher zu bewerten als Wohnungen, die auf dieser Fläche gebaut werden könnten? Oder: An der Krefelder Straße hat die AWB einen Betriebshof. Muss die AWB einen Betriebshof an der Krefelder Straße haben, oder eignet sich diese Fläche nicht besser für Wohnungen? - Bis gestern gab es eine Debatte im Gestaltungsbeirat über eine Blockrandwohnbebauung in der Südstadt. Zurzeit steht an der Stelle noch eine Kita. Könnte diese Kita nicht in einen Wohnblock integriert werden?

Sie sehen, von den ganz großen Flächen geht es im Grunde bis zu jedem einzelnen Grundstück, wo die Frage zu stellen ist: Wie kann man diese Fläche bestmöglich nutzen?

Für die ganz großen Linien haben wir in Köln die integrierten Raumanalysen. Wir haben das für den Bereich Dünnwald, für Flittard, für den Raum zwischen Brück und Rath. Wir haben den ganzen Kölner Westen mit den Nachbarkommunen beplant. Ein Pilotprojekt mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis ist angedacht, wo gerade diese großen Linien in der Stadtentwicklung geprüft werden sollen. Diese Instrumentarien liegen vor und werden auch genutzt.

Ich bin etwas skeptisch gegenüber dem von der SPD aktuell an den Tag gelegten Aktionismus. Ich freue mich ja über Ihre Kreativität - das habe ich an anderer Stelle auch schon gesagt - und darüber, dass heute mehr Anträge von Ihnen in einer Sitzung kommen als früher in einem ganzen Jahr. Aber man muss sich auch einmal ge-

nau anschauen, was da beantragt wird. Beispielsweise lese ich in Ihrem Antrag: Ziel ist es,

ein in sich schlüssiges und transparentes ... Handlungs- und Steuerungssystem zum Umgang mit der Entwicklung sämtlicher Flächen ... zu erhalten.

In der Verwaltungsvorlage von 2011, die Herr Frank eben angesprochen hat, heißt es: Ziel ist es,

ein in sich schlüssiges, transparentes System zum Umgang mit Flächenentwicklungen ... zu erhalten.

Das heißt: Sie haben nur ein Wort verändert.

Ein zweites Beispiel. In Ihrem Antrag heißt es:

... von der strategischen Planungsebene über die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung bis hin zur Baureifmachung und Erschließung von Flächen ...

In der Verwaltungsvorlage 2011 ist zu lesen:

... von der strategischen Planungsebene über die Ebene der verbindlichen Bauleitplanung bis hin zur Baureifmachung und Erschließung von Flächen ...

Da muss ich sagen, lieber Herr Struwe: Das ist eigentlich unter Ihrem Niveau. Das eigentlich Ärgerliche ist, dass Sie uns im Rat, aber auch die Verwaltung noch einmal damit beschäftigen und sie dadurch von der eigentlichen Arbeit - Jörg Frank hat angesprochen, was wir von der Verwaltung erwarten - abhalten.

Lieber Niklas Kienitz, ich halte es deswegen auch nicht für zielführend, den Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen. Dann müssten sich nämlich der Ausschuss und die Verwaltung weiter damit beschäftigen.

Man kann vielleicht eine Anfrage stellen: Wie weit seid ihr denn mit dem, was der Rat schon beschlossen hat? Welche Rahmenbedingungen, welches Handwerkszeug braucht ihr noch? Aber - da bin ich genau bei Jörg Frank - alle paar Jahre das Gleiche zu beschließen und den Beschlusstext aus Verwaltungsvorlagen abzuschreiben, um hier irgendeinen Aktionismus an den Tag zu legen, da macht die FDP nicht mit. Da stimmen wir mit Nein. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und
Bernd Petelkau [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die Linke jetzt Konzepte der katholischen Kirche aufgegriffen hat, nämlich mit Erbbaurecht alle Flächen zu behalten, muss ich doch noch etwas dazu sagen. Es hat mich doch sehr gewundert. Sie bekommen doch jetzt schon mit eigenen Grundstücken nichts in die Erde. Wir schaffen es doch nicht, das Bauvolumen umzusetzen, das wir schaffen müssten. Es ist doch abstrus, darauf zu hoffen, dass nach 99 Jahren - das ist der typische Zeitraum für Erbbaurechte - eine neue Linie verfolgt wird. Die katholische Kirche ist ewig. Die Partei der Linken vielleicht auch; das wissen wir noch nicht genau. Insofern passt das nicht; das ist abstrus.

Vielen Dank für die Ausführungen von Herrn Frank. Diese Chronologie war sehr interessant. Wenn das so gelaufen ist - das unterstelle ich jetzt -, ist die Grundlage schon seit langem gegeben. Ich bin daher auf die Ausführungen von Ihnen, Herr Höing, sehr gespannt. Ihnen obliegt der Aufgabenbereich Stadtentwicklung. Hier geht es doch um Stadtentwicklung im eigentlichen Sinne. Insofern erhoffe ich mir ganz viele erhellende Momente, wenn Sie gleich etwas dazu sagen, etwa: Das gibt es alles schon; die Stadt Köln macht das natürlich schon seit langem; das ist Stadtentwicklung. - Alles andere ginge am Thema vorbei. Insofern bin ich sehr gespannt auf Ihre Worte. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gern abstimmen lassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Herr Höing!)

- Genau. - Herr Höing wird jetzt die Sicht der Verwaltung darstellen.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Frank, Ihrer Vermutung „Still ruht der See, wir machen hier Beschlüsse, und dann legt die Verwaltung sich schlafen“ möchte ich hier wirklich vehement widersprechen, weil sie der Realität absolut entgegensteht. Ich glaube, die Stadt entwickelt im

Moment die meisten Flächen seit 30 Jahren, mehr als es je gegeben hat. Es gibt eine Parallelität von großen Projekten, wie sie die Stadt seit 25, 30 Jahren nicht mehr erlebt hat. Sie alle sind in die Debatten immer eingebunden, mit Bürgerbeteiligung und allem Drum und Dran. Sie haben eine Flächenvorlage, die auch durch ein strategisches Flächenmanagement nicht automatisch Ihnen, ohne eine politische Aussage treffen zu müssen, die Entscheidung abnimmt. Am Ende des Tages ist Stadtentwicklung eine politische Entscheidung, ein Ja oder Nein für Standorte in dieser Stadt. Bei aller organisatorischen Verbesserung im Flächenmanagement wird Sie das davor nicht retten.

Wir werden noch in diesem Jahr den Rohling eines Konzeptes auf den Tisch legen. Sie alle sind herzlich eingeladen, sich weiterhin zu beteiligen an diesen strategischen Debatten, auch mit anderen Städten. Die Stadt Amsterdam war vorhin schon im Fokus. Die machen das, und zwar sehr offensiv. Die weisen aber auch Flächen aus, bei denen ich gespannt bin, wie viel Mut der Rat der Stadt Köln dazu entwickeln wird.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Wenn es nämlich darum geht, wirklich Zahlen auf den Tisch zu legen und Flächen zu entwickeln, hilft alles strategische Flächenmanagement nicht, sondern dann wird man sich bekennen müssen, ob diese Stadt wachsen will. Dann wird man sich bekennen müssen, ob wir weitere Gewerbestandorte ausweisen. Dann wird man sich bekennen müssen, ob wir alten Industriestandorten noch einmal eine zweite Chance verschaffen. Dann wird man sich bekennen müssen, ob man neue Dienstleistungsstandorte in dieser Stadt beschließen will. Das erfordert politischen Mut. Das erfordert auch, die unterschiedlichen Interessen abzugleichen. Wir werden dazu einen ersten Aufschlag noch in diesem Jahr machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für die Klarstellung, Herr Höing. Das wird sicherlich eine Arbeit sein, die hier im Rat zu leisten ist. Darauf bin ich auch gespannt. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Höing, ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Ausführungen. Sie wissen, dass die Mitglieder des Stadtentwicklungsaus-

schusses und diejenigen, die Ihnen in den zahlreichen Wettbewerbsverfahren zur Seite stehen, mit Ihnen gerne diese Stadt voranbringen wollen. Das ist sicherlich eine der spannendsten Aufgaben, die Köln derzeit zu bieten hat, um das Wachstum der Stadt voranzubringen.

Insofern, Frau Oberbürgermeisterin, ziehe ich meinen Antrag auf Verweisung in die Fachausschüsse zurück, sodass über den Ursprungsantrag abgestimmt werden kann. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen.

(Rafael Christof Struwe [SPD]: Ich würde gerne, dass wir Punkt für Punkt darüber abstimmen, weil wir uns, wie ich gerade gesagt habe, da unterschiedlich verhalten wollen!)

Es wurde um getrennte Abstimmung der Punkte gebeten. Dann verfahren wir so.

Abstimmung über Punkt a). Wer ist dafür? - Das sind die Linken, die Piraten und die SPD. Gegenstimmen? - FDP, CDU, Herr Wortmann, AfD und die Grünen. Enthaltungen? - Deine Freunde. Dann ist das abgelehnt.

Abstimmung über Punkt b). Wer ist dafür? - Das sind die Linken und die Piraten. Wer ist dagegen? - Das sind die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die CDU, die Grünen und die SPD. - Dann ist das abgelehnt.

Abstimmung über Punkt c). Wer ist dafür? - Das sind Die Linke und die Piraten. Gegenstimmen? - FDP, CDU, Herr Wortmann, AfD, Grüne und SPD. Enthaltungen? - Deine Freunde. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke jetzt noch einmal insgesamt abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind Die Linke und die Piraten. Gegenstimmen? - FDP, CDU, Herr Wortmann, AfD, Grüne. Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag der SPD abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD und Die Linke. Gegenstimmen? - Das sind die Grünen, die CDU, die AfD, Herr Wortmann und die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Bei den Piraten und Deine Freunde. Dann ist das abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 3.1.2:

3.1.2 Antrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten sowie von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Videoüberwachung auf den Prüfstand“

AN/1152/2016

Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion

AN/1255/2016

Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE.: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich eine Vorbemerkung machen. Ist der Brexit nicht ein Hinweis darauf, dass sich Politik noch viel mehr den Problemen der Menschen zuwenden sollte, statt populistisch gefärbte Antworten zu geben? Wir müssen konkrete Antworten geben, soziale Angebote machen, Transparenz und Bürgerbeteiligung ermöglichen. Das sollte unser gemeinsames Anliegen sein. Gerade auch dann, wenn die Medien Themen hochziehen, sollten wir erst einmal konkret prüfen: Was ist Sache?

Videoüberwachung, ob bei der KVB oder im öffentlichen Raum, kann Täter punktuell überführen, aber niemals den betroffenen Opfern direkt helfen. Gewalt, Brutalität, Übergriffe auf Frauen und Migranten wird man nie vollständig verhindern können. Trotzdem sollte man vor allem die sozialen Ursachen bekämpfen. Dazu gehören Armut, Drogen- und Alkoholsucht, Chauvinismus sowie gewaltverherrlichende Theorien und Strukturen der Gesellschaft.

Ich finde, es ist ein Skandal, dass die KVB inzwischen 2.500 Videokameras einsetzt und bisher kein einziger Evaluationsbericht vorgelegt worden ist.

(Beifall bei der Linken)

Jetzt sollen 34 Zwischenebenen mit weiteren Kameras - zwei oder drei pro Ebene - ausgestattet werden. Ich höre schon die Stimmen aus der Kölner Bevölkerung: Für Kameras haben die Geld, für uns aber nicht.

(Beifall bei der Linken)

Damit sich eines Tages die U-Bahnen ohne Fahrer bewegen können, wird wiederum Geld in Technik investiert, nicht aber in die Menschen.

Dann werden wir ohne Fahrer, aber videoüberwacht durch die Gegend brausen.

Wir wollen mit Ihnen, der Polizei, der Stadtverwaltung und mit der Kölner Stadtgesellschaft über den zukünftigen Einsatz von Videoüberwachung diskutieren. Technik kann dem Menschen helfen, aber niemals soziale Probleme lösen - das ist unser Kerngedanke.

(Beifall bei der Linken)

Im Jahre 2004 haben wir hier in diesem Saal ein Hearing zur Videoüberwachung durchgeführt. Nachdem ich kürzlich eine alte Aufnahme davon gesehen habe, konnte ich mich wieder an den Ablauf erinnern. Es ging um Taschendiebstahl in den vier Angsträumen Domplatte, Ebertplatz, Neumarkt und Bahnhofsvorplatz. Polizeidirektor Behrendes vertrat damals die Kölner Polizei und differenzierte zwischen der subjektiv empfundenen Gewalt und der objektiven Realität. Nicht die alten Menschen, die mehr Angst haben, seien Opfer auf der Domplatte, sondern junge Männer. Er stellte auch die konkreten Kriminalitätsdaten für die vier Angsträume dar.

Wenn Sie sich die aktuelle Kriminalitätsstatistik von 2015 ansehen, werden Sie feststellen, dass sich seitdem die Anzahl der Delikte „Raub“ und „gefährliche und schwere Körperverletzung“ nicht wesentlich geändert hat. Gefährliche und schwere Körperverletzung auf Straßen, Wegen und Plätzen ist von 2.368 Fällen in 2006 auf 1.830 Fälle in 2015 sogar gesunken. Taschendiebstahl dagegen ist von 9.477 Fällen in 2006 auf 12.860 Fälle im letzten Jahr gestiegen. Diese realen Zahlen sprechen eine ganz andere Sprache als das, was in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Darüber sollten wir noch einmal nachdenken und uns fragen: Wie kommt es eigentlich, dass hier ein Szenario beschworen wird, obwohl die Realität eine andere ist?

Das Hearing in 2004 endete mit der Frage der Kölner Polizei: Meine Damen und Herren, was wollen Sie eigentlich: Wollen Sie 15 Beamte auf der Domplatte, oder wollen Sie die Videoüberwachung? - Daraufhin hat der Rat hier gesagt: Wir wollen 15 Beamte auf der Domplatte. So lief das Hearing damals. So war die Diskussion damals. Das sollte uns nachdenklich machen. Deswegen wollen wir gern mit Ihnen diskutieren.

Zum Schluss. Den Änderungsantrag von Schwarz-Grün finden wir nicht zielführend, weil die Videoüberwachung nicht grundsätzlich infrage gestellt wird. Was drin ist - immerhin; das hat unser Antrag offenbar bewegt -, ist, dass Sie,

Herr Fenske jetzt evaluieren müssen, was die KVB macht und was insgesamt gemacht wird. Die Polizei muss ja auch evaluieren. Wir werden dann insgesamt 50 Kameras im öffentlichen Raum haben. Sie tun in Ihrem Antrag so, als ob man den Einsatz von Videoüberwachung im öffentlichen Raum durch die Präsenz von Polizeibeamten verschieben könnte. Das ist Unsinn. Derjenige, der die Anweisung zur Videoüberwachung im öffentlichen Raum geben kann, ist der Kölner Polizeipräsident. Der allein kann das entscheiden. Dass er das machen wird, ist, glaube ich, klar. Es dürfte schwierig sein, das zu verhindern. Aber ich würde gerne mit der Polizei darüber diskutieren wollen. Darum geht es uns. Und deswegen unser Vorschlag, ein Symposium dazu durchzuführen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster Herr Hegenbarth, bitte.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kurz vor der Ratssitzung haben sich die Ereignisse überschlagen. Zwei Sachen:

Erstens zum Änderungsantrag. Wir sehen es genauso wie die Linken. Das geht uns wirklich nicht weit genug. Ein Beispiel ist die Formulierung im Änderungsantrag von Schwarz-Grün: „Grundsätzlich bedarf die Ausweitung der Videoüberwachung einer Evaluation ...“ Das ist für uns keine objektive Voraussetzung, sondern dann geht man schon davon aus, dass eine Videoüberwachung kommt. Das tragen wir natürlich nicht mit. Deswegen lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei der Linken)

Zum Zweiten. Ganz wichtig - das ist in der bisherigen Diskussion ein wenig untergegangen - ist auch die Ausweitung der Videoüberwachung. Tagesordnungspunkt 10.4, in dem es um die massive Ausweitung der Videoüberwachung bei der KVB gehen sollte, ist heute abgesetzt worden. Immerhin! Ich bin ganz froh, dass wir Piraten dies anscheinend durch unseren Änderungsantrag erreicht haben und nicht nur in Berlin, sondern auch hier in Köln bewirken konnten, dass die Ausweitung der Videoüberwachung bei der KVB zumindest über diesen Sommer hinweg gestoppt wird. - Danke an der Stelle.

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

Insoweit ist das eine gute Nachricht. Ich hoffe, dass die Vorschläge aus unserem Änderungsantrag zu 10.4, der jetzt zurückgestellt worden ist, dennoch aufgegriffen werden. Ich sehe vor allen Dingen die Gespräche mit den Grünen sehr optimistisch. Wir wollen, dass die Beschilderung in Zukunft transparent und großflächig ist und ein Onlineregister eingerichtet wird. Wie gesagt, ich hoffe, dass die Vorschläge aus unserem Änderungsantrag zu 10.4, der jetzt zurückgestellt worden ist, nicht untergehen und im Herbst noch einmal bearbeitet werden. Wenn der Mist schon kommt, dann richtig.

Nun zum hier vorliegenden Antrag. Sofern es nach dem Willen einiger hier geht, stehen wir unbestreitbar vor einem massiven Ausbau der Videoüberwachung durch Polizei und städtische Einrichtungen, der vielen hier eine Menge wert zu sein scheint.

Fangen wir einmal mit dem an, was einigen so leicht über die Lippen geht, wenn sie davon sprechen, nämlich dass das Recht auf informelle Selbstbestimmung nicht eingeschränkt sei. Wer am falschen oder an einem sogenannten gefährlichen Ort angetroffen wird, wird sich gemäß Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen künftig folgende Polizeimaßnahmen vergegenwärtigen müssen: Identitätsfeststellung, Datenabgleich, Durchsuchung von Personen, Bildaufnahmen, Bildaufzeichnungen, Nutzung der Aufnahmen unter anderem zur Gesichtserkennung. Das heißt, dass ein normaler Mensch, der einfach auf den Ringen sitzt und dort für fünf Minuten verweilt, sich dem Risiko aussetzt, sechs polizeiliche Maßnahmen über sich ergehen lassen zu müssen. So viel scheint uns also der Verlust von Bürgerrechten wert zu sein. Wenn du also nicht anlasslos und ohne Grund überwacht werden möchtest, dann betritt die Ringe, den Dom oder die KVB nicht. Genau das versteckt sich hinter dem spröden juristischen Begriff der allgemeinen Handlungsfreiheit, den wir dann getrost vergessen können.

Was uns die Videoüberwachung wert ist, war meine Frage zu Beginn. Das scheint finanziell gesehen nicht weniger interessant zu sein. Unter Tagesordnungspunkt 10.4 hätten wir über die bisherigen 2.500 Einrichtungen der KVB geredet. Deren Anzahl soll deutlich erhöht werden. War also die bisherige sechsstellige Investitionssumme in Überwachungstechnik das wirklich wert? Hat es weniger Vandalismus oder Sachbeschädigungen gegeben? Gibt es weniger Diebstahldelikte? Und viel wichtiger: Was ist uns Überwachungstechnik wert, wenn wir über Personenschäden sprechen? Hat es weniger Gewalttaten

gegeben? Hat sich die Aufklärung, bis auf spektakuläre Einzelfälle in der Presse, wirklich verbessert? Ist das subjektive Sicherheitsgefühl nicht eher trügerisch oder gefährlich? Interessant wäre auch die Frage, ob es einen Zusammenhang mit den Personaleinsparungen seit den 2000er-Jahren gibt, aber auch Fragen wie: Wer oder was definiert gefährliche Orte in Köln, die eine Überwachung rechtfertigen? Wie sieht die Zukunft der Videoüberwachung mit mobilen Einheiten oder Bodycams aus? Und, und, und.

Viele Fragen und kaum befriedigende Antworten, wie auch die aktuellen Anhörungen zum gleichen Themenkomplex aktuell in Berlin zeigen. Ganz im Gegenteil, internationale Studien, vor allem aus dem flächendeckend überwachten England, belegen, dass Videoüberwachung weder zu mehr Sicherheit noch zu einer signifikant erhöhten Aufklärungsquote beiträgt,

(Beifall bei den Piraten und der Linken)

uns aber sehr wohl ein sehr trügerisches Sicherheitsgefühl vorgaukelt und Verdrängung von Kriminalität in andere Stadtteile fördert.

Wir schlagen daher ein Symposium vor, das die Folgen, die Wirkung und die Verhältnismäßigkeit des gesamten polizeilichen und städtischen Videoüberwachungsausbaus erörtern sowie die Wirksamkeit der bestehenden Anlagen prüfen und belegen soll. Die Ergebnisse des Symposiums sollen die Grundlage für weitere Pläne oder eben das Aus für den Ausbau der städtischen Videoüberwachung sein. Genau diesen Fragen müssen wir uns stellen, wenn uns Bürgerrechte wichtig sind, wenn uns eine ehrliche Bestandsaufnahme etwas wert ist, wenn uns echte Sicherheit der Kölnerinnen und Kölner etwas wert ist, um der Stadtgesellschaft nicht mit Placebos und Aktionismus Sand in die Augen zu streuen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten, der Linken und Deine Freunde)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die nächste Wortmeldung kam von Herrn Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler): Ich möchte nur sagen, warum ich mich an diesem Antrag beteiligt habe. Es geht meiner Meinung nach nicht primär um die Verletzung von Menschenrechten, sondern es besteht aufgrund der jetzt stattfindenden Diskussion eine gewisse Unsicherheit. Deshalb habe ich dem Einsatz eines Experten-

gremiums zugestimmt und würde die Ergebnisse aus dieser Runde abwarten wollen. Ich bin nicht in der Lage, das jetzt zu beurteilen. Daher finde ich diesen Antrag genauso wichtig, weil er nach meinem Dafürhalten das Ganze ergänzt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Krupp, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wurde heute schon mehrfach betont: Die Silvesterereignisse haben das Sicherheitsgefühl hier in Köln tief erschüttert. Sie stellen eine Zäsur dar, ob wir das wollen oder nicht, ob wir das selbst so sehen oder nicht. Das hat nicht zuletzt der Artikel im *ZEITmagazin* gezeigt, der hier zitiert wurde.

Die Kölnerinnen und Kölner und auch die Besucher dieser Stadt haben einen Anspruch darauf, hier sicher zu sein und sich hier sicher zu fühlen. Beides muss gewährleistet sein. Selbstverständlich ist die objektive Sicherheit wichtiger, aber auch das Sicherheitsgefühl ist nicht zu unterschätzen, wenn Menschen sich in dieser Stadt wohlfühlen sollen. Nach diesen Ereignissen ist es dringend geboten, den Instrumentenkasten des Rechtsstaates zu öffnen und tatsächlich alle Instrumente zum Einsatz zu bringen. Da müssen alle Beteiligten ran: die Landespolizei, die Bundespolizei - das wurde zu Recht angemahnt - und auch die Stadt Köln.

In erster Linie ist Präsenz wichtig; da sind wir uns alle einig. Videoüberwachung soll Präsenz auf keinen Fall substituieren; das ist ganz klar. Die Polizei hat die Präsenz verstärkt. Die Stadt Köln hat die Präsenz ebenfalls verstärkt, auch durch den Einsatz von mehr Ordnungskräften. Das ist unsere Position.

Videobeobachtung an Kriminalitätsschwerpunkten ist ein weiteres wichtiges Instrument, das wir als SPD selbstverständlich auch nicht völlig unkritisch sehen. Das ist kein Allheilmittel, das ist auch nicht überall geboten, und das ist auch nicht überall gut, aber es kann trotzdem im Einzelfall ein wichtiges Instrument sein, solange es die Präsenz nicht substituiert und solange immer jemand hinter der Kamera sitzt, der dann auch eingreifen kann.

Insofern sind wir der Meinung: Dem, was hier heute zur Diskussion steht, wie es zum einen vom Polizeipräsidenten zur Diskussion gestellt wurde und wie es zum anderen mit der Vorlage

zu 10.4 zur Diskussion gestanden hätte, kann durchaus gefolgt werden. Ich bin allerdings etwas irritiert, dass es in dem gemeinsamen Antrag von Linken, Piraten und Freien Wählern heißt, dass es „keinen gemeinsamen Beratungs- und Konsultationsprozess zwischen Stadtrat und Polizei“ gebe. - Man kann sich sicherlich mehr wünschen, unbenommen. Aber der Polizeipräsident hat, obwohl er das nach der Gesetzeslage nicht müsste, sehr wohl den Stadtrat konsultiert. Er hat einmal das gemeinsame Konsultationsgremium Polizeibeirat bemüht, dem ich die Ehre habe, vorzusitzen, und er hat auch den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Recht besucht und seine Maßnahmen dort ausführlich vorgestellt und auch zur Diskussion gestellt. Er hat also das Gespräch gesucht, obwohl er dies gesetzlich ausdrücklich nicht tun müsste. Deswegen muss ich ihn da ein wenig in Schutz nehmen.

Man muss dazusagen: Die Maßnahmen der Polizei beruhen, wie wir wissen, auf § 15a Polizeigesetz, der für die Videoüberwachung enge Voraussetzungen nennt. Es ist ja nicht so, dass der Polizeipräsident mal eben so, weil es ihm gerade gefällt, die Stadt mit Kameras zuglücken kann. Das hat er nicht vor - ich kenne Herrn Mathies inzwischen sehr gut -, sondern er macht das nur an Kriminalitätsschwerpunkten. Dazu hat er ausdrücklich unsere Zustimmung.

Die Voraussetzungen dafür sind im Gesetz definiert. Das ist die Gesetzeslage: Voraussetzung eins ist, es müssen wiederholte Straftaten an diesem Ort vorliegen. Voraussetzung zwei ist, die Beschaffenheit des Ortes muss die Begehung der Straftaten begünstigen. Voraussetzung drei ist: Es müssen Tatsachen vorliegen, die die Annahme rechtfertigen, dass weitere Straftaten an diesem Ort zu erwarten sind. - Nur wenn diese drei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind, kann die Videoüberwachung nach § 15a an diesen Orten eingesetzt werden.

Ich glaube, der Polizeipräsident hat die Orte, die er uns genannt hat, mit Fug und Recht anhand dieser Kriterien ausgesucht. Im Übrigen muss die Maßnahme sowieso jährlich überprüft und auch jährlich verlängert werden. Es ist also kein Freifahrtschein, dass diese Orte für immer überwacht werden. Das ist gesetzlich eng eingegegelt.

Zum Antrag zur Vorlage 10.4, die jetzt nicht mehr auf der Tagesordnung steht, sei nur so viel gesagt, auch weil diese Vorlage offensichtlich Anlass für den jetzt diskutierten Antrag war: Was die KVB-Zwischenebenen angeht: Die Bahnen werden seit vielen Jahren überwacht. Wer also

über die Zwischenebene zum Bahnsteig geht, nimmt künftig in Kauf, dass er videoüberwacht wird. Ich glaube, den Angstraum der Zwischenebene einzubeziehen, ist nur konsequent. Gleichwohl, auch das sehen wir nicht völlig unkritisch. Wir hätten dieser Verwaltungsvorlage heute zugestimmt - das sage ich ausdrücklich -, hätten aber auch dem Änderungsantrag der Piraten zur Vorlage 10.4 zugestimmt, der vorsieht, dass man das mit Schildern deutlich macht und ein öffentliches Register einführt. Der Begründung des Antrags der Piraten hätten wir nicht zugestimmt, aber dem Beschlusstext durchaus.

Wir sehen das Ganze durchaus differenziert. Aber all das, was hier in Köln an Maßnahmen auf der Agenda steht, was der Polizeipräsident vorhat, was die Stadt vorhat, was die KVB vorhat, findet in der aktuellen Lage unsere Zustimmung. Insofern können wir weder dem Antrag von Linken, Piraten und Freie Wähler zustimmen noch dem Änderungsantrag von Jamaika. Das Ganze wird evaluiert werden, aber jetzt heißt es: Handeln! In diesem Sinne bitte ich diese Anträge abzulehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Pohl das Wort.

Stephan Pohl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Krupp hat schon vieles vorweggenommen. Dem, was er gesagt hat, können wir zustimmen, bis auf die Tatsache, dass er unseren Antrag ablehnen will. Dem können wir natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Wir als die Partei, die für Sicherheit und Ordnung einsteht, wollen Videoüberwachung als ein Mittel von vielen eingesetzt wissen, das zur Bekämpfung von Kriminalität dient. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Absicht des Kölner Polizeipräsidenten, diese Videoüberwachung zunächst ein Jahr hier einzusetzen. Danach muss es geprüft und kann es gegebenenfalls verlängert werden.

Unabhängig davon wollen wir mit unserem Änderungsantrag erreichen, dass mit einer Expertenanhörung der Austausch von Erfahrungen mit der Videoüberwachung gefördert wird und Videoüberwachung noch effizienter eingesetzt werden kann. Darin unterscheidet sich im We-

sentlichen unser Änderungsantrag vom Hauptantrag. Der Fokus des Expertenhearings, wie es der Änderungsantrag fordert, liegt darauf, dass Polizei- und Justizbehörden sowie Kriminalpräventive Räte mit eingeladen werden. Insofern stimmen wir unserem Änderungsantrag natürlich zu und lehnen den Hauptantrag ab.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die zunehmende Selbstverständlichkeit der Ausweitung von Videoüberwachung in unserer Stadt erfüllt uns Grüne mit großer Sorge, weil wir wissen, dass die Erhöhung der Sicherheit durch Videoüberwachung und die aus unserer Sicht trügerische Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger in keinem Verhältnis zum realen Sicherheitsbeitrag und zur Wahrung der Bürger- und Freiheitsrechte stehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der Linken)

Insofern haben wir grundsätzlich sehr große Sympathie für den Antrag der Linken, der Piraten und Herrn Wortmann.

Bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, will ich auf den Unterschied zwischen Videoüberwachung und Videobeobachtung aufmerksam machen. Das wird ja immer miteinander vermennt, obwohl die Auswirkungen verschieden sind. In der Videoüberwachung sind Kameras aufgestellt, die alles aufzeichnen. Diese Aufzeichnungen können im Bedarfsfall maximal 48 Stunden ausgewertet werden - nachträglich. - Bei der Videobeobachtung sitzt ein Mensch live vor Kameras und guckt sozusagen mit einem verlängerten Auge darauf, was passiert, um im Bedarfsfall einem Kollegen Bescheid zu sagen, dort einzugreifen.

Es ist offensichtlich, dass die Videoüberwachung keine präventive Maßnahme ist, weil die Auswertung nachträglich erfolgt. Deswegen haben wir auch Beratungsbedarf angemeldet bei der KVB-Vorlage, weitere Kameras auf den Zwischenebenen einzusetzen und damit das Hausrecht abzugeben; denn die reine Videoüberwachung trägt nicht dazu bei, dass das Sicherheitsgefühl verbessert wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Bei der Videobeobachtung - sie ist auch von der Polizei geplant; es wurde entschieden, dass in Köln über 40 Kameras am Bahnhof, am Dom, auf den Ringen eingesetzt werden sollen - geht es um das Beobachten, das heißt um ein Live-Zuschauen der öffentlichen Räume. Dieser qualitative und auch quantitative Ausbau der Videobeobachtung ist neu für Köln. Deswegen hat die Verwaltung von sich aus ein Expertenhearing in diesem Jahr angesetzt, um die Auswirkungen mit Fachvertretern aus anderen Städten und dem Kriminalpräventiven Rat zu besprechen.

Unser Antrag setzt darauf auf: Es ist schon was da. Unser Antrag sagt: Bezieht uns als Politik, uns als Fraktionen in dieses Expertenhearing mit ein! Wir fordern außerdem, dass nach Umsetzung der Videobeobachtung - dies wird einschließlich der Ausschreibungen erst im Jahr 2017 so weit sein - in 2018 noch einmal in einem größeren Rahmen darüber gesprochen wird. Das heißt: In unserem Änderungsantrag setzen wir auf die schon geplante Fachtagung, nämlich das Expertenhearing in diesem Jahr, auf und plädieren für eine größere Veranstaltung in 2018.

Ein Gedanke zum Schluss. Wir vermuten sehr stark, dass wir in den nächsten Jahren öfter über neue Sicherheitsmaßnahmen und -vorhaben für unsere Stadt reden werden. Meine Bitte ist, dass wir bei diesen Diskussionen, so konkret oder populistisch sie auch sein mögen, immer die Freiheitsrechte ins Zentrum der Diskussion stellen und weniger die Sicherheitsrechte. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Jörg Detjen [DIE LINKE.]

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Jetzt machst du es mir aber schwer, lieber Manfred, wenn du hier von Freiheitsrechten sprichst. Du hast vollkommen recht. Dennoch: Es gibt auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Das muss man an der Stelle auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Lieber Manfred, wir können gerne einmal die Zeitungen des letzten Jahres daraufhin auswerten,

wie viele Vergewaltiger durch die Videoüberwachung der KVB überführt werden konnten, weil sie nach der Tat mit der KVB gefahren sind und sich aufgrund der in den Zeitungen veröffentlichten Bilder selbst gestellt haben oder von Leuten wiedererkannt wurden. Das lässt sich nachvollziehen.

(Beifall FDP - Zuruf von Hans Schwannitz [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich weiß, Herr Hegenbarth, Sie bringen immer gern das Beispiel London, vergessen aber, zu erwähnen, wer diese Studie gemacht hat. Es gibt auch andere Studien über London, die aufzeigen, warum London insbesondere bei Terroranschlägen so sicher ist: Das hat auch etwas mit der Videoüberwachung dort zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Zitieren Sie also nicht Studien, die bewusst Ergebnisse zum Ziel hatten, die Ihnen passen.

Ich gebe den Grünen vollkommen recht: Man muss das sehr genau abwägen. Ich bin dir auch sehr dankbar, Manfred, dass du hier noch einmal den Unterschied erklärt hast zwischen Videobeobachtung - das ist etwas ganz Neues; die Polizei setzt sie jetzt zum Beispiel auf den Ringen ein; wir müssen uns genau anschauen, ob das wirklich greift; in Düsseldorf soll es funktionieren, dass die Polizei sofort an Ort und Stelle ist, um zu helfen - und Videoüberwachung.

Der Punkt „Videoüberwachung in Kölner Stadtbahnhaltestellen“ wurde heute abgesetzt, weil ihr noch Beratungsbedarf habt. Wir müssen da auch über die Frage diskutieren: Warum gibt es auf den unteren Ebenen der Stadtbahnhaltestellen diese Überwachung schon, wenn auch nur auf Knopfdruck? Kann man im Notfall die Säule noch erreichen und den Knopf drücken, damit die Videokamera startet? Warum gibt es das bis jetzt nicht auf den Zwischenebenen? Verlagert sich dann vielleicht etwas? Auf diese Fragen wollen wir gemeinsam mit der KVB Antworten finden. Ich bin der Meinung, dass man, wenn man schon eine Videoüberwachung in der unteren Ebene hat, diese auch in der Zwischenebene installieren sollte.

(Beifall bei der FDP)

Mir ist auch wichtig, dass die Eigentumsverhältnisse klar geregelt sind. Ich muss eines sagen: Ich bin zufrieden, dass die KVB die Videoüberwachung in den Bussen eingeführt hat. Wir haben von vielen KVB-Fahrerinnen und -Fahrern gehört, dass dies ihr objektives und auch ihr sub-

jektives Sicherheitsgefühl vergrößert hat, insbesondere an den Endhaltestellen. Da geht es nämlich auch um die Wahrung der Freiheitsrechte. Wir müssen uns auch um die Sicherheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KVB kümmern.

(Beifall bei der FDP und bei Michael Frenzel [SPD])

Ich möchte Herr Fenske bitten, noch einmal deutlich zu machen, wie ernst die KVB den Datenschutz nimmt. Für die FDP ist wirklich wichtig, dass nicht Dritte Zugang zu den Daten haben und dass diese Daten nach einem bestimmten Zeitraum gelöscht werden. Gerade Frauen brauchen bei bestimmten Gewalttaten immer eine gewisse Zeit, um sich zu offenbaren. Auch da müssen die Freiheitsrechte und die Schutzrechte genau abgewogen werden.

Nach den Ereignissen an Silvester haben wir feststellen müssen, wie wichtig Filmaufnahmen sind. Videoanlagen, die schon so alt sind wie die am Hauptbahnhof, auf denen man nicht erkennen kann, ob es Menschen oder Koffer sind, nützen nichts. Dann kann man sie auch weglassen. Ein Land wie Deutschland, das so innovativ ist, sollte mit modernen Videoanlagen ausgestattet sein - wenn wir uns denn dafür aussprechen. Ich bitte Sie dabei auch zu bedenken: Ohne diese Bilder hätten wir gar keine Möglichkeit der Strafverfolgung. Aber auch die Opfer haben Rechte, und sie sollen ihre Rechte - auch das sind für uns Freiheitsrechte - wahrnehmen können. Videoüberwachung kann ein Beweismittel sein, um die Täter zur Verantwortung zu ziehen.

Uns ist es wichtig, mit unserem Antrag zu erreichen, dass wir uns das alles noch einmal ganz genau anschauen. Die Freiheitsrechte - da gebe ich dir vollkommen recht - müssen wir schützen, aber dazu gehört auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Ich hoffe und ich gehe davon aus, dass unser Antrag hier eine Mehrheit findet. Mir ist wichtig, noch einmal deutlich zu machen: Die KVB will mit der Videoüberwachung die Menschen schützen, und zwar nicht nur ihre Kundinnen und Kunden, sondern auch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und das sollte in unser aller Interesse sein. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei Michael Frenzel [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskollegen! Mit der Videoüberwachung muss man in der Tat kritisch sein. Der Kollege von SPD - ich habe gerade seinen Namen nicht parat; tut mir leid - hatte eben § 15a Polizeigesetz NRW zitiert; ganz wunderbar. Wenn Sie aber die drei Voraussetzungen subsumieren, dann könnte jede öffentliche Umkleidekabine ein Ort sein, an dem ein solches Gerät aufgestellt werden dürfte; denn die würde die genannten Voraussetzungen auch erfüllen. Das müssen Sie einfach einmal lesen. Insofern muss man kritisch sein, wo es passt und wo nicht.

Worüber reden wir denn heute? Wir reden doch heute nur über eine Initiative der KVB, dass bestimmte Plätze, die typischerweise viele Menschen fassen, sicherer werden sollen, zum einen durch Vorbeugung, indem die Leute gar nichts erst machen, weil sie dabei gefilmt werden, und zum anderen durch mögliche Verfolgung, wenn etwas passiert ist. Wir reden hier nicht über einen Überwachungsstaat wie die Piraten - das ist wirklich abstrus -, sondern über eine erfreuliche Initiative der KVB, die solche Maßnahmen einleiten will und sich im Zweifel auch etwas dabei gedacht hat. Insofern: Die AfD unterstützt den karibischen Block in dieser Frage. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir sind jetzt nicht bei Tagesordnungspunkt 10.4, Herr Beckamp.

(Roger Beckamp [AfD]: Doch! - Gegenruf von Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, heute redet ja jeder über jedes!)

Ich möchte das nur noch einmal klarstellen, weil das jetzt ein bisschen durcheinanderght.

Ich würde jetzt gern Herrn Fenske das Wort geben, weil er von Herrn Detjen und anderen Ratsmitgliedern angesprochen worden ist.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In dieser Debatte sind Worte gefallen wie „Brexite“, „Menschenrechte“, „Skandal“

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Und KVB!)

und „KVB“.

Ich muss mich ein bisschen sortieren und will zunächst zwei Vorbemerkungen machen:

Die erste Vorbemerkung betrifft das Thema „Videoüberwachung in den Zwischenebenen“. Das diskutieren KVB und Stadt nicht erst seit Silvester. Wir haben uns da nicht etwa treiben lassen. Es wurde schon vor Silvester von KVB und Stadtverwaltung erörtert, wie wir dieses Thema voranbringen.

Die zweite Vorbemerkung zielt - Herr Breite hat es im Grunde schon gesagt - auf den gesunden Menschenverstand. Wie wollen Sie Kölnerinnen und Kölnern erklären, dass die gesamte Flotte der KVB Kameras hat - seit Jahren? Wie wollen Sie den Menschen erklären, dass alle U-Bahn-Bahnsteige Videokameras haben - seit Jahren? Aber wenn die Menschen die Rolltreppe, die Fahrtreppe oder die Treppe nehmen, dann müssen wir Ihnen sagen: Da haben wir keine Kameras. Wie soll man das begründen?

Der Auslöser dieser Debatte war ja die Frage: Was passiert eigentlich, wenn etwas passiert? Was tun wir dann? Was sagen wir dann? Wie erklären wir das? Aus diesem Grund haben wir uns des Themas angenommen und eben auch die Zwischenebenen mit in den Blick genommen.

Jetzt noch ein paar Punkte zur Sache. Erstens. Bei aller Sensibilität, die es da gibt - Sicherheitsinteressen, Freiheitsrechte -, sollte man genau hinschauen, worum es bei diesem Thema tatsächlich geht. Natürlich ist die KVB nicht nur unterwegs mit Technik, Sicherheitstechnik und Videoüberwachung, sondern sie hat auch Personal - übrigens viel Personal -, und sie hat auch das Sicherheitspersonal in den letzten Jahren nachhaltig aufgestockt. Wenn ich das einmal addiere, so haben wir in Summe ungefähr 250 Kolleginnen und Kollegen, die draußen ihren Dienst tun, plus die Kollegen eines externen Sicherheitsdienstleisters. Das heißt: Auf persönliche Einsätze, persönliche Betreuung, Bestreifung setzen wir ebenso wie auf Technik. Wir machen nicht das eine und lassen das andere. Beides wird getan.

Zweitens. Es gab in den siebeneinhalb Jahren, seitdem ich im Amt bin, bis zum heutigen Tage weder eine Kundenbeschwerde zum Thema Videoüberwachung mit dem Inhalt „Wir wollen das nicht“, noch haben wir vom Landesdatenschutz eine Ermahnung oder Ähnliches bekommen. Selbstverständlich hält sich die KVB daran, was uns der Landesdatenschutz aufgibt: in den Verfahren, in der Vorabkontrolle und Ähnlichem. Die KVB agiert selbstverständlich nicht losgelöst von

datenschutzrechtlichen Bestimmungen. Bis zum heutigen Tage hat es hier nicht einen einzigen kritischen Hinweis gegeben. Im Gegenteil, bei allen Kameras, auch bei denen in den Zwischenebenen, wenn Sie denn im Herbst so entscheiden, wird natürlich eine sogenannte Vorabkontrolle und Weiteres gemacht, um die datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu erfüllen.

Drittens. Es ist erklärte KVB-Unternehmenspolitik, die Menschen sicher zu befördern. Das umfasst nicht nur das Thema Fahrzeugsicherheit, sondern all das, was mit dem Thema Sicherheit zu tun hat. Selbstverständlich sind wir in einem regelmäßigen und sehr engmaschigen Kontakt mit der Polizei, und zwar nicht nur in Vorbereitung auf Veranstaltungen wie CSD, Kölner Lichter und andere Großveranstaltungen. Wir sind kontinuierlich und regelmäßig mit ihr im Austausch, wie wir die Sicherheit in unseren Einrichtungen und in unserer Stadt erhöhen können. Da ist das Urteil der Polizei glasklar. Sie sagt: Videoüberwachung ist ein signifikanter Beitrag, um Sicherheit in unseren öffentlichen Räumen zu erhöhen. Dem schließt sich die KVB mit guten Argumenten an.

Berlin und München haben das, was wir mit der Verwaltung auch vorgeschlagen hätten und jetzt erst im Herbst diskutiert und final entschieden wird, nämlich Videoüberwachung in den sogenannten Zwischenebenen. Sie haben im Vorfeld dieser Debatte auf unsere und auf städtische Nachfrage geantwortet, dass sie damit sehr gute Erfahrungen gemacht haben und sehr gut damit leben.

Wir haben es bei diesem Thema mit objektiver und subjektiv empfundener Sicherheit zu tun. Zur objektiven Sicherheit: Es ist eindeutig so, dass es eine Erfolgsquote bei der Strafverfolgung gibt; Herr Breite hat sie angesprochen. Deshalb - ich kenne die Diskussion ja vom ersten Tag an; da saß ich noch an anderer Stelle - hat Videoüberwachung auch präventive Wirkung. Wenn sie bei der Strafverfolgung zum Erfolg führt, hat Videoüberwachung natürlich auch präventive Wirkung. Sie stärkt die objektive Sicherheit. Sie stärkt aber vor allen Dingen auch die subjektiv empfundene Sicherheit. Das ist auch das primäre Motiv, warum wir das tun. Im Übrigen kommen noch weitere Aspekte hinzu wie Betriebssteuerung, Betriebslenkung. Man kann die Fahrgastströme etc. eben sehen, und man kann rechtzeitig handeln. Vor diesem Hintergrund ist das auch ein zusätzlicher Beitrag zur Sicherheit.

Das waren die wesentlichen Gesichtspunkte, die ich Ihnen versucht habe, noch einmal nahe zu

bringen. Wir werden das ganz offensichtlich noch einmal vertieft diskutieren. Natürlich stehen wir Ihnen auch gerne Rede und Antwort, weil wir wirklich überzeugt davon sind, dass Videoüberwachung ein sichtbarer und spürbarer Beitrag für mehr Sicherheit in Köln ist. Insofern bin ich optimistisch, dass Sie die Sommerpause nutzen, um dann im Herbst eine entsprechende Entscheidung zu treffen, die aus Sicht der KVB und aus Sicht der Fahrgäste überfällig ist. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und
Gerrit Krupp [SPD])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Fenske. - Herr Hegenbarth hat sich noch einmal gemeldet.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Ich will das Thema nicht zu sehr strapazieren, habe aber noch zwei Fragen und eine Bemerkung, die das subjektive Sicherheitsgefühl betrifft. Gefühle habe ich bei meiner Freundin. Wenn es um Videoüberwachung geht, geht es, wenn überhaupt, um Emotionen und um Fakten.

(Unruhe)

Wir sollten hier wirklich einmal bei den Fakten bleiben.

Herr Fenske, in einem muss ich Ihnen widersprechen - das haben Sie vielleicht übersehen -: Vor zwei Jahren hat der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit im Rahmen der 2014-er Ausweitung sehr wohl bei der KVB schriftlich angefragt. Zumindest stand es so im *Kölner Stadt-Anzeiger*. Ich empfehle Ihnen, dem noch einmal nachzugehen. Es hat sehr wohl eine Anfrage geben.

Das Zweite ist, Herr Fenske und Herr Breite: Warum hat es dann keinen signifikanten Rückgang der Straftaten in diesen Bereichen gegeben? Seit Ende der 90er-Jahre führen Sie die Videoüberwachung ein. Es gab seither null Rückgang, was insbesondere deshalb nicht nachvollziehbar ist, weil hier immer wieder das Argument vorgebracht wird, dass die Videoüberwachung zu einem Rückgang und zur Aufklärung von Straftaten führt. Dieser findet aber ausweislich der Kriminalitätsstatistik nicht statt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Fenske bitte noch einmal.

Jürgen Fenske (Kölner Verkehrs-Betriebe): Ich möchte diese beiden Fragen gerne beantworten.

Zunächst zu Ihrer Frage zum Landesdatenschutzbeauftragten. Ich meine, das war damals im Zuge der Einführung der Videoüberwachung in den Bussen.

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Ja!)

- Genau. - Da hat es über die Presse einen Hinweis des Pressesprechers des Datenschutzbeauftragten gegeben, und das war's dann. Dann kam nichts mehr. Also: Bei uns im Hause liegt keine Frage des Datenschutzbeauftragten vor - mit Ausnahme des Hinweises, der in der Zeitung gestanden hat.

Zu Ihrer zweiten Frage. In der Tat, ich bin jetzt nicht so vorbereitet, dass ich Ihnen die genauen Zahlen zur Erfolgsquote in der Strafverfolgung nennen kann. Ich kann das hier jetzt nur verbal darlegen. Es ist eindeutig so - das bestätigt die Polizei in Person von Herrn Mathies -: Die Erfolgsquote über Video ist wirklich sehr beachtlich. Wir werden in der weiteren Debatte - das ist ja auch Inhalt des Antrags - diese Zahlen, Daten und Fakten dazu vorlegen.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP abstimmen, den ich als Ersetzungsantrag werte. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von der SPD, den Piraten, der AfD, pro Köln und den Linken. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Wortmann und Deine Freunde. Dann ist dieser Antrag angenommen. Damit entfällt die Abstimmung über den Ursprungsantrag.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Tagesordnungspunkt 3.1.3:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Stellplatz- und Parkraummanagement in Köln“
AN/1155/2016

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1237/2016

Das Wort hat Herr Frenzel.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wohnraum in Köln ist knapp und wird immer teurer - ich sage das fast jedes Mal hier -, und wir stehen in der Pflicht, dagegen etwas zu tun. Dies ist auch der Grund für unseren Antrag.

Ein Kostenfaktor im Wohnungsbau ist die Pflicht zur Bereitstellung von Parkraum für Pkw sowie von Stellplätzen für Fahrräder, Kinderwagen und Rollstühle. Aktuell gibt es hier eine erfreuliche und wichtige Neuerung für die Bürger, für Investoren und für unsere Stadt. Die SPD im Land hat die Novellierung der Landesbauordnung auf den Weg gebracht. Köln sollte sich jetzt darauf vorbereiten, damit von diesem neuen Handlungsspielraum schnellstmöglich Gebrauch gemacht werden kann.

(Beifall bei Michael Weisenstein
[DIE LINKE.])

Wir brauchen eine Senkung baurechtlicher Hürden im Wohnungsbau. Wir brauchen Parkraum passgenau nach den Bedürfnissen vor Ort im Veedel, und zwar für Pkw und für Fahrräder. Wir brauchen eine differenzierte Betrachtung nach Wohnungsgröße, Nutzungsart - zum Beispiel: Studentenwohnungen, Seniorenwohnungen, geförderte Wohnungsbau - und der Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr.

Die künftige Stellplatzsatzung sollte Anreize geben für die Veränderung des Modal Split zugunsten des Umweltverbundes - zu Fuß, Rad und ÖPNV - im Sinne von „Köln mobil 2025“, das wir im letzten Jahr gemeinsam hier verabschiedet haben, und gleichzeitig Bauhemmnisse in unserer wachsenden Stadt beseitigen.

Im Sinne des Grundgedankens, die öffentlichen Verkehrsflächen von parkenden Pkw zu entlasten, sollte allerdings auch zukünftig grundsätzlich an Ablösebeiträgen festgehalten und deren Erlöse für Fahrradwege oder Park&Ride-Stellplätze verwendet werden.

Wir müssen aber auch zur Kenntnis nehmen, dass die absolute Zahl der in unserer Stadt zugelassenen Pkw weiter zunimmt. Vor diesen Zahlen können sich auch diejenigen nicht verschließen, die vielleicht gern eine andere Nutzung vorschreiben würden. Wir brauchen aufgrund des hohen Parkdrucks in einigen Teilen Kölns und für mehr Aufenthaltsqualität für alle Verkehrsteilnehmer dringend innovative Park-

raumkonzepte, die auch Quartiersgaragen oder die Nutzung nicht ausgelasteter Parkhäuser mit einschließen.

Ich möchte Ihnen zwei Beispiele aus der Praxis nennen, um deutlich zu machen, was wir bezwecken:

Erstes Beispiel: Die GAG baut aktuell in einem viel beachteten und vom Land geförderten Bauvorhaben in der Swinestraße in Chorweiler 258 Wohnungen, darunter auch Wohnungen für Flüchtlinge. Für diese Maßnahme müssen trotz eines Rabatts für Flüchtlingswohnungen und einer in unmittelbarer Nähe befindlichen S-Bahn-Station über 100 Stellplätze geschaffen werden, und dies obwohl auf der gegenüberliegenden Straßenseite der gleiche Eigentümer, unsere städtische Wohnungsbaugesellschaft GAG, ein Parkhaus mit über 400 Stellplätzen besitzt, das zur Hälfte leersteht. - Wir müssen hier flexibler reagieren können auf den tatsächlichen Bedarf. Damit sparen wir Kosten und machen das Wohnen preiswerter.

Ein zweites Beispiel: ein privates Bauprojekt in unmittelbarer Nähe zu zwei U-Bahn-Stationen und zwei S-Bahn-Linien. Aufgrund der Nähe zu den Bahngleisen wäre der Bau einer Tiefgarage mit hohen Kosten verbunden. Obwohl ein großes Parkhaus in der Nähe ist, muss die Verwaltung aber auf den Nachweis von Parkplätzen bestehen. - Genau da setzen wir mit unserem Antrag an.

Wir haben uns natürlich auch mit dem Änderungsantrag der Kollegen der Linken auseinandergesetzt. Ich muss sagen: Wir haben sehr viel Gutes darin erkannt und haben überlegt, ob wir das punktwise abstimmen lassen sollten. Allerdings haben wir festgestellt, dass beispielsweise die Umsetzung von Punkt 2 mit einem riesigen Prüfaufwand verbunden wäre. Wir sehen darin insgesamt eine zu große Detailtiefe. Auch wenn wir viele der Punkte, die Sie genannt haben, teilen, möchten wir Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt vorschlagen, nur unseren Antrag abzustimmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen aus meiner Sicht genau heute diesen Schritt tun und die Probleme, die wir durch die aktuelle Stellplatzsatzung haben, beseitigen. Das können wir heute tun, indem Sie unserem Antrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Jörg Frank war eben auf die Verwaltung sauer. Ich werde langsam sauer auf die SPD; „sauer“ ist vielleicht das falsche Wort; mir tut Michael Frenzel einfach leid. Vielleicht sollte man ihn einmal über den Beratungsstand zur Landesbauordnung aufklären. Es kann Unwissenheit sein, es kann Unkenntnis sein, vielleicht auch nur Populismus - ich weiß es nicht -, dass man dieses Thema hier einbringt, obwohl es auf Landesebene gemeinschaftlich von Rot-Grün bearbeitet wird und die SPD da nicht unbedingt die Speerspitze, die treibende Kraft ist.

Zu Ihrem Beispiel Swinestraße. Dieses Beispiel habe *ich* im Ausschuss vorgerechnet. Aber ich habe ja ein ausgeglichenes Gemüt. Trotzdem: Dieses Beispiel habe *ich* angeführt und vorgerechnet, dass das für 40 Prozent geförderten Wohnraum, 20 Prozent Wohnraum für Flüchtlinge und 40 Prozent frei finanzierten Wohnraum ziemlich viele Stellplätze sind. - Also: Bringen Sie bitte die Realität nicht durcheinander.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Aber zurück zur Landesbauordnung. Wir wissen, dass seit drei Jahren daran gearbeitet wird. Aller Voraussicht wird sie im Dezember 2016 im Landtag verabschiedet werden. Wir wissen auch, dass es enorme Erleichterungen für Kommunen geben wird, nämlich im Zuge der Novellierung des § 50, der die Stellplätze, Garagen und Abstellplätze für Fahrräder regelt. Es scheint so, dass das Land der Bitte der Kommunen, hier mehr Spielraum für die tatsächlichen räumlichen Gegebenheiten und das veränderte Mobilitätsverhalten zu erhalten, nachkommen wird. Es gibt im Oktober allerdings noch eine Anhörung, weil im Moment - so wurde uns berichtet - den Kommunen anscheinend zu viel Spielraum eingeräumt werden soll, was der Städte- und Gemeindebund kritisiert. In welcher Art und Weise sich die Ergebnisse dieser Anhörung und die Kritik des Städte- und Gemeindebunds dann im Gesetz niederschlagen werden, das wissen wir heute überhaupt noch nicht.

Das heißt: Sie möchten heute die Verwaltung beauftragen, eine Satzung zu schreiben, zu der es noch gar keine gesetzlichen Vorgaben gibt, eine Satzung, die sozusagen auf Sand gebaut ist, und das lehnen wir ab. Wir freuen uns natür-

lich sehr, wenn im Dezember 2016 dieses Gesetz verabschiedet wird. Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass die Verwaltung die dringend notwendige Satzung dann sehr schnell erarbeiten wird.

(Michael Frenzel [SPD]: Da sind wir einmal gespannt!)

Ich freue mich, wenn sie uns dann vorliegt, und bin auch auf deren Inhalt gespannt. Ich bin zuversichtlich, dass die Verwaltung das sehr gut machen wird und sie eigenständig und zügig die notwendige Satzung erarbeiten wird.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und Niklas Kienitz [CDU])

Die Verwaltung hat es doch auch geschafft, das Strategiepapier „Köln mobil 2025“ auf den Weg zu bringen. Die Kölner Perspektiven zur Mobilität sind ja auch sehr modern und federführend. Sie wird uns auch eine Stellplatzsatzung vorlegen können, in der zukünftig differenziert wird nach den Stadtteilen, nach den verschiedenen Bedarfen der Anwohner und nach den Nutzungen.

Von daher sehen wir keinen Bedarf, heute eine Stellplatzsatzung in Auftrag zu geben. Das entsprechende Gesetz liegt noch gar nicht vor. Lassen Sie uns erst einmal dieses Gesetz auf Landesebene machen. Dann wissen wir auch, in welchem Rahmen sich eine solche Stellplatzsatzung bewegen muss. Heute die Verwaltung zu beauftragen: „Macht mal schnell eine Stellplatzsatzung!“, obwohl das entsprechende Gesetz noch gar nicht vorliegt und wir später vielleicht alles noch einmal neu aufsetzen müssen, das ist einfach Quatsch.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Niklas Kienitz [CDU])

Ich bin mir auch sicher: Wenn wir eine Stellplatzsatzung vorgelegt bekommen, werden wir sie in den Ausschüssen und im Rat noch einmal ganz intensiv erörtern. Es wird also noch Möglichkeiten geben, Einfluss darauf zu nehmen. Aber lassen Sie uns erst einmal die Rahmenbedingungen dafür abwarten. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Niklas Kienitz [CDU])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster hat Herr Weisenstein das Wort. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Michael Frenzel, liebe Kirsten Jahn, ich glaube, inhaltlich besteht gar nicht so viel Dissens in der Sache.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wahrscheinlich nicht!)

Wir sind uns doch einig - das hat Kollege Frenzel zu Beginn seiner Rede ausgeführt -: Das Wohnen in dieser Stadt ist sehr teuer, und an manchen Stellen wird es unnötig teuer gemacht, indem wir unnötige Stellplätze bauen lassen, obwohl gegenüber genug Stellplätze vorhanden sind. Ob das nun die Grünen herausgefunden haben oder ob es die SPD herausgefunden hat,

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir sagen das schon seit Jahren!)

das ist meiner Meinung nach hier nicht der ausschlaggebende Punkt.

(Beifall bei der Linken und der SPD -
Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Für mich schon!)

- Ja, gut. Ich glaube dennoch, in der Sache ist das relativ egal.

Die Frage, ob es der richtige Zeitpunkt ist, diesen Antrag zu behandeln, habe ich mir auch gestellt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Das ist gut!)

- Ja, klar. Man stellt sich ja immer die Frage, ob es der richtige Zeitpunkt ist, diesen oder jenen Antrag zu bearbeiten, erst recht wenn, wie in diesem Fall, auf Landesebene erst der Boden für solche Satzungen geschaffen wird. Alles richtig.

Ich möchte aber darauf hinweisen, dass die Stadt Düsseldorf schon seit langem mit einer solchen Stellplatzverordnung arbeitet, und Düsseldorf liegt ja im gleichen Bundesland. Das soll auch für Sie ein Hinweis sein. Die Kommune Düsseldorf hat sich schon sehr viele Gedanken darüber gemacht und etwas sehr Ordentliches vorgelegt.

Das fehlt mir am SPD-Antrag ein wenig. Meiner Meinung nach hätte der SPD-Antrag noch ein bisschen mehr ins Detail gehen müssen. Wir haben unseren Änderungsantrag ja nicht aus bösem Willen gestellt, sondern weil wir der Meinung sind: Da müssen Prozentzahlen genannt werden. Da muss die Formulierung „Keine Wohneinheit erhält mehr als einen Stellplatz“ aufgenommen werden. Da muss der Bedarf von

Studentenwohnungen, Seniorenwohnungen oder geförderten Wohnungen eingeschätzt werden, die vielleicht nur einen halben oder einen Drittelstellplatz brauchen. Da muss berücksichtigt werden, wie weit die nächste Bushaltestelle oder die nächste Straßenbahnhaltestelle entfernt ist; denn auch das senkt den Schnitt. - Das drückt der erste Teil unseres Änderungsantrags aus.

(Beifall bei der Linken)

Von daher möchte ich Sie bitten, unserem Änderungsantrag zu folgen. - Bevor sich jemand aufregt, sage ich gleich: Das ist abgekupfert bei der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Zurück zum SPD-Antrag, der ja zwei Aspekte nennt. Der zweite Aspekt ist das Parkraummanagement. Das muss man meiner Meinung nach schwerpunktmäßig zunächst in der Innenstadt untersuchen, weil es dort die gravierendsten Fehlentwicklungen gibt. Dort gibt es zum einen riesige Parkhäuser, die häufig teilweise leerstehen, und gleichzeitig werden die Anwohnerstraßen bis zur Unkenntlichkeit von legal und illegal parkenden Autos verunstaltet, die anderen Verkehrsteilnehmern den Platz wegnehmen.

Deswegen sagen wir in unserem Änderungsantrag: Liebe Verwaltung, prüf doch bitte mal: Wie viele Parkplätze gibt es insgesamt, und wie viele davon stehen leer? Wie viel Anwohnerparken können wir auf diesen leerstehenden Parkflächen unterbringen, also Autos, die heute an der Straße parken, das Stadtbild verunstalten und anderen Verkehrsteilnehmern den Platz nehmen? Von daher bitte ich auch zu diesem Punkt um Zustimmung. Die Stadt möge prüfen, wo und wie viele Autos, die jetzt an der Straße parken, die leerstehenden Kapazitäten der Parkhäuser nutzen könnten, sodass wir dann alle mehr Luft zum Atmen haben und es mehr Flächengerechtigkeit in dieser Stadt gibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächster Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Kollege Frenzel, allein schon die Art Ihres Vortrags - Sie sind ja sonst nicht unbedingt scheu in Ihren Formulierungen, sei es in Pressemitteilungen oder Facebook-Einträgen - scheint mir zu zeigen, dass Sie von Ihrem eigenen Antrag nicht recht überzeugt sind.

Meine Damen und Herren, Frau Jahn hat es vollkommen richtig ausgeführt: Es ist schon ein dolles Ding, dass wir hier die Verwaltung mit Arbeit belasten sollen, obwohl das entsprechende Gesetz überhaupt noch nicht beschlossen ist. Frau Jahn, mit Verlaub, es könnte am Ende auch darauf hinauslaufen, dass die aktuelle Landesregierung im Vorwahlkampf dieses Gesetz überhaupt nicht mehr verabschiedet wird und wir an dieser Stelle ohne Ergebnis bleiben. - Aber sei's drum. Wir können uns Ihrer Argumentation, Frau Jahn, voll und ganz anschließen. Wir brauchen diesen SPD-Antrag im Moment eindeutig nicht.

Da finde ich den Antrag der Linken schon mutiger. Herr Weisenstein, erlauben Sie mir nur einige Bemerkungen zu Ihrem Ergänzungsantrag. Da kommt natürlich ein gewisser Duktus durch, der zumindest Liberale sich schütteln lässt

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Autofahrer!)

- ja, genau -, weil in unserer Innenstadt immer noch zum Glück über 100.000 Menschen leben und wohnen. Dabei handelt es sich - entgegen der allgemeinen Informationskette, die für die Innenstadt gerne heruntergespielt wird - eben nicht durchgängig um Millionäre, sondern um ganz normale Bürger mit durchschnittlichen Einkommen und durchschnittlichen Mobilitätsbedürfnissen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Deswegen haben wir auch so gute Verkehrsverbindungen in die Innenstadt!)

Deswegen, Herr Detjen, finde ich es schon mutig, zu sagen: Je näher du am Hauptbahnhof wohnst, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass du ein Auto brauchst.

(Beifall bei der FDP)

Nur die Möglichkeit, den ÖPNV optimal zu nutzen, führt nicht automatisch dazu, dass Bürgerinnen und Bürger vor Ort nicht auf ein Auto angewiesen sind. Mit dieser Mär müsste endlich einmal aufgeräumt werden.

(Beifall bei der FDP)

Das zieht sich durch Ihren gesamten Änderungsantrag. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich hätte nicht studieren und gleichzeitig meine Verpflichtungen an anderer Stelle erfüllen können ohne Auto. Ich war zu meiner Studienzeit auf ein Auto angewiesen, egal ob ich 50 Meter oder 5 Kilometer vom Hauptbahnhof entfernt gelebt hätte.

Auch die Bevormundung von Bürgern in Form einer Vorgabe, dass Senioren gar kein Auto mehr benötigen und deshalb die Stellplatzfläche bei Seniorenwohnungen reduziert werden kann, das, Herr Weisenstein, gefällt mir vom Grundansatz her nicht. Das ist kein liberaler Ansatz.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE.]

Zum Schluss. Wir alle wissen: Ein Stellplatz in der Innenstadt kostet im Neubaubereich - Stichwort: Clouth-Gelände - etwa 20.000 bis 25.000 Euro. Das ist so. Aber, meine Damen und Herren, Sie müssen auch einmal die Menschen in den Blick nehmen, die eine Lebensentscheidung treffen, wenn sie sich irgendwo eine Eigentumswohnung kaufen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, eine Wohnung oder eine Garage!)

- Eine Wohnung, Herr Frank. - Diejenigen, die eine Eigentumswohnung in der Kölner Innenstadt ohne den dazugehörigen Parkraum kaufen, werden diese Wohnung höchstwahrscheinlich nicht mehr erfolgreich veräußern können. Das sollte man auch einmal bedenken.

(Beifall bei der FDP - Widerspruch beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden beide Anträge ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen: Ich würde eine Wohnung ohne Stellplatz kaufen, wenn sie günstig ist!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu gibt es offenbar unterschiedliche Erfahrungen. - Ich würde Herrn Höing bitten, dazu kurz Stellung zu nehmen.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sehr geehrte Frau Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Die zentrale Frage ist: Wann fängt eine Verwaltung an zu arbeiten?

(Heiterkeit - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sehr gute Frage!)

Das haben wir vorhin schon bei anderer Gelegenheit kurz thematisieren können. Hier ist es so, dass ich bereits vor einigen Monaten eine kleine Arbeitsgruppe bei uns installiert habe, weil

es sich andeutet, dass die Städte deutlich mehr Freiheiten bekommen werden.

(Michael Frenzel [SPD]: Da hören Sie es einmal, Frau Jahn!)

Andere Städte wie zum Beispiel Hamburg haben das Thema Stellplatz in Zusammenhang mit dem Wohnungsbau sehr offensiv diskutiert und im Ergebnis die Stellplatzpflicht aufgehoben. Die Städte Berlin und Basel überleben ganz ohne Stellplatzsatzung und Stellplatznachweispflicht.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nicht, dass die Immobilienpreise zusammenbrechen!)

Wir haben uns vorgenommen, im Herbst ein erstes Papier in den Ausschüssen zu diskutieren, um eine Matrix zu entwickeln, welche Themen da eine Rolle spielen. Wir werden ein kleines Hearing zusammen mit anderen Städten machen, die in dieser Hinsicht schon mehr Erfahrungen gesammelt haben. Wir werden Sie also à jour halten. Im Grunde bedarf es keiner Anträge, damit wir anfangen, zu arbeiten. Das ist meine Botschaft.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP - Peter Kron [SPD]: Entschuldigung! Wir wollten nicht stören!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen, den ich als Ergänzungsantrag werte. Wer ist dafür? - Das ist die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag ablehnen.

(Heiterkeit)

Ich meine natürlich: abstimmen. Die Abstimmung ist trotzdem noch durchzuführen. Ich wollte das Ergebnis nicht vorwegnehmen. - Wer stimmt dem Ursprungsantrag der SPD-Fraktion zu? - Das sind die SPD und die Linke. Enthaltungen? - Die Piraten und Herr Scholz von Deine Freunde. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3.1.4 auf:

3.1.4 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Konflikte vermeiden, Kommunikation

fördern: Der Nachbürgermeister für Köln“ AN/1156/2016

Ich bitte zunächst Frau Dr. Bürgermeister ans Mikrofon.

(Niklas Kienitz [CDU]: Jetzt macht das auch Sinn! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Ist das eine Bewerbungsrede? - Heiterkeit)

Dr. Eva Bürgermeister (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln ist stolz auf seine Tradition als dicht bewohntes Zentrum, als urbaner Krafraum mit ganz vielfältigen kulturellen Aktivitäten - tagsüber, am Abend und in der Nacht. Das Besondere in Köln ist: Gewohnt, gearbeitet, gekauft und gefeiert wird in Köln beinahe überall. Das gilt ganz besonders für die Innenstadt, wo im Unterschied zu vielen anderen Städten viele Menschen wohnen. Hieraus ergibt sich seit geraumer Zeit ein schwieriges Spannungsfeld. Die Konflikte haben in den letzten Jahren erkennbar zugenommen.

Wir wollen diesen Entwicklungen Rechnung tragen, nicht nur um besser mit den vielfältigen ordnungspolitischen Konflikten umgehen zu können, sondern weil es uns wichtig ist, dass die lebendige Kneipen-, Klub- und Veranstaltungskultur die ihr zustehende Wertschätzung erhält und deren Anliegen in der Politik und Verwaltung Gehör finden. Zugleich wollen wir auch die berechtigten Anliegen der Anwohner natürlich nicht außen vor lassen.

Wie wichtig uns unter der Perspektive Kultur die so lebendige Popkulturszene ist, haben wir als Politik mit der Verabschiedung eines Popkulturförderkonzepts deutlich gemacht. Damit ist die Popkultur, die sich ja in ihrer grundsätzlichen Struktur von anderen Sparten des Kulturbetriebs unterscheidet als eben auch und vor allem wirtschaftlich angelegte Kultur, erstmals in den direkten Fokus der Kulturförderung gelangt. Das ist gut und richtig so. Ich möchte allen Skeptikern gleich sagen, dass Kultur auch wirtschaftlich erfolgreich sein darf, wenn es denn möglich ist.

Übrigens hat auch Köln Tourismus die Bedeutung urbaner Veranstaltungskultur erkannt. Das touristische Schwerpunktthema 2016/2017 heißt: #urbanCGN - cologne urban lifestyle. Hierunter soll - Zitat - „die einzigartige Veedelskultur und deren vielfältiges Identifikationspotenzial“ präsentiert werden. Nicht nur in der Innenstadt,

auch in den Veedeln hat Köln nämlich einiges zu bieten.

Mit unserem Antrag möchten wir an ein Konzept anknüpfen, das in anderen europäischen Städten bereits erfolgreich eingeführt worden ist: ein Nachtbürgermeister oder eine Nachtbürgermeisterin. Wir glauben, dass der frühzeitige und vor allem kontinuierliche Dialog zwischen Veranstaltern, Anwohnern, Partygängern, Verwaltung und Politik notwendig ist, um den beschriebenen Herausforderungen zu begegnen und Köln weiterzuentwickeln.

Der Nachtbürgermeister bzw. die Nachtbürgermeisterin sollte drei Funktionen übernehmen:

Erstens obliegt ihm - ich bleibe im Folgenden nur der Einfachheit halber beim Maskulinum - die vermittelnde Position zwischen Nachtszene und Anwohnern und Anliegern, vor allem bei Konflikten um die Nutzung des öffentlichen Raums. Der Nachtbürgermeister soll durch Vermittlung Konflikte verhindern oder zumindest abmildern und einen Interessenausgleich herbeiführen.

Auch die zweite Funktion ist ganz wichtig. Der Nachtbürgermeister soll als Mittler und Übersetzer zwischen Veranstaltern und Verwaltung fungieren. Dazu muss man sagen, dass Veranstalter, Kulturschaffende und Verwaltung häufig ganz verschiedene Sprachen sprechen und sich Kulturschaffende und Veranstalter bei Kontakten zur Verwaltung einer großen Bürokratie und vielen verschiedenen Ämtern und Zuständigkeiten gegenübersehen. Hier braucht es einen Übersetzer. Das heißt: Der Nachtbürgermeister vermittelt der Szene die richtigen Kontakte bei der Verwaltung, und umgekehrt dient er der Verwaltung als Ansprechpartner in die Szene.

Auch die dritte Funktion ist aus unserer Sicht nicht unwichtig. Der Nachtbürgermeister soll als Sprachrohr der Szene in Planungs- und Entwicklungsprozesse einbezogen werden, wodurch die Wahrnehmbarkeit und Ansprechbarkeit der ganzen Szene gesichert wird. Ein Beispiel könnte das Bebauungsplanverfahren am Brüsseler Platz sein. Er soll sich aber auch noch grundsätzlicher einbringen können, so wie es zum Beispiel in der Auftaktveranstaltung zum neuen Kulturentwicklungsplan in dem viel beachteten Beitrag von Niels Boeing im Kontext von Alterskultur angesprochen und von vielen Teilnehmern aufgegriffen wurde, nämlich Orte für Kultur, auch für Szenekultur, Musikklubs, Freie Theater usw. im hoch umwobenen Stadtentwicklungsbereich mitzudenken und zu entwickeln. Wie gesagt: Ein kon-

tinuierlich ansprechbarer Vertreter kann hier sicher mehr Aufmerksamkeit erreichen.

In unserem Antrag haben wir bewusst auf konkrete Ausformulierungen verzichtet.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Da liegt das Problem!)

Diese sollen im Dialog mit allen Beteiligten entwickelt werden. Wir haben ausgeführt, was die Ziele sind, und wollen das Ganze in einem Dialog mit allen Beteiligten entwickeln.

Für uns ist wichtig: Der Nachtbürgermeister ist vor allem Sprachrohr der Interessenvertreter der Szene. Er soll breite Akzeptanz in der Szene genießen. Er ist dabei nicht zu verstehen als ein Lobbyist allein für die Szene, die er aber natürlich kennen, wertschätzen und verstehen muss. Aus unserer Sicht sollten die Findungs- und Auswahlmodalitäten unbedingt im Einvernehmen mit der Szene festgelegt werden. Der Nachtbürgermeister soll ein unabhängiger Vermittler und Brückenbauer mit einer klaren Grundhaltung sein. Er soll - das ist uns wichtig - unabhängig von Politik und Verwaltung tätig sein und die Bereitschaft haben, Konflikte zu mildern. Zu seinen Kernkompetenzen sollten sicherlich eine enorme Kommunikationsfähigkeit, die Fähigkeit zum Zuhören und ein beharrliches Streben nach Konfliktlösungen gehören.

Meine Damen und Herren, es gibt genug Vorbilder: London, Amsterdam und andere niederländische Städte, aber auch Toronto und Paris haben es uns gezeigt. Lassen Sie uns als lebendige Großstadt, die am Tag und in der Nacht lebt, bestmögliche Rahmenbedingungen schaffen für ein kommunikatives Miteinander unterschiedlicher Interessen. Ein Nachtbürgermeister oder eine Nachtbürgermeisterin - oder wie auch immer diese Funktion in Köln bezeichnet werden wird - wird frische Impulse für die Kulturstadt Köln bringen, auf jeden Fall aber ein gewichtiger Baustein für ein friedliches Miteinander sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster hat das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dass ich einmal in einer Ratssitzung in zwei Reden zu zwei verschiedenen Themen über Kanada spreche, das

hätte ich auch nicht gedacht. Aber das zeigt, wie international unsere Stadt ist.

(Martin Börschel [SPD]: Da können Sie einmal sehen! Extra Ihnen zuliebe!)

Dankenswerterweise ist Toronto hier schon erwähnt worden, obwohl meines Wissens dort noch gar kein Nachtbürgermeister installiert ist. Das ist noch im Werden. Dort wurde der Prüfantrag gestellt: Die Verwaltung möge prüfen, ob ein Night Mayor Ambassador etabliert werden kann.

(Zurufe: Nightmare?)

- Nicht: Nightmare, sondern: Night Mayor Ambassador.

Im Prinzip ist das schon ein ernstes Thema. Deswegen möchte ich noch einmal kurz auf den Antrag zu sprechen kommen. Was uns von der CDU-Fraktion am besten gefällt, das ist der erste Teil der Überschrift, nämlich „Konflikte vermeiden und Kommunikation fördern“. Das hört sich gut an. Da sind wir dafür. Der zweite Teil der Überschrift „Der Nachtbürgermeister für Köln“ hört sich an sich auch gut an. Das könnte gut sein, da könnte etwas Gutes drinstecken. Aber so ganz genau haben Sie nicht darstellen können, auch in Ihrer Rede nicht, was das eigentlich sein soll, und das ist genau das Problem.

Die Präambel brauchen wir nicht zu diskutieren. Kommen wir also gleich zum Beschlusstext, und der ist definitiv zu ungenau formuliert. Wenn man sich den Beschlusstext durchliest, stellt man fest: Der Nachtbürgermeister wird in irgendeiner Art und Weise durch die Oberbürgermeisterin mit ihrer Verwaltung installiert. Wer das genau sein soll, wird nicht klar. Es wird da von einer Szene gesprochen, mit der zusammen dieser Nachtbürgermeister gefunden werden soll.

Das wäre dann ein ähnliches Konstrukt wie in Amsterdam. Dort hat man einen Eventmanager zum Nachtbürgermeister gewählt. Wer ihn genau gewählt hat - er wurde per Onlineverfahren gewählt -, war nicht richtig nachvollziehbar, aber es muss wohl geklappt haben. Das ist eine Person, die seit zwei Jahren in der Nachtszene Amsterdams dafür sorgt, dass insbesondere die Night-Time Economy wächst. Das ist nämlich die eigentliche Idee, übrigens auch in London und in Toronto: die Night-Time Economy zu stärken. Die „24 Hours City“, das ist quasi das Konzept.

Ich sage einmal allen Ernstes: Am Brüsseler Platz ging es um ein ganz anderes Thema. Der eigentliche, der echte Nachtbürgermeister der Stadt Köln sitzt ja hier rechts.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Aha!)

Herr Kahlen hat dieses Konzept ja über Jahre hinweg mit Mediationsverfahren erprobt, Mediation in Richtung Bevölkerung, in Richtung Klubszene, in Richtung Anwohner und natürlich auch in Richtung Nutzer. Allerdings war das Mediationsverfahren nicht so erfolgreich wie erhofft.

Deswegen: Für uns wird nicht zu 100 Prozent deutlich, auch in Ihrer Begründung nicht, wo die Reise hingehen soll. Sie haben von der Funktion als Vermittler gesprochen. Aber die Anwohner - hier in Köln zum Beispiel am Brüsseler Platz -, die besonders betroffen sind von dem Lärm, der notgedrungen entsteht, wenn sich Hunderte Menschen versammeln, finden sich in den Konzepten von London oder Amsterdam oder Toronto eigentlich nicht. Darin geht es ausschließlich um die Stärkung der Klubszene. Das ist natürlich wichtig. Sie braucht auch Aufführungsorte.

Dafür haben wir hier aber schon einen wunderbaren Ansprechpartner, nämlich die Klubcomm mit über 70 Mitgliedern. Das sind genau diejenigen, von denen Sie sagen, dass sie angeblich unvernetzt sind und darauf warten, dass ihnen ein Ansprechpartner in der Kölner Verwaltung vermittelt wird. Nein, die Klubcomm ist eine gewählte Organisation. Das Verfahren ist sehr einfach und transparent. Wenn die Wirtschaftsförderung oder die Kulturförderung etwas in dieser Richtung will, dann wissen sie genau, mit wem sie sprechen müssen. Das ist relativ einfach.

Ich glaube, wir sind in dieser Hinsicht viel besser aufgestellt als Amsterdam oder London, weil wir eben auch eine Nachtstadt sind. Wir haben natürlich eine Partymeile; ganz klar. Wir haben eine Eventmeile. Ich glaube, das funktioniert aktuell ganz gut auch ohne dieses Konzept, das hier relativ intransparent beschrieben ist. Das sollten wir auf gar keinen Fall so beschließen. Wir können die Verwaltung ja irgendwann einmal mit Prüfungen in diesem Zusammenhang beauftragen und uns von ihr darstellen lassen, was dieser Nachtbürgermeister tatsächlich bringen würde. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Nachtschwärmerinnen und Nachtschwärmer! Herr Elster hat versucht, die Erfahrungen, die Toronto mit einem Nachtbürgermeister macht, zu erkunden, und hat festgestellt, dass das Konzept noch in der Prüfphase ist. Ich bin bei meiner Suche nach Informationen in Europa geblieben und habe nach Amsterdam geschaut. Zu diesem Thema finden sich interessante Beiträge, unter anderem auf *Tagesspiegel Online*, die den dort tätigen Nachtbürgermeister so beschreiben - Zitat -:

Vor fünf Uhr morgens wird er nicht ins Bett kommen. Er patrouilliert mit seinem Dienstwagen und ist auf Kontrollvisite durch die Clubs und Bars. Die Besuche des Nachtbürgermeisters verlaufen immer gleich: Küsschen links, Küsschen rechts, dann hört er sich die Sorgen seiner Clubbesitzer an; vermittelt und schlichtet. Etwa so, wie man es aus dem Film *Der Pate* kennt.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

An anderer Stelle heißt es auf *Kopp Online* - Zitat -:

Hinter dem Nachtbürgermeister Milan stehen Partypromoter, DJs, Booker, Clubbesitzer und wohl auch die Schattenwirtschaft in der Grachtenstadt. Politisch kämpft Milan für die offene Onlinewahl. Eine „election night“ die wie eine Wahlparty in der Nacht veranstaltet wird: „Die Leute müssen für dich jubeln, sie müssen schreien.“ Der Nachtbürgermeister will die Sperrstunde abschaffen und Amsterdam zum „Chinatown der 24-Stunden-Lizenzen“ machen. Die Clubs können öffnen oder schließen, wann es den Besitzern passt.

Ich überlasse es Ihnen, zu beurteilen, ob das ein Modell ist, das Konsens stiftet.

In der *Berliner Zeitung* heißt es:

Die Autoritäten des Nachtlebens taten sich zusammen und bestimmten jemanden aus ihren Reihen, der ihre Interessen gegenüber der Stadt vertreten sollte. „Die Geburtsstunde des Nachtbürgermeisters“, sagt Mirik. In dieser Tradition hat er das Amt 2012 angetreten - für ein neues altes Amsterdam.

So weit, so gut.

Man muss natürlich nicht unbedingt Amsterdam als Vorbild wählen. Wir müssen schon auch auf das Angebot in Köln schauen. Dem Beschlusstext des SPD-Antrags ist Folgendes zu entnehmen: Es wird eine Person gesucht, die Sprachrohr der Musikszene sein soll, die vermitteln soll bei Konflikten, die eine zentrale Ansprechperson sein soll und die auch noch unabhängig sein soll. Jetzt fragt man sich, wie diese Quadratur des Kreises möglich sein soll.

Wenn man es nüchtern betrachtet, ist jemand, der Sprachrohr der Musikszene ist - das ist eine völlig legitime Aufgabe, die es auch in jeder anderen Branche gibt, wo es auch Netzwerke für andere Bereiche der Kreativbranche gibt -, natürlich nicht unabhängig, sondern diese Person vertritt ein bestimmtes Interesse, nämlich das der Musikclubs, vielleicht auch das der Besucher der Musikclubs. Für die Musikclubs ist diese Person der zentrale Ansprechpartner. - So weit ist das nachvollziehbar.

Wie aber jemand bei Konflikten vermitteln soll, dessen Aufgabe es ist, das Interesse einer der beiden Seiten zu vertreten, das müsste uns hier noch erklärt werden. Genau das kann es ja nicht sein. Das wäre ja ungefähr so, als wenn der Verhandlungsführer einer Tarifgewerkschaft auch auf der anderen Seite säße und mit sich selbst einen Vertrag schließen würde. Das würden selbst die Gewerkschaften nicht vorschlagen, denke ich.

(Rafael Christof Struwe [SPD]: Das steht so gar nicht darin!)

- Ich halte mich hier an den Beschlusstext, werter Kollege.

Worum geht es? Es ist, denke ich, eine Selbstverständlichkeit für eine multikulturelle europäische Großstadt, dass sie ein breites Angebot an Kultur und Entertainment und an Freizeitangeboten vorhält. Dazu gehört natürlich auch das Musikleben, und dazu gehören auch die Musikclubs. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass sowohl die Stadtverwaltung als auch der Rat diese Entwicklung fördert. Die Musikszene ist Bestandteil der Kultur- und Kreativwirtschaft. Es gibt bereits jetzt Instanzen innerhalb der Verwaltung, nämlich beim Kulturstadtrat und auch beim Dezernat Wirtschaft, die sich damit auseinandersetzen. Konkret hat die Klubkulturszene, die sich längst organisiert hat in der Klubkomm, wie Herr Elster richtig gesagt hat, drei Ansprechpartner: das Kulturstadtrat, die Wirtschaftsförderung, und die Ordnungsbehörde, je nachdem, welche Dinge zu

regeln sind, ob Fragen der Genehmigung oder Fragen der Wirtschafts- und Kulturförderung.

Das, was wir aufseiten der Verwaltung brauchen, ist sicherlich eine klare Ansprechperson, die diese Dinge bündelt, damit jemand nicht von Pontius zu Pilatus rennen muss. Da sehe ich ein Defizit; das wird auch von der Klubkomm beschrieben. Hier muss die städtische Seite so aufgestellt sein, dass diese Szene weiß, wer sich ihrer Bedürfnisse und Probleme annimmt. Das halte ich auch für wichtig.

Was den öffentlichen Raum angeht, haben wir mit dem Brüsseler Platz sehr viele Erfahrungen gesammelt. In Zukunft wird es darauf hinauslaufen, dass wir, weil es sehr vielfältige Interessen in dieser Stadt gibt, einen Interessenausgleich organisieren. Dafür brauchen wir unter Umständen Mediatoren und Moderatoren, die aber eine unabhängige Rolle einnehmen müssen. Sie dürfen nicht Lobbyisten einer Seite sein, wobei das Wort „Lobbyist“ hier durchaus im positiven Sinne zu verstehen ist; denn es ist richtig, wenn bestimmte Teile der Gesellschaft ihre Interessen vertreten und sich auch organisieren.

Fazit: So wie sich dieser Antrag hier darstellt, würde es, wenn wir ihn verabschieden würden, der Verwaltung sehr schwerfallen, zu verstehen, was sie eigentlich damit anfangen soll. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, bitte.

(Rafael Christof Struwe [SPD]: Eine Nachfrage!)

- Entschuldigung, ich habe Sie nicht gesehen. - Eine Nachfrage von Herrn Struwe. Bitte schön.

Rafael Christof Struwe (SPD): Ich habe eine Nachfrage an den Kollegen Frank. Sie sagten ja, in unserem Antrag würde drinstehen, das sollte ein Vertreter der Klubkomm sein. Ich wollte einmal fragen, auf welchen Antrag Sie sich beziehen; denn in dem Antrag, der hier auf der Tagesordnung steht, heißt es, dass es eine unabhängige Person sein soll, die „eine vermittelnde Position zwischen Kulturschaffenden, Veranstalterinnen und Veranstaltern, Anwohnerinnen und Anwohnern, Anliegenden sowie Politik und Ver-

waltung einnehmen“ soll. - Also: Auf welchen Antrag beziehen Sie sich?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich auf den Begriff „Sprachrohr der Szene“. „Sprachrohr der Szene“ kann im engeren Sinne ja nur bedeuten, dass das jemand ist wie zum Beispiel ein Vertreter der Klubkomm. Man muss das schon präzise benennen. Was soll das sonst sein?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Tribüne! London, Amsterdam, Berlin und auch Köln haben eines gemeinsam: Hier gibt es Menschen, die wollen feiern. Aber wo gehobelt wird, da fallen auch Späne, und wo gefeiert wird, da ist es manchmal laut. Es gibt Menschen, die wollen schlafen. Wie kann es gelingen, dass eine Stadt sowohl mit einem dynamischen und aufregenden Nachtleben punkten kann und gleichzeitig auch für Anwohner lebenswert bleibt?

Der Nachtbürgermeister der Stadt Amsterdam, Mirik Malin, vermittelt zwischen Nachtclubbetreibern, Verantwortlichen der Stadt und Anwohnern.

Die Nacht ist ein freier Ort, an dem man sein kann, wer man ist. Doch bedeutet der Einbruch der Dunkelheit längst nicht mehr nur Poesie, sondern auch Politik.

So der Nachtbürgermeister von Amsterdam.

Die SPD fordert nun auch einen Nachtbürgermeister für Köln. Wir finden, das ist eine sinnvolle Maßnahme.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Partys, Konzerte und Kneipen haben eben auch Nachteile für die Städte. Lärm, Gewalt, Betrunkene, Müll sind die Schattenseiten des Nachtlebens. Das gilt es immer wieder abzuwägen mit dem, was das Nachtleben an Gutem in die Städte bringt, und das ist nicht nur Geld, das ist auch Kreativität.

(Beifall bei der Linken)

Es gibt nämlich auch einen produktiven Nebeneffekt des Ausgehens. Vielen Webdesignern, Gra-

fikern oder Art Directors gilt die Nacht als Nährboden für Inspiration. Nicht nur eine attraktive Umgebung oder Sicherheit sind Betrieben bei ihrer Standortwahl wichtig, sondern gerade auch Kultur und eine breite Palette an Ausgehoptionen.

Aufgabe des Nachtbürgermeisters muss es sein, Regeln für das Nachtleben zu finden. Dazu sind auch diejenigen miteinzubeziehen, die nachts feiern, und nicht nur diejenigen, die nachts eher schlafen wie Politiker und Verwaltungsmitarbeiter. Ich selbst zähle mich auch zur nachts schlafenden Bevölkerung.

(Beifall bei der Linken)

Die Intensivierung und Bündelung der Kommunikation zwischen Nachbarinnen und Nachbarn, Club- und Kneipenbesitzerinnen und -besitzern sowie Behörden, aber auch die Realisierung konkreter Projekte für ein sozialverträgliches Nachtleben müssen gefördert werden. Das kann nur umgesetzt werden, wenn ein Ansprechpartner vorhanden ist. Gefragt sind an der Schnittstelle zwischen Kommune und Nachtleben nicht zuletzt Seriosität und ein realpolitischer Ansatz.

Darüber hinaus muss der Nachtbürgermeister in Planungsprozesse einbezogen werden. Die SPD erwähnt dies in ihrem Antrag; ich möchte diesen Punkt aber ausdrücklich hervorheben. Mit einer guten und vorausschauenden Planung können viele Nutzungskonflikte bereits im Vorfeld vermieden werden. Auch hier kann Amsterdam ein Vorbild sein. Dort beziehen die Politiker den Nachtbürgermeister in ihre Entscheidungen mit ein. Wenn sie überlegen, einen neuen Wohnblock zu bauen, prüfen sie gemeinsam mit dem Nachtbürgermeister, ob nicht vielleicht direkt daneben ein Ausgeviertel liegt.

Ein Nachtbürgermeister ist nicht die Lösung für alle Nutzungskonflikte. Es ist aber ein Schritt in die richtige Richtung. Deshalb werden wir dem Antrag der SPD zustimmen.

Abschließend möchte ich noch auf den Beitrag von Herrn Elster eingehen. Sie hatten gefragt: Was soll die Verwaltung mit einem solchen Beschluss machen? Ich glaube, die Verwaltung ist fit genug, um gemeinsam mit der Szene ein Konzept zu entwickeln.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Wir beauftragen die Verwaltung auch mit vielem anderen, und sie muss es dann tun.

Ergänzend möchte ich noch anmerken - jetzt ist Herr Frank nicht da -: Die Grünen in Berlin-Friedrichshain haben für einen Nachtbürgermeister geworben und einen „Runden Tisch Nachtleben“ vorgeschlagen.

(Beifall bei der Linken und der SPD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt so nicht!)

Sie dagegen wollen einen Nachtbürgermeister ablehnen. Ich kann das nicht verstehen. Man kann sich doch darauf einigen, was dieser Bürgermeister zu tun hat und dessen Funktionen gegebenenfalls auch noch verändern. Er könnte auch ehrenamtlich arbeiten, wie es in Amsterdam der Fall ist. Wie man hier dagegenreden kann, ist für mich unverständlich. Dieses Amt könnte ergänzend hinzukommen, egal ob es schon die Klubkomm oder anderes gibt. Einen Nachtbürgermeister, den kann man doch nicht ernsthaft ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der Linken und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt bitte Frau Laufenberg.

Sylvia Laufenberg (FDP): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Dem Nachtleben in Amsterdam, in Berlin und in vielen anderen Städten entspringen viele Talente, die später in der Kreativindustrie landen.

So der Nachtbürgermeister Mirik Milan aus Amsterdam.

In diesem Jahr fand bereits die erste Konferenz der Nachtbürgermeister in Amsterdam statt. Hier wurde das Ziel ausgerufen, in allen Großstädten der EU bis 2020 einen Nachtbürgermeister zu installieren.

(Beifall bei der FDP und Martin Börschel [SPD])

Der Nachtbürgermeister oder die Nachtbürgermeisterin soll die Schnittstelle, der Kommunikator zwischen Politik, Klubs, Anwohnern und Verwaltung sein - für Menschen, die feiern wollen, aber auch für Menschen, die schlafen wollen. Unsere Probleme am Brüsseler Platz wird er sicherlich auch nicht kurzfristig lösen, aber viel-

leicht mittelfristig für mehr Akzeptanz sorgen können.

Der Nachtbürgermeister soll ehrenamtlich tätig sein, so wie in den anderen Städten auch, und aus der Szene heraus gewählt werden. Dementsprechend ist ganz klar, wie er ausgewählt und wie er gewählt werden soll. Das ist aus den anderen Konzepten ersichtlich.

Ich bin verwundert über die Reaktion der Grünen zu diesem Antrag.

(Michael Frenzel [SPD]: Sehr wohl!)

Denn, wie die Vorrednerin schon erwähnt hat, in Berlin haben die Grünen für einen Nachtbürgermeister gesorgt.

(Beifall bei der FDP und der SPD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Den gibt es gar nicht!)

Und auch in Düsseldorf, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen, haben Sie im April eine Initiative gestartet, inwieweit das Pilotprojekt des Bundes „stadtnachacht. Management der Urbanen Nachtökonomie“ auf Düsseldorf übertragen werden kann. Daher möchte ich Ihnen ein bemerkenswertes Zitat Ihres Kollegen aus Düsseldorf, Jörk Cardeneo,

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Den kennen wir selber!)

nachzulesen in der *NRZ* vom 5. April 2016, mit auf den Weg geben. Zitat:

Die Idee ist, das Nachtleben ämterübergreifend anzupacken. Man sollte davon abkommen, das Nachtleben immer nur als Ruhestörung zu empfinden, sondern auch die ökonomische Seite sehen, von der eine Stadt durchaus profitieren kann.

Dies von einem Grünen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der Linken - Zuruf von der FDP: Hört! Hört! - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist kein Dissens!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen. Wir Liberale werden daher dem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Nur kurz vom Platz aus. - Wir werden den Antrag ablehnen.

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört!)

Auch wir haben im Vorfeld recherchiert, Informationen eingeholt und erfahren, wie es auch Herr Frank eben geschildert hat: Zum Teil gibt es diese Nachtbürgermeister in den zitierten Städten überhaupt nicht; das ist noch in Planung.

Zweitens ist das Modell Amsterdam, auf das man sich hier immer beruft, einmal ganz anders gestartet, als es heute ist. Es gab damals den Plan, acht Nachtbürgermeister, einen in jedem Viertel, zu installieren. Das ist inhaltlich ein ganz anderes und viel größer aufgestelltes Konzept.

Zum Dritten haben wir auch in die Szene hineingehört. Uns haben Vertreter der Klubkomm gesagt, dass sie keinen Nachtbürgermeister benötigen würden, dass die Kommunikation mit der Stadtverwaltung auch so ganz gut funktioniere.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, auch ich habe mich informiert darüber, wie sinnvoll ein solcher Nachtbürgermeister sein kann, und möchte hier nur kurz zitieren aus dem Internetauftritt der Klubkomm, dem Interessenverband der Kölner Clubs und Veranstalter mit mehr als 70 Mitgliedern, wie hier schon erwähnt wurde. Dort kann man nachlesen:

Als „offizieller“ Sprecher für die Belange der Kölner Clubs genießen wir Akzeptanz in Verwaltung und Kulturpolitik.

Ich glaube das, meine Damen und Herren. Deswegen werde ich den Antrag ablehnen.

(Martin Börschel [SPD]: Der Klubkomm wünscht sich trotzdem diese Institution!)

Ich lasse jetzt über den Antrag abstimmen. Wer ist dafür? - Das sind die SPD, die Linke, die FDP, die Piraten. Gibt es Enthaltungen? - Herr Wortmann. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt 4.1:

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Ordnungs- und Verkehrsdienst: Fragen zu Namensschildern und Beschwerden“ AN/0472/2016

**Antwort der Verwaltung vom 10.05.2016
1358/2016**

Die Antwort der Verwaltung lag bereits in der letzten Sitzung als Tischvorlage vor. Die Antragsteller hatten sich aber vorbehalten, noch weitere Nachfragen zu stellen. - Herr Hegenbarth, haben Sie das vor?

(Thomas Hegenbarth [Piraten]: Ist in Ordnung! Die Anfrage ist beantwortet! Keine Rückfragen!)

Die Anfrage ist beantwortet. Okay.

Tagesordnungspunkt 4.2:

4.2 Anfrage der Piraten betreffend "Transparenz bei Beauftragungen externer Gutachten" AN/0846/2016

**Antwort der Verwaltung vom 28.06.2016
AN/2219/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor, jedenfalls eine Zwischeninfo. - Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Genau das wollte ich gerade sagen: Es ist nur eine Zwischeninfo. Ich habe es so verstanden, dass die Anfrage erst im Herbst beantwortet wird, und dann auch nur zum Teil. Vielleicht als Hinweis an die Stadtverwaltung: Es gibt nicht nur ein Interesse der Piraten an der Beantwortung, sondern auch ein deutlich größeres öffentliches Interesse. Deswegen würde ich darum bitten, das zügig zu machen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth, das wird geschehen. Es ist etwas mühsam, die ganzen Gutachten herauszusuchen, weil die Verwaltung bisher keine zusammenfassende Darstellung gemacht hat. Aber wir werden das selbstverständlich erledigen. Das ist ganz klar.

Tagesordnungspunkt 4.3:

4.3 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?“ AN/0847/2016

**Antwort der Verwaltung vom 27.05.2016
1607/2016**

Da steht schon wieder Herr Hegenbarth. Bitte.

(Unruhe)

Thomas Hegenbarth (Piraten): Es ist, glaube ich, ganz sinnvoll, die Anfragen sortiert nach Parteien aufzurufen. - Wir haben nur eine Rückfrage zu unserer Anfrage „Warum ist Köln Schlusslicht bei der Barrierefreiheit?“ Danke übrigens auch dafür, dass sie auch in den verschiedenen Ausschüssen behandelt wurde.

(Unruhe)

- Das Gequatsche nervt wirklich ein bisschen. Entschuldigung! Hallo?!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie dort hinten sich bitte wieder zu Ihren Plätzen begeben!

Thomas Hegenbarth (Piraten): Entschuldigung, wenn ich sage: Das nervt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist berechtigt. - Herr Hegenbarth, bitte starten Sie noch einmal.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Vielleicht können Sie noch die Zahlen ergänzen zur Unterbringung von Flüchtlingen in den Turnhallen, von der ja auch Menschen mit Behinderungen betroffen sind. Wir hatten auch nach Zahlen gefragt. Inwieweit können Sie das noch ergänzen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir zu Protokoll und werden es schriftlich beantworten.

Tagesordnungspunkt 4.4:

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Bisher erstellte Verkehrsgutachten und Planungen zum Gürtelausbau“ AN/0853/2016

Antwort der Verwaltung vom 22.06.2016 2002/2016

Gibt es dazu Nachfragen? - Keine Nachfragen.

Tagesordnungspunkt 4.5:

4.5 Anfrage der Gruppe Deine Freunde betreffend „Bürgerhaushalt der Stadt Köln“ AN/0854/2016

Antwort der Verwaltung vom 22.06.2016 2155/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich habe zwei Nachfragen zu unserer Anfrage unter TOP 4.5, in der es um den Bürgerhaushalt geht.

Zur Frage 2 „Wie ist gewährleistet, dass Planungen der Stadt nicht konträr zu manchen Forderungen aus dem Bürgerhaushalt stehen?“ schreiben Sie, dass ein Abwägungsprozess stattfinden würde. - Dazu unsere Nachfrage: Wer trifft diese Abwägungen, wer entscheidet das dann, und wer vertritt hierbei die Position der Bürger eingabe?

Bei unserer letzten Frage „Wird an einer weiteren Einschränkung von Manipulationsmöglichkeiten gearbeitet?“ meinten wir weniger sicherheitspolitische Belange, sondern vielmehr die Möglichkeit von Mehrfachanmeldungen. - Dazu unsere Nachfrage: Hat die Verwaltung diese Manipulationsmöglichkeit auf der Agenda und, wenn ja, wie gedenkt sie dies einschränken zu können, um dem Bürgerhaushalt ein Höchstmaß an Legitimität zu geben? Diese Frage stellen wir vor dem Hintergrund, dass der neue Bürgerhaushalt erfreulicherweise wieder mit Geld ausgestattet werden soll. Natürlich soll das Votum in der Stadtgesellschaft dann auch respektiert werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Klug, möchten Sie die Frage direkt beantworten?

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Zum Teil möchte ich die Frage hier direkt beantworten, mir

aber ausbedingen, sie in einen größeren Zusammenhang zu stellen.

Selbstverständlich tragen die Verwaltung und eine Redaktion Sorge, dass nicht durch technische Verfahren die Manipulationsmöglichkeiten erweitert sind. Dieser Thematik hat sich der Kölner Bürgerhaushalt von vornherein gewidmet. Sie wird auch noch einmal angesprochen und vertieft werden mit der Neuausrichtung, die wir auf der Basis des jetzt vorgelegten Konzeptes machen. Die Beratungsgesellschaft, die wir dazu bemüht hatten, hat eine klare Vorgehensweise aufgezeigt. Aber auch schon in der letzten Runde waren dazu Methoden vorgeschlagen und vorgestellt worden, die auch Anwendungen, zumindest zum Teil, gefunden haben, wie man solche manipulativen Möglichkeiten drastisch einschränken kann.

Ich möchte hier und heute mitteilen, weil es mir darum geht, dass diese Kritik am Bürgerhaushalt keine Verbreitung findet: Es sind keine Verfahren bekannt, die es Einzelnen und kleinen Gruppen ermöglichen, alle zu dominieren. Das ist eine ständige Auseinandersetzung in allen Bürgerhaushalten, die ich kenne. Deswegen haben wir, wie alle anderen auch, immer großen Wert darauf gelegt, dass die Integrität des Verfahrens nicht infrage gestellt wird, indem man solchen erkannten Manipulationen freie Bahn lässt.

Wir werden dem aber noch eine besondere Bedeutung widmen, wenn wir die Vorschläge konkretisieren und auch mit Ihnen besprechen werden, die in dem von uns in Auftrag gegebenen Gutachten behandelt worden sind. Deswegen würde ich auch gerne den zweiten Punkt „Wie wird das weiter behandelt werden?“ in diese Diskussion hineinverlagern. Wir werden sowohl den Bürgerhaushaltsbeirat wie auch in der Folge den Finanzausschuss im Stadtparlament damit befassen, wie diese Fragen und, soweit wir noch neue Erkenntnisse und Kritikpunkte erhalten, auch weitere künftig geregelt werden sollen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 4.6:

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Unstimmigkeiten 7. Flüchtlingsbericht“ AN/0857/2016

Antwort der Verwaltung vom 28.06.2016 1890/2016

Dazu liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 4.7:

**4.7 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend
„Reinigungskosten in Asylbewerberunterbringungen“
AN/0859/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 28.06.2016
2123/2016**

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. - Nachfragen? - Sehe ich nicht.

Tagesordnungspunkt 4.8:

**4.8 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend
„Umsetzung der Schulpflicht für minderjährige Flüchtlinge“
AN/1096/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 22.06.2016
2146/2016**

Hierzu liegt ebenfalls eine Antwort der Verwaltung vor. - Nachfragen? - Keine.

Tagesordnungspunkt 4.9:

**4.9 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend
„Lange Schlangen in der Lohsestraße - Was ist da los?“
AN/1208/2016**

**Antwort der Verwaltung vom 28.06.2016
2215/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. - Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 4.10:

**4.10 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend
„Zuwanderung nach Köln - Vorausschauende Planung“
AN/1219/2016**

Diese Anfrage ist sehr kurzfristig eingegangen und wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

6 Ortsrecht

Tagesordnungspunkt 6.1.1:

**6.1.1 Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung und der Hundesteuersatzung
1176/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.1.2:

**6.1.2 Änderung der Satzung über die Elternbeiträge zur Kindertagespflege, Kindertageseinrichtungen und Offenen Ganztagschulen zum 01. August 2016
1661/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1246/2016**

Dazu gibt es sicherlich Wortmeldungen. - Bitte sehr, Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mit der vorliegenden Satzung für die Elternbeiträge für Kitas, OGS und Kindertagespflege geht es der Haushaltsmehrheit von Grünen, CDU, Deine Freunde und FDP offenbar vor allen Dingen um Haushaltssanierung auf Kosten von Eltern, Kindern und deren Bildung.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD - Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Blödsinn!)

Die Linke begrüßt zwar, dass der stark unterfinanzierte, von prekären Beschäftigungsverhältnissen geprägte Offene Ganztags an Grundschulen nun etwas mehr Geld bekommen soll - lange nicht genügend -; jedoch möchte das Haushaltsbündnis das Geld, das den Trägern und Beschäftigten zugutekommt, den Eltern von Kita- und OGTS-Kindern aus der Tasche ziehen. Dadurch werden die Interessen der einen gegen die Interessen der anderen ausgespielt. 3,9 Millionen Euro sollen Kölner Eltern dazu beitragen, dass der Haushalt saniert wird. Soziale Politik, die zugleich Bildung fördert, sieht anders aus.

Der Änderungsantrag meiner Fraktion sieht deshalb erstens vor, dass die Kürzung der beitragsfreien Zeit von 18 Monaten auf 12 Monate zurückgenommen wird. Kitabildung soll kostenlos sein, wie alle öffentliche Bildung. Deshalb ist die Verkürzung der beitragsfreien Zeit ein großer Rückschritt, den alle ablehnen sollten, die für beitragsfreie öffentliche Bildung sind.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Zweitens wollen wir, dass die Erhöhung des Elternbeitrags im Offenen Ganztage für die Beitragsstufen 7 und 8 - das sind die beiden höchsten Beitragsstufen - entfällt. Wenn besserverdienende Eltern ihr Kind in den Offenen Ganztage der städtischen Grundschule schicken, dann ist das aus Sicht auch meiner Fraktion positiv, weil dies das Signal aussendet, dass sich in der öffentlichen Schule Kinder aus allen Bevölkerungsschichten treffen und kennenlernen. Dies fördert gesellschaftliche Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt - im Gegensatz zu den seit Jahren stattfindenden sozialen und ökonomischen Desintegrationerscheinungen, die zum Beispiel auch der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes in diesem Jahr wieder aufzeigt.

Fazit: Insgesamt ist es besorgniserregend, dass das neue Bündnis aus Grünen und CDU das erste in der Öffentlichkeit wahrgenommene Kürzungssignal ausgerechnet mit Gebührenerhöhungen im Bereich der Bildung und hier bei der frühkindlichen Bildung und der Grundschulbildung setzt. Welche Kürzungen wollen Sie in den nächsten Haushaltsverhandlungen vorschlagen?

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Ich wiederhole noch einmal das, was ich schon in der letzten Ratssitzung gesagt habe. Die Linke macht ständig Vorschläge, wie beispielsweise durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf das Niveau der Stadt Bonn, nämlich auf 490 Hebepunkte, jährlich über 25 Millionen Euro eingenommen werden könnten. Dies ist der Kölner Wirtschaft nicht zu viel abverlangt; denn es kommt auch den Unternehmen zugute, wenn die hier in Köln wohnenden Beschäftigten eine gute soziale Infrastruktur vorfinden. Deshalb ist es aus unserer Sicht völlig falsch, um 3,9 Millionen Euro wollen die Gebühren für Bildung zu erhöhen.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Dann bitte Herr Dr. Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor allen Dingen liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Grün! Wir haben nach der langen Debatte um die Frage „Elternbeitragsfreiheit, ja oder nein“ jetzt noch einmal die Chance, zu überlegen, wie wir diesen missglückten Vor-

schlag einer Einsparmaßnahme korrigieren können. Der Kollege von den Linken hat zu Recht gesagt: Wir haben einen Haushalt von über 4 Milliarden Euro, und bei dem jetzt in Rede stehenden Bereich geht es um eine Einsparung von lediglich 3,9 Millionen Euro, die bis jetzt noch nicht einmal in diesem Etat veranschlagt sind. Das heißt: Diese Summe ist im Veränderungsnachweis nach wie vor enthalten, es fehlt nur die Deckung.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
VN 1 lesen!)

- Haben wir aber noch nicht, Herr Frank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Der VN 1 liegt seit vier Wochen vor! -
Gegenruf von Martin Börschel [SPD]:
Der ist aber noch nicht beschlossen!
Erst am Donnerstag!)

Die Kolleginnen und Kollegen von den Linken haben zu Recht gesagt: Wo setzt Schwarz-Grün Prioritäten? Sie setzen die Prioritäten auf Kürzungen, von denen Kinder und Familien betroffen sein werden. Überlegen Sie doch mal, wen das trifft. Sie werden natürlich sagen: Niedrigverdiener trifft es nicht. Das mag sein. Aber es trifft diejenigen mit einem Familieneinkommen von 36.000 Euro aufwärts. Diese Gruppe wird von massiven Beitragserhöhungen betroffen sein. Das ist nicht sozialverträglich. Denn in diese Einkommensgruppe fallen sehr viele Familien. Sie werden die Betroffenen Ihrer Kürzungsmaßnahmen sein, Kürzungsmaßnahmen, die überhaupt nicht notwendig sind.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Frau Oberbürgermeisterin hat natürlich zu Recht gesagt: Es wird ein breites Haushaltsbündnis angestrebt. - Dazu stehen wir auch nach wie vor. Ein solches Haushaltsbündnis wird an einer Summe von 3,9 Millionen Euro im Bereich Kinder und Familien nicht scheitern. Es ist mir und wohl auch jedem außerhalb dieses Raums, abgesehen von Schwarz-Grün, aber völlig unverständlich, wieso Sie Ihre Sparpolitik ausgerechnet auf dem Rücken von Kindern und Familien austragen wollen.

(Beifall bei der SPD und der Linken)

Wir haben das Thema auch in sehr vielen Ausschüssen intensiv erörtert. Ich habe von vielen das Signal gehört: Eigentlich sollte es daran nicht scheitern. Es ist doch nur ein relativ kleiner Betrag im Gesamtbudget. - Das Zeichen, das Sie damit setzen, ist verheerend, aber nicht nur das:

Auch die Wirkungen werden verheerend sein. - So weit dazu.

Natürlich stimmen wir der Forderung im Änderungsantrag der Linken zu, dass die Kürzung der beitragsfreien Monate, die im politischen Veränderungsnachweis von Schwarz-Grün vorgesehen ist, zurückgenommen werden muss, es also bei 18 Monaten Beitragsfreiheit bleiben muss.

Laut Veränderungsnachweis sollen die Mehreinnahmen aufgrund der OGTS-Beitragserhöhung nicht etwa in den Bereich OGTS fließen, sondern im allgemeinen Haushalt verwurschtelt werden. Dazu sagen wir: Wir wollen keine Erhöhung der Elternbeiträge im OGTS.

Abschließend noch einmal mein Appell: Nehmen Sie noch einmal die Chance wahr und überlegen Sie, ob Sie dies den Kölner Familien und deren Kindern antun wollen! Wollen Sie wirklich mit einem Haushalt starten, der als erstes Signal setzt: Wir kürzen in diesem Bereich? Ich glaube, das ist nicht in Ordnung und wirft ein sehr schlechtes Licht auf Sie alle. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der Linken - Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Kürzen bei den Kurzen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Kürzen bei den Kurzen! Kürzen bei den Kurzen!)

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, Herr Detjen. Auch durch dreimaliges Wiederholen wird es nicht richtiger.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und der CDU - Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Kürzen bei den Kurzen!)

- Willst du es noch ein paar Mal sagen? Es wird trotzdem nicht richtiger.

Richtig ist eines: Wir machen im Haushalt sehr viel für Kinder und Jugendliche. Wir stellen Mittel ein, die direkt in die Bildung fließen. Wir geben allein 1,6 Millionen Euro mehr in den Offenen Ganztage, weil wir eben nicht nur eine Ausweitung der Quantität, sondern auch eine Erhöhung der Qualität wollen. Ihr wisst doch auch, wie die Situation im Offenen Ganztage zurzeit ist. Die Träger können sich den Offenen Ganztage einfach nicht mehr leisten, weil wir nicht bereit waren,

ihnen mehr Geld zu geben, damit sie die Kinder nachmittags adäquat betreuen und beschäftigen können, Arbeitsgruppen einrichten können usw. Wir wollen nicht, dass im Endeffekt die Träger Kürzungen vornehmen müssen dergestalt, dass die Kinder um 15 Uhr nach Hause geschickt werden müssen, dass AGs nicht mehr stattfinden können und dass die Schließzeiten während der Ferien verlängert werden müssen. Das wollen wir nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben auch beschlossen, den U3-Bereich auf 50 Prozent auszubauen. Für diesen Ausbau stellen wir erhebliche finanzielle Mittel in den Haushalt ein, damit er auch solide ausgestattet werden kann.

Ja, ich weiß, der Linken ist das alles egal. Sie sagt immer, dann müssten wir halt die Gewerbesteuer erhöhen. Aber das macht ja auch die SPD nicht mit. Bis dato ist mir überhaupt nicht klar, wie die SPD die Träger unterstützen will und wie sie das finanzieren will.

(Martin Börschel [SPD]: Da stellen Sie sich aber künstlich dumm, Frau Kollegin!)

- Nein, tue ich mich nicht.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, das ist nicht künstlich? Noch schlimmer!)

Das Geld wird auch nicht den Eltern weggenommen, sondern es wird den Kindern gegeben. Dieser Gelder kommen den Kindern zugute. Das ist unsere Zielrichtung, nämlich dafür zu sorgen, dass das Geld wirklich den Kindern zugutekommt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie brauchen eine verlässliche, gute Bildung. Die Eltern sind bereit, dafür auch mehr zu zahlen. Sie haben nämlich erkannt, welchen Wert eine Offene Ganztage hat, in der sich eine Erzieherin mit ihren Kindern beschäftigt, in der die Erzieherin Zeit für ihre Kinder hat. Dafür braucht die Offene Ganztage einen finanziellen Mehrwert. Diesen wollen wir der OGTS geben. Deswegen haben auch alle Träger die angeblichen Kürzungen - das sind sie ja gar nicht, sondern das sind Umschichtungen innerhalb des Bildungssystems -

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Hört! Hört!)

im JHA mitgetragen; denn sie wissen genau, dass dieses Geld den Kindern zugutekommen wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nicht nur die OGTS statten wir finanziell besser aus. Wir verbessern auch die Finanzsituation für Streetwork, damit mehr Streetworker in der Stadt eingesetzt werden können. Wir werden das Stufenkonzept für die Integration von Flüchtlingskindern in den Kindergärten auf die Schiene setzen. Das alles sind Maßnahmen, die ich von der Linken und von der SPD noch nie gehört habe.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

All das gehört auch zu einer chancengerechten Bildung. Wir brauchen eine vernünftige Bildung in dieser Stadt.

Die ewig wiederholte Behauptung, das Geld werde den Eltern weggenommen, ist langsam langweilig, und sie entspricht auch nicht den Tatsachen.

(Beifall bei Dr. Helge Schlieben [CDU])

Wir entlasten genau die Eltern, für die die Linke eigentlich stehen sollte, nämlich die Eltern mit dem kleinen Geldbeutel, und zwar um 25 Prozent. Das muss man auch einmal klar sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Erhöhung der Beiträge in den OGTS von 170 auf 180 Euro werden die Eltern gerne mittragen, wenn sie wissen, dass ihre Kinder in der Zeit dort gut betreut werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Deine Freunde)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eine Nachfrage von Herrn Heinen.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Liebe Kirsten Jahn, das war ja eine sehr emotionale Rede.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja, mir geht das auf den Zeiger!)

Das zeigt auch: Eigentlich ziehen wir in der Sache am selben Strang. Auch wir wollen vieles in diesem Bereich verbessern.

Deswegen eine Nachfrage: Du hattest eben nicht zu Unrecht die Freien Träger genannt, die im Ausschuss stimmberechtigt sind und dort ein

gewichtiges Wort mitzureden haben, weil sie in diesem Bereich nicht nur Empfänger, sondern vor allem Dienstleister sind. Ich hatte mich natürlich auch mit den Trägern ausführlich unterhalten. Die Träger befürworten selbstverständlich prinzipiell und auch mittel- und langfristig - je nachdem, ab wann es kommt - die Beitragsbefreiung in Kindertageseinrichtungen. Sie liegt jetzt bei 18 Monaten.

Die Aussage der Träger war auch unisono: Es ist wichtig, dass wir Verbesserungen bei den OGTS finanzieren. Da sind wir uns komplett einig. - Die Emotionalität, die Kirsten Jahn empfindet, empfinde ich für diesen Teil. Es stand nur noch eines infrage: Die Träger haben gesagt: Uns ist es eigentlich egal, wie das finanziert wird, Hauptsache, es wird finanziert. - Dieses „Hauptsache, es wird finanziert“ war für die SPD Anlass, zu sagen: Ja, wir werden das tun, und zwar unabhängig von der Kürzung der Beitragsfreiheit um sechs Monate.

Ich will hier noch einmal deutlich machen: Wir sind da in derselben Spur, nur die Frage der Finanzierung ist strittig. Die Träger hätten selbstverständlich auch mit einer Lösung leben können wie - -

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Was ist denn die Frage?)

Die Frage ist: Ist Ihnen bekannt, sehr geehrte Frau Jahn, dass die Träger selbstverständlich auch mit einer Finanzierungslösung hätten leben können, wie sie die SPD im Finanzausschuss eingebracht hat, die keine Kürzungen bei der Beitragsfreiheit vorsah?

(Martin Börschel [SPD]: Das war die Frage: ob sie das weiß!)

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Ich bin ja in den Sitzungen dabeigewesen und habe mich auch mit den Trägern unterhalten. Es ist ja auch unser Job, sich mit den Empfängern zu unterhalten, die die Leistungen in unserem Auftrag erbringen. Daher weiß ich, dass sie sehr deutlich zum Ausdruck gebracht haben - das haben sie im Ausschuss noch einmal wiederholt -, dass sie einen Appell an das Land richten wollen, denn das Land muss für die Verbesserung der finanziellen Ausstattung der OGTS sorgen. Die Träger haben auch betont, dass die Kitafinanzierung ebenfalls Landessache und nicht Sache der Kommune ist. Das gehört zur Wahrheit dazu. Das habe ich im Ausschuss von den Trägern so

gehört, und ich weiß, dass auch Ralf Heinen da-
beigewesen ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen
Dank. - Jetzt hat Herr Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau
Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!
Die Verwaltung hat uns eine Beschlussvorlage
vorgelegt, die im Wesentlichen drei Punkte ent-
hält:

Erster Punkt. Der OGTS-Beitrag in den beiden
obersten Einkommensstufen soll um 10 Euro er-
höht werden. Dies geht übrigens auf die rot-
grüne Landesregierung zurück und auf Ihre Mi-
nisterin, die das durch die Änderung des Runder-
lasses möglich macht. Die Verwaltung wird qua
Erlass aus Düsseldorf ermächtigt, die Beitrags-
obergrenze auch in der Kommune Köln anzuhe-
ben.

(Martin Börschel [SPD]: Das Geld lan-
det im allgemeinen Haushalt!)

Zweiter Punkt. Die Reduzierung der Beitragsfrei-
heit von 18 auf 12 Monate wird vorgeschlagen.
Es ist ja schon aus vielen Diskussionen bekannt,
dass Schwarz-Grün das auch unterstützt.

Dritter Punkt. Diese Umstellung soll für die un-
teren Beitragsstufen abgefedert werden, indem,
wie bereits erwähnt, eine soziale Komponente
eingeführt wird.

Schwarz-Grün hatte in der Debatte versprochen,
diese Punkte sozialverträglich umzusetzen, und
sie wird sie mit dieser Beschlussvorlage jetzt
auch so umsetzen.

(Beifall bei Deine Freunde)

Erstens. Das Geld bleibt komplett im Kinder-,
Jugend- und Schulbereich. Das werde ich Ihnen
gleich noch vorrechnen.

Zweitens. Es gibt für das Jahr 2016 keine rück-
wirkende Belastung derjenigen Eltern, die noch
in den Genuss der 18-monatigen Beitragsfreiheit
gekommen sind.

Drittens. Die Entlastung der unteren Einkom-
mensstufen ist klar nachvollziehbar und mit Zah-
len belegt machbar.

All das können Sie im politischen VN nachlesen,
den wir im Jugendhilfeausschuss und im Finanz-
ausschuss schon studiert haben. Kirsten Jahn
sagte es schon: Wir haben die Mittel für den
OGTS noch einmal erhöht, nämlich auf 1,6 Milli-
onen Euro für 2017 und 600.000 Euro für dieses
Jahr.

Die Debatte um die 1,5-prozentige Dynamisie-
rung haben wir ja schon früher geführt. Wir ha-
ben jetzt aber auch einen Finanzierungsvor-
schlag vorgelegt, der zu einer seriösen Haus-
haltsführung dazugehört. Sehen Sie sich einmal
die Zusetzungen bzw. Umschichtungen für 2016
und 2017 an. Der politische VN schlägt vor,
4,2 Millionen Euro in den Bereich Kinder, Jugend
und Bildung zu investieren. 4,2 Millionen Euro!
Wir sind uns doch einig, dass das mehr ist als
die Einnahmen von 3,96 Millionen Euro, die wir
durch die Reduzierung der beitragsfreien Monate
erreichen. Das heißt: Es fließen jetzt 200.000
Euro mehr in den Bereich Kinder, Jugend und
Bildung.

Ihre Behauptung, wir würden mit dem Geld ir-
gendetwas anderes vorhaben, weil es ja in den
allgemeinen Haushalt gehe, stimmt doch über-
haupt nicht. Das können Sie nachrechnen; die
Zahlen liegen auf dem Tisch. Wir nehmen knapp
4 Millionen Euro ein, geben aber deutlich über 4
Millionen Euro für den Bereich Kinder, Jugend
und Bildung aus. Und dabei sind die Zahlen für
die Entlastung der unteren Einkommensstufen
noch gar nicht eingerechnet. Das macht rund
116.000 Euro im Jahr 2016 und 278.000 Euro für
2017 aus. Diese Beträge sind in die eben ge-
nannten Zahlen noch gar nicht miteinbezogen.

Ich möchte auch noch etwas zur Debatte über
die Beitragsfreiheit in den letzten 18 Monaten
sagen, die jetzt auf 12 Monate herabgesetzt
werden soll. Das haben wir zwar schon oft ge-
sagt, aber offensichtlich kann man es nicht oft
genug wiederholen. Das Geld für 12 Monate Bei-
tragsfreiheit erhalten wir als Pauschale vom
Land. Jetzt behaupten Sie hier, wir hätten Geld
für 18 Monate erhalten. Nein. Die Stadt Köln hat
nicht für 18 Monate Geld bekommen, sondern
sie hat es für 12 Monate Beitragsfreiheit bekom-
men.

(Martin Börschel [SPD]: Das reicht doch
eindeutig für 18 Monate! Jetzt wird es
aber unverfroren! Das ist ja die Un-
wahrheit!)

Es ist ja nicht so, dass die Frau Ministerpräsi-
dentin den Fraktionsvorsitzenden einer bestimmten
Fraktion besonders liebhat und wir deshalb mehr

Geld erhalten. Das ist nicht der Fall. Also warum reicht das Geld in der Stadt Köln nicht nur für 12, sondern für 18 Monate Beitragsfreiheit? Das liegt daran, dass die Stadt Köln schon vor der Übernahme der Kosten für 12 Monate Beitragsfreiheit durch das Land die Kinder bzw. ihre Eltern beitragsfrei gestellt

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei Deine Freunde)

und die Kinderbetreuungskosten niedrig gehalten hat. Das heißt: Wir haben Eltern und Kinder schon vorher entlastet. Und wir werden Eltern und Kinder weiterhin entlasten.

(Martin Börschel [SPD]: In dem ihr sie belastet! Wer soll euch das denn glauben? Das ist ja ein Schildbürgerstreich!)

Der einzige Grund, dass die Pauschale, die wir vom Land dafür erhalten - lieber Herr Börschel, das wissen Sie genauso gut wie ich -, auf dem Papier für mehr betragtsfreie Monate gereicht hat,

(Martin Börschel [SPD]: Also reicht es! Jetzt geben Sie es doch zu! Es reicht für 18 Monate!)

- das kritisiere ich ja gar nicht - ist, weil wir hier im Rat, damals mit rot-grüner Mehrheit, früher schon Entlastungen für Eltern und Kinder durchgesetzt haben, die wir als CDU mit unterstützt haben. Das ist die Wahrheit. Also: Wir haben vom Land nicht etwa Geld für 18 Monate Beitragsfreiheit erhalten, sondern wir haben vom Land eine Pauschale verpflichtend für 12 Monate Beitragsfreiheit erhalten, und wir haben schon im Vorfeld Eltern und Kinder entlastet. Das ist die Wahrheit und nicht irgendwelche abstrusen Darstellungen, wie wir sie hier gehört haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Verwaltung schlägt in Ihrer Vorlage diese drei Punkte vor. Wir unterstützen sie. Wir halten das für eine gute und umsetzbare Vorlage; Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank. Diskussionen dazu sind reichlich geführt worden. Stimmen Sie bitte der Vorlage zu!

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/
Die Grünen und bei Deine Freunde)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben das Thema schon in der letzten Ratssitzung diskutiert. Aber ich habe mich trotzdem zu Wort gemeldet, nicht dass bei dem einen oder der anderen der Eindruck entsteht, ich wollte mich heute drücken.

Das Land NRW stellt der Stadt Köln, wie gerade erwähnt, Geld zur Verfügung, damit das letzte Jahr vor der Einschulung beitragsfrei gestellt werden kann. Vor einigen Jahren stellte jemand, vermutlich in der Kämmerei, erfreut fest, dass das Geld nicht nur für ein Jahr reicht, sondern für eineinhalb Jahre. Die Politik greift diese Idee auf und ermöglicht, auch das drittletzte Halbjahr in der Kita beitragsfrei zu machen. Im Grunde eine gute Idee, doch direkt den Kindern, die hier heute oft zitiert wurden, kommen die Millionen aus Düsseldorf nicht zugute. Das Geld landet bei den Eltern. Viele Eltern können es dringend gebrauchen; da stimme ich vollkommen zu. Was die anderen damit machen, wissen wir nicht; das geht uns auch nichts an.

Nun sagen viele, dass es dadurch den Kindern zugutekommt, dass Eltern dann eher bereit sind, ihr Kind überhaupt in die Kita zu geben, statt sie zu Hause zu betreuen. Schon dies zweifle ich stark an. Das Problem in den vergangenen Jahren war doch eher, dass wir Eltern mit Betreuungswunsch für ihre Kinder gar nicht genug Plätze anbieten konnten. Selbst wenn eine Beitragsfreiheit vermehrt Kinder in die Kitas bringt und selbst wenn diese dann auch einen Platz finden, ist die in Köln praktizierte Beitragsfreiheit doch etwas verquer. Wenn Kinder den Weg in die Kita finden sollen, dann muss doch der Einstieg gratis sein; jeder Handyanbieter macht es so. Dies wäre sicherlich effektiver gewesen.

(Beifall bei Deine Freunde und beim
Bündnis 90/Die Grünen)

Doch wie ist die Situation in Köln? Gerade im U3-Bereich sind die Gebühren besonders hoch. Verständlich, dass Eltern, die in unteren Einkommensgruppen oder in Teilzeit arbeiten, sich den Schritt, ihr Kind in der Kita anzumelden, gut überlegen. Dies war übrigens auch unter einer SPD-Grünen-Mehrheit so.

In den Verhandlungen mit dem Land und bei späteren Anpassungen der hier diskutierten Gebührensatzung hofften wir, dass gerade im U3-Bereich die Gebühren stark sinken und am besten ganz abgeschafft werden können. Das Signal, das Köln mit dem drittletzten Halbjahr Beitragsfreiheit aussendete, war jedoch: Macht euch

keine Sorgen! Wir können das alleine stemmen. - Dabei ist doch das Gegenteil der Fall und notwendig.

Unsere Ratsgruppe sieht die Finanzierung von Bildungseinrichtungen wie Schule oder Universität als Ländersache an. Da sind wir ganz bei den Linken; da passt auch kein Blatt zwischen uns, lieber Jörg. Auch wir sind für steuerfinanzierte beitragsfreie Kitas. Dies ist jedoch Zukunftsmusik bzw. ein Wahlversprechen der Landes-SPD. Daher zurück zur konkret vorgelegten Änderung.

Wie eingangs erwähnt, sind die Mittel, die Düsseldorf für das letzte Kitajahr zur Verfügung stellt, mehr als auskömmlich. Bislang konnte damit das drittletzte Halbjahr ebenfalls beitragsfrei gestellt werden. Müssen tut die Stadt Köln dies aber nicht. Zurückzahlen muss sie die Mittel auch nicht. Daher betrachten wir diese zusätzliche Beitragsfreiheit als freiwillige Leistung, und hier setzen wir an, auch wenn dies für viele Eltern schmerzhaft ist. Unter Konsolidierungsdruck nehmen wir diese Leistung zurück. Wir setzen dieses Geld aber nicht zur allgemeinen Haushaltskonsolidierung ein, sondern stellen es dem Bildungsbereich zusätzlich zur Verfügung.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Die Frage ist: Wer ist jetzt „wir“?)

- Das Haushaltsbündnis in dem Fall.

(Beifall bei Deine Freunde, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist übrigens eine Sansibar-Koalition, wenn man genau sein möchte.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Jamaika und seine Freunde!)

- Ja, das trifft es aber nicht ganz. Wir haben keine Kooperationsvereinbarung unterschrieben.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Sansibar ist gut!)

- Schwarz-Grün, Gelb und Blau für uns.

Zurück zur Sache. Wir stellen das Geld dem Bildungsbereich zusätzlich zur Verfügung. Es kommt also Kindern, die ja auch einmal die Kita verlassen und dann zum Beispiel eine Offene Ganztagschule besuchen werden, unmittelbar zugute.

Unsere Freunde-Ratsgruppe musste dieser Satzung nicht zustimmen. Der berechtigte Unmut vieler Eltern war vorhersehbar. Wir haben dem dennoch zugestimmt, da wir die Umlenkung der

Mittel - weg von der Beitragsfreiheit, hin in den Bildungsbereich - inhaltlich voll mittragen können. Wir haben für unsere Zustimmung aber nicht nur zur Bedingung gemacht, dass das Geld in Bildung gelenkt wird, sondern wir konnten auch die Kompensierung für die Stufen 2 und 3 durchsetzen. Dies stand zunächst nicht auf der Agenda.

Zum Schluss noch zwei kurze Bemerkungen. Einmal zur SPD: Es ärgert mich dann schon, auch wenn Herr Dr. Heinen heute sehr moderat war, dass es auf Ihrer Webseite heißt: „Gelogen oder Mathe schwach“, oder wenn auf der SPD-Facebook-Seite gepostet wird: Eltern, die Kita kostet jetzt 2.000 Euro mehr. - Das stimmt einfach nicht.

Anfangs haben Sie behauptet, die monatlichen Kitabeiträge würden erhöht. - In Summe wird es natürlich teurer; das ist klar. - In der Ratssitzung im Mai haben Sie gefragt: Wie wollt ihr das denn kompensieren? Das geht doch nur über eine Erhöhung der Beiträge für die unteren Einkommensgruppen. - Das haben wir nicht gemacht. Im Gegenteil, wir haben es geschafft, die Gebühren für die Einkommensstufen 2 und 3 zu senken. Die Eltern - ich sage einmal überspitzt: aufgehetzt von der SPD - werden demnächst einen Gebührenbescheid bekommen und feststellen: Ups, die Gebühren sinken ja. - Das merkt die SPD jetzt auch. Nun wirft sie uns Lüge vor, weil wir sagen, das ist eine Senkung der Gebühren, und sie wirft uns vor, das wäre eine Kompensierung. Aber genau das hatten wir versprochen und nichts anderes.

(Beifall bei Deine Freunde, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für die Stufen 2 und 3 konnten wir die Kompensierung durchsetzen. Das ist ein voller Erfolg. 45 Wochenstunden werden in der Einkommensstufe 2 monatlich 21 Euro kosten. Das ist, finde ich, schon ein angemessener Beitrag in der unteren Einkommensgruppe. Das ist eine Gebührensenkung, auch wenn es natürlich über drei Kitajahre gerechnet die gleiche Summe bleibt.

Zu den Linken noch einen allerletzten kurzen Satz - das ist auch meine einzige Wortmeldung heute -: Eure Sorgen um die Besserverdienenden kann ich nicht im Ansatz teilen; das ist schon sehr eigenartig.

(Heiterkeit und Beifall bei Deine Freunde, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin ja gelegentlich auch in diesem Milieu unterwegs. Ich selbst zähle mich nicht dazu, aber ich kenne Leute, die 100.000 Euro und mehr verdienen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Was? Unfassbar!)

Besserverdienende Eltern, deren Kinder eine OGTS besuchen, werden jetzt 10 Euro mehr zahlen müssen, und sie werden das gerne zahlen; Kirsten Jahn sagte es bereits. Die Besserverdienenden, die das nicht gerne zahlen wollen, weil sie ihr Geld anderweitig ausgeben, schicken ihre Kinder gar nicht erst in die OGTS. Und diese Eltern wollen selbst ihr Besserverdienendenversteher auch gar nicht in der OGTS haben. Das Gleiche gilt auch für diese Eltern in den Kitas. - Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei Deine Freunde, der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Beckamp, bitte.

Roger Beckamp (AfD): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Sparen ist gar nicht schlimm. Sparen ist sogar löblich. - So viel zu „im Prinzip ja, richtig“. Aber: Sie sparen einmal wieder an der falschen Stelle. Ich will hier nicht weiter ausführen, warum es so toll ist, wenn man die Kita für eine bestimmte Zeit gebührenfrei stellt, sondern ich will aufzeigen, wo Sie an anderer Stelle das Geld mit vollen Händen ausgeben.

Schauen wir kurz in Richtung Oper, nicht weit von hier: bis jetzt 460 Millionen Euro und kein Ende absehbar.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Buh!)

- Ein großes Buh aus allen Reihen, zu Recht. - Rechnen Sie einmal nach, was das jeden Tag kostet.

Schauen Sie einmal auf den Platz vor dem Rathaus. Was kostet das? Bis jetzt 60 Millionen Euro und kein Ende in Sicht, im Zweifel werden es über 100 Millionen Euro. Dafür ist Geld da.

Stichwort Kalkberg: kein Ende in Sicht.

Bonotel: Was passiert da eigentlich? Wie viel Geld ist da ungefähr verbrannt worden: 8 Millionen, 10 Millionen Euro?

Dafür ist Geld da. Für solche abstrusen Geschichten ist immer Geld da. Es ist leider immer wieder der Fall, dass Leute wie Sie, Herr Kienitz, hier über Sachen abstimmen, die Sie nicht verstanden haben, und Steuergelder der Kölner Bürger in Millionenhöhe verbrennen. Das ist das Problem. Es wäre schön, wenn man endlich einmal sagen würde: An dieser Stelle gibt man Geld gezielt aus, und zwar sehr überschaubare Beträge. Insofern: Wir stimmen gegen diese Vorlage. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Linken. Wer ist dafür? - Das sind die Linke, die Piraten und die SPD. Enthaltungen? - Bei der FDP. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Die SPD, die AfD, pro Köln, die Linke und die Piraten. Enthaltungen? - FDP. Dann ist das mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.1.3:

**6.1.3 Änderung der Satzung über den Rettungsdienst der Stadt Köln
1633/2016**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6.1.4

**6.1.4 Häfen und Güterverkehr Köln AG: Änderung der Satzung
2018/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6.1.5:

**6.1.5 GEW Köln AG: Satzungsänderung
1977/2016**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6.1.6:

**6.1.6 RheinEnergie AG: Satzungsänderung
1983/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Zugestimmt.

Tagesordnungspunkt 6.1.7:

**6.1.7 Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB):
Änderung der Satzung
2053/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Zugestimmt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2 auf:

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches

Tagesordnungspunkt 6.1.2:

6.2.1 Dritte Satzung zur Änderung der Satzung über Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Einrichtungen für obdachlose Personen, Übergangwohnheimen für Aussiedler und ausländische Flüchtlinge der Stadt Köln 0666/2015

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1080/2016**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1088/2016**

Dazu gibt es eine Wortmeldung von Frau Gärtner. Bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben lange über diese Gebührensatzung diskutiert; das Thema beschäftigt uns ja schon seit 2013. Wir sind froh, dass wir das heute endlich zum Abschluss bringen können; denn wir müssen für die Bewohnerinnen und Bewohner dringend Klarheit schaffen. Einige von ihnen werden geringfügig weniger zahlen müssen als nach der alten Satzung von 2013, aber es werden auch einige mehr bezahlen müssen.

An dem Punkt setzt auch unser Antrag an, den wir gemeinsam mit den Grünen und der FDP gestellt haben. Wir möchten die Alternative 1 und nicht den Hauptvorschlag beschließen, weil die Alternative 1 die Bewohnerinnen und Bewohner weniger belastet, als es beim Hauptvorschlag der Fall wäre. Außerdem ist uns wichtig, dass die Bewohnerinnen und Bewohner, die von Mehr-

kosten betroffen sind, unverzüglich durch die Verwaltung dahin gehend beraten werden, ob sie Wohngeldansprüche geltend machen können oder möglicherweise anderweitige Zuschüsse zu den ungedeckten Kosten erhalten können. Das ist uns enorm wichtig. Deshalb haben wir diesen Zusatzantrag gestellt. Darüber möchten wir auch gern im Fachausschuss Soziales und Senioren berichtet wissen.

Wir sind uns alle über Fraktionsgrenzen hinweg einig gewesen, dass diese Satzung einer grundsätzlichen Überarbeitung bedarf, dass man also nicht nur an den Beträgen und an Kategorien ansetzt, sondern versucht, ein ganz anderes System zu etablieren. Uns wäre es am liebsten, wenn es ein Mietsystem statt eines Gebührensystems gäbe. Es wäre jetzt zu kompliziert, zu erklären, worin die Schwierigkeiten liegen. Wir haben deutlich gesagt, dass solche Überlegungen angestellt werden sollten. Die Verwaltung hat zugesagt, dass sie das auch in Angriff nehmen wird.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass es des Antrags der Linken nicht bedarf. In das Fachgespräch, das wir geführt haben, sind die darin aufgeführten Punkte bereits einbezogen worden. Das wird sehr breit geprüft. Das werden wir zu gegebener Zeit alles gemeinsam diskutieren, wollen aber heute diese Vorlage, wie gesagt, in der Alternative 1 und mit dem Text unseres Zusatzantrags, wenn diese eine Mehrheit findet, beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Gärtner, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das eine lange Geschichte ist. Wir haben im Jahr 2013 einen Beschluss gefasst, der ungeahnte Folgen hatte, nämlich Gebührenerhöhungen für die Bewohner der Sozialhäuser, die jenseits von Gut und Böse lagen. Aber gerade der Rat der Stadt Köln kann auch Fehler einsehen. Das haben wir auch sehr schnell getan, und die Verwaltung hat das Ihrige dazu getan: Wir haben die Satzung zwar nicht ausgesetzt - das ging nicht -, aber die erhöhten Gebühren wurden nicht eingetrieben.

Wir hatten die Verwaltung beauftragt, eine neue Satzung vorzulegen. Dafür hat sie zwei Jahre

gebraucht, aber gut Ding will eben Weile haben. Der jetzt vorgelegte Entwurf ist deutlich besser als der, der uns letztes Mal vorgelegt wurde. Es gab auch im Sozialausschuss, in dem wir das intensiv diskutiert haben, durchaus eine Präferenz für die Alternative 115 Prozent, also eine Gebüh-
rensteigerung von 15 Prozent. Vielen Dank an die Kolleginnen und Kollegen von CDU, Grüne und FDP, die das Ganze jetzt noch einmal in einen Änderungsantrag gegossen haben, ergänzt um die wirklich wichtige Betreuung und Beratung der Menschen, die jetzt von Gebüh-
renerhöhungen betroffen sind.

Für meine Fraktion kann ich sagen: Ihrem Änderungsantrag können wir gerne zustimmen; das werden wir auch tun. Damit ist die Mehrheit ja schon gesichert.

Allerdings - und da haben wir einen kleinen Dis-
sens, Frau Gärtner -: Sicher, die Verwaltung hat uns zugesagt, uns all das, was die Linke in ih-
rem, wie ich finde, sehr klugen Prüfauftrag be-
schrieben hat, zu liefern. Im Fachgespräch hat sie gesagt, sie wird das bis zur Sitzung des So-
zialausschusses liefern. In der Sozialausschuss-
sitzung hat sie gesagt, sie wird uns das umge-
hend liefern. Jetzt beraten wir das heute hier im
Rat, und wir haben es immer noch nicht. Des-
halb möchte ich der Verwaltung ein bisschen
mehr auf die Finger schauen und den Prüfauf-
trag von Herrn Detjen von den Linken beschlie-
ßen.

Man kann ja durchaus beides tun: Wir ändern
jetzt die Satzung. Dann kann das in Gang ge-
setzt werden; es muss ja endlich etwas passie-
ren. Wir können aber gleichzeitig die Verwaltung
auffordern, zu prüfen. Dann werden wir irgend-
wann hoffentlich einen Prüfbericht erhalten und
können dann auch all das, was Sie vorgeschla-
gen haben, Frau Gärtner, in der Satzung noch
einmal ändern. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr
Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Ich greife den Vor-
schlag von Herrn Paetzold auf und schlage vor,
dass wir unseren Antrag umändern in einen
Prüfantrag. Das wäre mein Vorschlag.

(Niklas Kienitz [CDU]: Steht doch drauf!)

- Was steht da drauf?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Den übernehmen wir dann!)

- Sie übernehmen unseren Antrag als Prüfan-
trag?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja!)

- Okay. Gut. Dann machen wir es so. Das ist ein
Weg, wie wir an dieser Sache weiterarbeiten
können.

Uns geht es darum - deshalb habe ich den Sozi-
alausschuss ab und zu auch ein bisschen ge-
nervt, aber darüber kam dann auch das Fachge-
spräch zustande -, eine Satzung zu erarbeiten,
die sicherstellt, dass wir die Bundesmittel voll
abgreifen können. - Okay. Dann machen wir es
so. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau
Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin!
Meine Damen und Herren! Ich mache es vom
Platz aus. - Die Vorstellung, dass wir uns mit
dieser Thematik noch intensiver beschäftigen,
löst ja nicht unbedingt nur Freude aus; denn die-
se Thematik ist schon sehr zäh und sehr schwie-
rig. Nichtsdestotrotz ist es sinnvoll, wenn wir dies
tun.

Ich habe noch eine Anregung. Wir haben uns
diesem Änderungsantrag, der eine Gebüh-
renerhöhung von 15 Prozent vorsieht, angeschlossen,
weil wir auch der Meinung sind, dass 15 Prozent
mehr für Menschen mit diesen Einkommen
schon eine Menge Geld ist. Angesichts der Tat-
sache, dass die letzte Änderung dieser Satzung
im Jahr 2005 erfolgte - das ist ein langer Zeit-
raum -, sind 15 Prozent eigentlich gar nicht so
viel, wenn auch momentan sehr viel für den ein-
zelnen Betroffenen. Wir haben deshalb die große
Bitte - das sollte in der Diskussion auf jeden Fall
eine Rolle spielen -, solche Satzungen zeitnäher
anzupassen. Es sollten nicht wieder zehn oder
mehr Jahre bis zur nächsten Anpassung verge-
hen; denn dann wird es wirklich schwierig, so-
wohl für die Stadt als auch für die Betroffenen. -
Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau
Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich der Verwaltung danken, dass sie noch einmal Feinarbeit geleistet und eine Liste erstellt hat, aus der durch Gegenüberstellung der Gebühren die Erhöhungen im Vergleich zur vorherigen Satzung sichtbar werden. Zum anderen fanden wir auch, dass das Fachgespräch ein sehr gutes Ergebnis gebracht hat. Ich bin froh, dass man jetzt mit dieser Satzungsänderung die Missstände der alten Satzung aufhebt. Von daher finde ich auch den Prüfauftrag ganz gut. Wir werden sehen, welche Ergebnisse er bringt. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.

Frau Hoyer, ich möchte daran erinnern, dass es die gleichen Kolleginnen und Kollegen im Wohnungsamt sind, die die Flüchtlinge unterbringen müssen und gleichzeitig diese Satzungsänderung vorantreiben müssen. - Nur als Anmerkung.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über die kumulierten Änderungsanträge der Linken sowie der CDU, Grünen und FDP abstimmen. Ich glaube, das kann man gemeinsam abstimmen lassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja! - Niklas Kienitz [CDU]: Ja! Dagegen
haben wir nichts!)

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das einstimmig.

Ich lasse jetzt über die Ursprungsvorlage der Verwaltung in der geänderten Fassung abstimmen. Gegenstimmen? - Von der AfD. Enthaltungen? - Von pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6.2.2:

6.2.2 Aktualisierte Honorarordnung der Volkshochschule Köln 1755/2016

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. AN/1248/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen

und Herren! Es handelt sich bei der Honorarordnung der Volkshochschule um einen Themenkreis, der schon seit längerem im Ausschuss für Schule und Weiterbildung in der Diskussion ist. Es besteht im Prinzip große Übereinstimmung in allen Parteien, dass es hier ein großes Problem gibt.

Zum einen leben die Dozentinnen und Dozenten an der Volkshochschule, die die sehr wichtigen Integrations- und Deutschkurse für Geflüchtete, für Menschen mit Migrationshintergrund usw. leisten, in prekären Lebensverhältnissen, obwohl sie in Vollzeit arbeiten. Der Begriff „prekäre Lebensverhältnisse“ wird im Übrigen auch vom Deutschen Volkshochschul-Verband verwendet, der schon seit längerer Zeit eine Erhöhung der Honorare auf 30 Euro pro Stunde fordert.

Die hier jetzt vorgeschlagene Erhöhung ist ein gewisser Fortschritt - es soll immerhin eine Erhöhung um 10 Prozent auf 23 Euro pro Stunde geben -; sie wird aber dem Ausmaß des Problems nicht annähernd gerecht. Das Problem „prekäre Lebensverhältnisse“ bleibt weiter ungelöst. Es handelt sich um circa 40 bis 50 Beschäftigte an der Volkshochschule Köln, die, wie gesagt, Vollzeit arbeiten, aber bei ihrem Arbeitgeber nicht festangestellt sind. Das heißt: Sie müssen ihre Sozialversicherungsbeiträge selbst bezahlen. Sie müssen für ihre spätere Rente selbst vorsorgen, sodass vielen Altersarmut droht, wenn sie nicht anderweitig abgesichert sind.

Zum anderen kommt auch auf die Volkshochschulen ein großes Problem zu, nicht nur in Köln, sondern auch in anderen Städten; denn aufgrund der großen Anzahl von Geflüchteten, die in den letzten Jahren in unser Land gekommen sind, ist die Qualifikation „Deutsch als Fremdsprache“ sehr gefragt. Beschäftigte mit dieser Qualifikation schauen sich deshalb auch in anderen, besser bezahlten Bereichen um, auch in öffentlichen Schulen. Das wird bei den Volkshochschulen zu Engpässen führen. Auch deshalb unterstützen sie die Forderung nach einer Erhöhung der Honorare auf 30 Euro pro Stunde seit langem.

Im Moment gibt es in dieser Frage im Bundestag Bewegung. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat jetzt beschlossen, 35 Euro pro Stunde Mindesthonorar zur Auflage für die Träger zu machen und die Kostenerstattungsätze für die Volkshochschulen entsprechend anzuhöhen. Die Frage ist: Wann wird die Bundesregierung dieses umsetzen?

Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke schlägt vor, dass die Stadt Köln zunächst in Vor-

leistung geht und die Honorare für die Vollzeitbeschäftigten, die bei der VRS nicht festangestellt sind, auf 30 Euro pro Stunde erhöht, um diesen Beschäftigten zu helfen, um diese wichtige Arbeit, die der Willkommenskultur und der Integration in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft dient, zu stärken und auch um der Volkshochschule zu helfen. Dies sollte sie so lange tun, bis die Bundesregierung nachzieht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Bitte.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es vom Platz aus. - Herr Kockerbeck hat die schwierige Gemengelage bezüglich der Honorare für die VHS-Dozentinnen und -Dozenten zutreffend beschrieben und die Problematik, die sich daraus ergibt, deutlich gemacht.

Wir halten die Satzungsänderung 622 zunächst einmal für einen Schritt in die richtige Richtung. Dass das schlussendlich zu wenig ist im Vergleich zu anderen, die im Bildungsbereich arbeiten, ist zutreffend. Wir halten daher die Stoßrichtung des Antrags der Linken für richtig. Aber es bleibt natürlich eine große Finanzierungslücke.

Wenn man sich das genauer anschaut, stellt man fest: Es handelt sich hier um zwei Schienen. Es geht zum einen um die Finanzierung der Integrationskurse. Die Honorare für die Dozenten, die an der VHS „Deutsch als Fremdsprache“ unterrichten, fallen allerdings nicht darunter. - Zum anderen geht es, wie Sie richtig gesagt haben, um die Frage, wann die Besoldungserhöhung für die VHS-Dozenten umgesetzt wird. Die Satzungsänderung 622 sieht jetzt eine Erhöhung der Honorare für diese Dozenten von 20 auf 23 Euro vor, finanziert durch eine moderate Erhöhung der Entgelte. Würden wir ihre Honorare auf 30 Euro erhöhen, käme es zu einer beträchtlichen Finanzierungslücke.

Von daher sieht sich unsere Fraktion heute nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen, auch wenn die Stoßrichtung richtig ist. Deshalb wird sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung über den Antrag der Linken enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Damen und Herren! Lieber Heiner Kockerbeck, das ist natürlich, wie auch Franz Philippi gesagt hat, ein sympathischer Vorschlag und von der Sachlage her berechtigt. Gleichzeitig ist das aber auch ein ungedeckter Scheck, den ihr der Bundesregierung ausstellen wollt. Wenn ihr vielleicht in der Regierung wärt, könntet ihr möglicherweise dieses Versprechen erfüllen. Dann würden wir selbstverständlich als Stadt nachziehen. Aber bislang gibt es keine Finanzierungszusage.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Aber wir haben schon ein Scheckbuch!)

Ich erinnere daran, dass wir schon letztes Jahr die Honorare, wenn auch mäßig, um 3 Prozent erhöht haben. Jetzt sollen sie noch einmal um 10 Prozent erhöht werden. Das ist schon eine Erhöhung, die auch den Beschäftigten helfen wird. Angesichts der Haushaltssituation ist im Moment nicht mehr möglich.

Aber ich habe gehört, dass die Linken das wollen. Versucht doch bitte mal im Bundestag, die Bundesregierung dazu zu bringen, dass diese Honorarerhöhung erfolgt. Dann werden wir hier selbstverständlich sofort nachziehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Linken abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die Linke, die AfD und die Piraten. Enthaltungen? - Das sind die SPD-Fraktion und Deine Freunde. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Verwaltungsvorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Sehe ich auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.2.3 auf:

6.2.3 Änderung der Satzungen über die Erhebung von Kostenersatz und Gebühren für die Leistungen der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Köln (Feuerwehrsatzungen) 1195/2016

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Bei den Linken und pro Köln.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Gegen die Feuerwehrsatzung stimmt
ihr?)

Enthaltungen? - Die Piraten. Dann ist das so be-
schlossen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE.]: Bei 6.2.3
stimmen wir dafür!)

- Wir nehmen Ihre Erklärung gerne zu Protokoll,
Herr Detjen. Wir werden das berichtigen. - Das
würde am Abstimmungsergebnis aber nichts än-
dern.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6.3 auf:

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

Tagesordnungspunkt 6.3.1:

6.3.1 4. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2016 über das Offenhalten von Ver- kaufsstellen im Jahr 2016 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten 4113/2015/1

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.
Dann lasse ich abstimmen. Gibt es Gegenstim-
men? - Die Linke, die FDP und Deine Freunde.
Enthaltungen? - Sehe ich nicht. Dann ist das so
beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -aus- zahlungen und -verpflichtungen für das Hj. 2015 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2015 sowie für das Hj. 2016 in analoger Anwendung 1541/2016

Ich bitte Sie um Kenntnisnahme.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Überplanmäßiger Mehrbedarf im Teiler- gebnisplan 0606 - Hilfe für junge Men- schen und ihre Familien; Haushaltsjahr 2015 0695/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht.
Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Wir fahren fort mit Tagesordnungspunkt 10:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt 10.1:

10.1 Rheinboulevard Deutz - Verkaufsstelle 0019/2016

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0756/2016

Änderungsantrag der Gruppe Piraten und der Gruppe Deine Freunde AN/1251/2016

Die FDP hat ihren Änderungsantrag zurückgezo-
gen. - Gibt es Wortmeldungen zu diesem Tages-
ordnungspunkt?

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freun-
de]: Eine Wortmeldung zu unserem Än-
derungsantrag!)

- Ja, gerne, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Ich
möchte unseren Änderungsantrag kurz begrün-
den. Die Verwaltung hat zwei Alternativen vorge-
schlagen, nämlich zum einen den eigentlichen
Beschluss, diesen Kiosk am Rheinuferboulevard
zu bauen. Zum anderen schlägt sie als Alternati-
ve eine sogenannte ambulante Lösung vor.

Wir stimmen für die Variante 3, die ambulante
Lösung, da wir einen Kiosk in diesem Bereich
ablehnen, egal wie schön er wird. Wir wollen das
zusätzlich erweitert wissen um die Möglichkeit,
dass dort auch andere Anbieter an einzelnen Ta-
gen Waren und Getränke verkaufen können. Wir
haben das unter dem Stichwort „Streetfood Mar-
ket“ zusammengefasst.

Wir haben noch eine Anfrage dazu. Da wir nicht
im Ausschuss Umwelt vertreten sind und das
Prozedere auch sonst nicht verfolgen konnten:
Plant die Verwaltung, diesen Kiosk selbst zu
bauen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bitte
die Verwaltung, diese Frage zu beantworten.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Da gibt es
mehrere Modelle. Sie hatten uns eine Frist ge-
setzt, bis wann das fertig sein soll. Wir müssen
uns selbstverständlich an die städtischen Modali-

täten halten. Im Zweifel bauen wir das selber, aber wir prüfen auch noch andere Möglichkeiten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Krupp.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion spricht sich klar für eine Kiosklösung aus. Der Rheinboulevard ist ein Platz für das ganze Volk, im wahrsten und wohlverstandenen Sinne. Ob Arm oder Reich, ob Alt oder Jung, ob Immi oder Einheimischer - alle sollen sich dort wohlfühlen. Was ist in Köln eher angezeigt, wenn alle zusammenkommen, als ein Büdchen?

Wir glauben, dass gerade eine stationäre Einrichtung, also ein Büdchen, auch eine gewisse Ordnung vor Ort reinbringen kann, aber nur, wenn man nicht irgendeinen Büdchenbetreiber auswählt, der auf den maximalen Gewinn schießt, sondern einen Betreiber, der ein Konzept anbietet, der dort ein bisschen aufpasst, der ein Auge darauf hat, dass das Drumherum sauber ist, bei dem man die Pfandflaschen zurückgeben kann usw. All das würde zu einer gewissen Ordnung führen.

Wir fänden es gut, wenn das ein Integrationsbetrieb machen würde; denn dann würde es noch einen weiteren Zweck erfüllen. Wir fänden es richtig gut, wenn es die KGAB machen würde; denn das ist eine städtische Gesellschaft, der eine sehr sinnvolle Aufgabe obliegt, nämlich Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wir glauben, dass dies die Erfolgsgeschichte des Rheinboulevards fortschreiben wird und es irgendwann nicht nur das „Bickendorfer Büdchen“ gibt, sondern auch das „Düxer Büdchen“. Das würde uns freuen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Klausung, bitte.

Christoph Klausung (CDU): Ich wollte eigentlich genau das Gleiche sagen. - Wir haben schon Kollegen in der Stadt, die ein Auge darauf haben, die das sauber halten können - sie machen es sogar richtig gut - und die auch für Sicherheits-

dienstleistungen sorgen, und das ist die KGAB. Sie hat die Expertise. Wir würden die Verwaltung bitten, zu prüfen, ob die KGAB dort zum Einsatz kommen kann, zumal sie schon jetzt vor Ort ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu dieser Vorlage?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Es sollen mehrere Integrationsbetriebe abgefragt werden! So war der Beschluss des Umweltausschusses! Einer davon ist die KGAB! - Gegenrufe von der SPD: Man versteht hier nichts!)

Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wir stimmen jetzt ab in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses Umwelt und Grün, der wiederum zurückgeht auf den Beschluss der BV 1. Und da heißt es an der entscheidenden Stelle:

... mit der Einrichtung einer festen und dauerhaften Verkaufsstelle (Kiosk),

- da sind ja alle dafür -

die von einem Integrationsbetrieb betrieben werden soll ...

Das ist offenbar auch die Meinung des Ausschusses, der sich der Rat jetzt anschließen kann. Das heißt: Es sollen verschiedene Anbieter angefragt werden; denn wir haben ja mehrere Integrationsbetriebe, darunter auch die KGAB.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Das nehmen wir so auf. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag von Deine Freunde und den Piraten abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das sind die Freunde und die Piraten. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das so abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen in der Fassung, die der Umweltausschuss abgestimmt hat, mit der Erläuterung, die Herr Frank eben hinzugefügt hat, und Anlage 2.

(Bernd Petelkau [CDU]: Und Ergänzung „KGAB“!)

- Ja, das ist das, was eben hinzugefügt wurde.

Wer wünscht dem zuzustimmen? - Das sind die SPD, die Grünen, die CDU, Herr Wortmann und die FDP. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Linken, Deine Freunde und die Piraten. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.2 auf:

**10.2 Ehemaliges Ratsschiff der Stadt Köln
„MS Stadt Köln“
1410/2016**

Gibt es Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Fassung, wie Liegenschaftsausschuss!)

In der Fassung, wie Liegenschaftsausschuss, Anlage 1. - Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist es so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.3 auf:

**10.3 Vertragsabschluss zur Zusammenarbeit der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln und der Technischen Hochschule Köln
1414/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.5 auf:

**10.5 Zuschuss zur Erhaltung des Kölner Doms
1664/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung bei der AfD ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.6 auf:

**10.6 Bundesprogramm „Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus“, Projekte des Mantelprojektes „Via Culturalis und die Quartiere der Domumgebung“
hier: Baubeschluss für die Umgestaltung des Kurt-Hackenberg-Platzes sowie Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen
hier: Finanzstelle 6601-1201-0-6612, Nord-Süd Stadtbahn, Wiederherstellung
0183/2016**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: In der Fassung wie Stadtentwicklungsausschuss!)

Ich lasse abstimmen in der Fassung wie Verkehrsausschuss bzw. StEA mit der Ergänzung gemäß Anlage 8 zum geänderten Kostenrahmen, **dw**ie auch der Finanzausschuss abgestimmt hat. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.8 auf:

**10.8 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Anlagen- und Brandschutztechnische Ertüchtigung der unterirdischen Betriebsräume der oberirdischen Hst. Heumarkt
0670/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.9:

**10.9 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Köln zum
31.12.2013
0957/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen über Punkt 2 des Beschlussvorschlags, wie Finanzausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.11 auf:

**10.11 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter Dreijährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis
2020/21 ff.
2877/2015**

Dazu liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Kockerbeck vor.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung, dies geht nach Meinung meiner Fraktion nicht weit genug. Wir beantragen punktweise Abstimmung dieser Vorlage, ge-

hen allerdings davon aus, dass wohl wie im Jugendhilfeausschuss abgestimmt wird.

Bei der repräsentativen Elternbefragung im Auftrag der Stadt im Januar 2015 haben 52 Prozent aller Eltern gesagt, dass sie sich für ihr Kind unter drei Jahren einen Platz in einer Kita oder einer Tagespflege wünschen, zu 90 Prozent übrigens lieber in einer Kita. Ziel der Ausbauplanung der Stadt ist, bis zum Jahr 2021, also in fünf Jahren, eine Betreuungsquote von 50 Prozent zu erreichen.

Die Bemühungen der Stadt haben in den letzten Jahren Erfolge gezeigt. Es hat einen starken Ausbau der Plätze gegeben. Aber die Anzahl der Plätze hinkt weiterhin dem Bedarf hinterher. Die von den Eltern gewünschten 52 Prozent sollen nach der heute vorliegenden Beschlussvorlage erst in den Folgejahren angestrebt werden. Das ist angesichts des Bevölkerungswachstums in Köln und des seit Jahren steigenden Bedarfs an Betreuungsplätzen - umso mehr Plätze eingerichtet werden, desto mehr werden sie auch nachgefragt - zu kurz gesprungen. Kitaplätze sind in einer Reihe von Stadtteilen aktuell Mangelware. Sie werden es mit dieser Vorlage leider auch in Zukunft bleiben.

Die Linke hat im Jugendhilfeausschuss den Antrag gestellt, 55 Prozent bis 2021 und in den Folgejahren 60 Prozent anzustreben. Dies ist von den anderen Parteien mit Verweis auf die Finanzsituation der Stadt und organisatorische Probleme nicht mitgetragen worden. Wir stoßen hier offenbar auch wieder an Grenzen, die die Unterfinanzierung den Kommunen setzt. Diese Unterfinanzierung geht aber zulasten der Eltern und Kinder dieser Stadt. Rat und Verwaltung werden von den Bürgerinnen und Bürgern nur als handlungsfähig angesehen werden, wenn sie in der kommenden Zeit Wege aus dieser Unterfinanzierung heraus aktiv suchen und finden.

Ein großes Problem ist auch die sehr unterschiedliche Verteilung der Kitaplätze in den einzelnen Stadtteilen. Die Linke ist deshalb froh, dass ihr Vorschlag im Jugendhilfeausschuss die Unterstützung der anderen Parteien gefunden hat, den ursprünglich als Expertentagung geplanten Kitagipfel nun als eine von der Zivilgesellschaft breit getragene Anhörung zu planen, bei der Vertreter der Stadtbezirke, Eltern, Kitaträger, Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften und Parteien Wege diskutieren, wie bestehende Ungleichgewichte zwischen Stadtvierteln abgebaut werden können und welche nächsten Handlungsschritte nötig sind.

Die Linke hält die Entscheidung für falsch, den Kitausbau weiterhin allein privaten Investoren - das ist in der Vorlage ja ausgeführt - zu überlassen. Dies hat erkennbar nicht dazu geführt, dass in allen Stadtteilen der Bedarf gedeckt werden konnte. Private Investoren bauen offenbar vor allem dort, wo die Gewinne am höchsten sind. Zudem liegt der Verdacht nahe, dass der Kitabau durch Privatfirmen langfristig die Stadt teurer kommt, als wenn sie die Gebäudewirtschaft so weit stärkt, dass sie neben dem Schulbau auch den Kitausbau bewältigen kann. Diese langfristig höheren Kosten sind eine Lehre aus vielen Projekten, die die Kommunen in den vergangenen 15 Jahren als öffentlich-private Partnerschaften realisiert haben.

Die Linke schlägt deshalb vor, dass die Stadt zunächst ihre Möglichkeiten zur Ermittlung von Grundstücken - das ist ja ein zentrales Problem beim Kitabau - verbessert, indem sie städtische Flächenscouts, wie heute unter Tagesordnungspunkt 3.1.1 diskutiert, einstellt. Das fast ausschließliche Setzen auf das Investorenmodell beim Kitabau hat in der Vergangenheit den Mangel an U3-Plätzen nicht beheben können.

Die heutige Beschlussvorlage zeigt: Die Stadt muss selbst stärker eingreifen. Die Stadt braucht ein verbessertes Handlungskonzept für den Kitaneubau und Kitabetrieb. Die Linke wird sich deshalb bei der Abstimmung über die heute vorliegende Beschlussvorlage enthalten.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als nächste Wortmeldung habe ich Herrn Zimmermann notiert.

(Thor-Geir Zimmermann
[Deine Freunde]: Nein!)

- Dann war das ein Versehen. Okay. - Gibt es weitere Wortmeldungen zu Tagesordnungspunkt 10.11, der wie JHA, Anlage 13, punktweise abgestimmt wird? -

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE.]: Die Beschlussvorlage! Die besteht aus fünf Punkten!)

- Ganz genau. Es soll punktweise abgestimmt werden; so war es gewünscht.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich sage es noch einmal: Abstimmung wie JHA, Anlage 13, punktweise.

Beschlusspunkt 1. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken so beschlossen.

Beschlusspunkt 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. So beschlossen.

Beschlusspunkt 3. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Beschlusspunkt 4. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Beschlusspunkt 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. So beschlossen.

Ich lasse jetzt die Vorlage insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.12 auf:

10.12 Städtische Liegenschaft Neusser Wall 33 „Fort X“, 50670 Köln hier: Weiterplanungsbeschluss zur Dach- und Fassadensanierung 0982/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Dann lasse ich die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen mit der Ergänzung des Liegenschaftsausschusses, Anlage 9. Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 10.13:

10.13 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Baubeschluss für die Gesamtinstandsetzung der Mülheimer Brücke 1105/2016

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE.]: Wie Verkehrsausschuss!)

- Ja. - Gibt es Wortmeldungen? - Es gibt eine Wortmeldung von Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Wir stimmen ja ab wie Verkehrsausschuss. Ich möchte zu Protokoll geben, dass die FDP-Fraktion der Gesamtvorlage zwar zustimmt, aber der im Verkehrsausschuss eingebrachten Änderung nicht folgen kann. - Das will ich hier nur für das Protokoll vermerken.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke für die Wortmeldung, Herr Houben. - Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 9.

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.15 auf:

10.15 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb 3516/2015

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie AVR, mit den Ergänzungen des AVR aus der Sitzung vom 25.04. und aus der Sitzung vom 20.06. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich wollte dazu noch eine ganz kurze Bemerkung machen, auch schon im Vorgriff auf die Maßnahmen, die wir wahrscheinlich ab Mitte dieses Jahres, nach der Sommerpause, diskutieren werden. Die Umstellung auf den elektronischen Versand der Sitzungsunterlagen hatte ja unter anderem das Ziel, Papier einzusparen. Durch die gewünschten Änderungen, die natürlich in Ihrer Entscheidungskompetenz liegen, kann dieses Ziel nicht erreicht werden. Ich habe mich deswegen bei der Abstimmung enthalten.

Tagesordnungspunkt 10.16:

10.16 Querung der Aachener Straße in Höhe Aachener Weiher hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6604-1201-1-1003, Aachener Straße, Fußgängerquerung 0753/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Es ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.17:

10.17 Generalinstandsetzung der Marienburger Straße von Eugen-Langen-Straße bis Unter den Ulmen hier: Mitteilung über Kostenerhöhungen gem. § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltsatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-6605, Generalinstandsetzung von Straßen

1004/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.18:

10.18 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweiler Straße in Köln Ossendorf hier: Bauleistungen zur Herstellung der Oberflächenabdichtung 0270/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Freunde ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.19:

10.19 Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang hier: Generalsanierung der Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang mit Errichtung eines Kunstrasenspielfeldes 0983/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.20:

10.20 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2016 0813/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 20.21:

10.21 Städtische Tiefgaragen und Parkhäuser Anpassung der Parkentgelte 1757/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Pro Köln und AfD. Enthaltungen? - Keine. Mit zwei Gegenstimmen ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.22:

10.22 Großschadensereignis Einsturz Historisches Archiv hier: Verlängerung des Verzichts der Stadt Köln auf die Einrede der Verjährung gegenüber den Leih-, Vor- und**Nachlassgebern des Historischen Archivs 1914/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.23:

10.23 Qualitätsoffensive in allen kommunalen Kindertageseinrichtungen der Stadt Köln 1493/2015

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Eine Enthaltung bei der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.24:

10.24 Zusetzung von 1,0 Mehrstelle zur Prävention und zum Abbau von Intoleranz, Diskriminierung und Ausgrenzung im Rahmen von Diversity 1056/2016

Wortmeldungen? - Keine.

(Roger Beckamp [AfD]: Doch!)

- Doch. - Bitte sehr, Herr Beckamp.

Roger Beckamp (AfD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Androgynen! Liebe Androgynen! Liebe Bigender! Liebe Cismen! Liebe Ciswomen! Liebe Cisgender Female! Liebe Cisgender Male! Liebe Female to Male! Liebe Gender Fluid! Liebe Intersex! Liebe Male to Female! Liebe MTF! Liebe Weder-noch! Liebe andere! Liebe Pangender! Liebe Transmale! Liebe Trans*male! Liebe Transgender? Liebe Transgender Female! Liebe Transmaskuline! Liebe Transsexuelle! Lieber Volker Beck! Die AfD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse abstimmen über diese Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.25:

10.25 Erweiterung des Projektes „Auszugsmanagement“ 1450/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.26:

**10.26 Feinkonzept zur Einrichtung und Umsetzung einer Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln
1826/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.28:

**10.28 Drogenhilfeangebot mit Drogenkonsumraum am Neumarkt
0438/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1087/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion,
der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
der Fraktion Die Linke. und der FDP-Fraktion
AN/1256/2016**

Was passiert mit dem SPD-Änderungsantrag 1087? - Ich höre, der ist durch den anderen Änderungsantrag ersetzt. Gut, dann ist das klar.

Ich würde gern mitstimmen, wenn Sie mir gestatten, dass ich auch beim zukünftigen Drogenhilfeangebot, wie auch jetzt schon, die Zustimmung der Polizei einhole.

(Martin Börschel [SPD]: Wichtig wäre nur, das frühzeitig zu machen!)

- Da haben Sie vollkommen recht, Herr Börschel.

Es gibt dazu keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Verwaltungsvorlage in der eben geänderten Form abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank dafür!

(Beifall)

Tagesordnungspunkt 10.29:

**10.29 Standorte zur Errichtung von temporären Flüchtlingsunterkünften
1434/2016**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1085/2016**

Dazu möchte zunächst die Kämmerin vortragen.

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In meiner Vertretungseigenschaft als amtierende Dezernentin des Dezernats V möchte ich Folgendes zu Anlage 10 vortragen: Die Fläche auf dem städtischen Grundstück Bensberger Marktweg wird von der Verwaltung zurückgezogen und ist nicht Bestandteil dieses Beschlusses. Damit entspricht die Verwaltung den Anregungen, die in der Sondersitzung des Ausschusses Umwelt und Grün geäußert wurden, sowie den von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern vorgetragenen Hinweisen, dass bereits in 2014 ein Antrag auf Unternaturschutzstellung durch den BUND gestellt wurde, den die Verwaltung nicht angemessen berücksichtigt hatte. Sonst hätten wir dieses Grundstück in den Pool überhaupt nicht eingebracht. Deswegen das Zurückziehen der Fläche heute, bei Beibehaltung der übrigen Flächen, die wir im weiteren Verfahren jeweils gesondert, wie in der Vorlage Gegenstand, prüfen werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es Wortmeldungen dazu? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß, das Amt 56, das Wohnungsamt, hat eine Menge zu tun. Ich habe hier schon mehrfach meinen hohen Respekt für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Amtes ausgedrückt. Trotzdem: Wir haben ein ziemliches Geschwindigkeitsproblem. Eigentlich sollten jetzt schon sechs Leichtbauhallenkomplexe mit Platz für jeweils 400 Menschen fertig sein. Stand heute: Einer ist fertig, nämlich bei uns in Ostheim, und einer ist in Bau. Das ist schlecht. Wir müssen die Menschen, die zu uns geflohen sind, wenigstens ein bisschen besser unterbringen als in Turnhallen. Ich glaube, wir alle sind uns einig: Die Unterbringung von Menschen in Turn- oder Sporthallen ist die denkbar schlechteste Variante. Sporthallen sind nun einmal nicht für diesen Zweck gebaut, sondern für den Schul- und Ver-

einssport. Deshalb müssen diese Hallen möglichst schnell wieder freigegeben werden.

Ich bin eigentlich dankbar für diese Vorlage, zeigt sie doch: Es geht voran. Zwölf bzw., wie gerade gehört, elf Standorte werden vorgeschlagen. Aber mit dem Inhalt der Vorlage sind wir nicht ganz zufrieden; denn wir finden, dass sie einen gewissen Mangel an Transparenz aufweist. In diesem Zusammenhang darf ich auf unseren Änderungsantrag hinweisen, den wir diesmal nicht zurückziehen; denn wir wüssten schon ganz gern, welche 31 Flächen die Verwaltung geprüft hat und warum von diesen nur 18 als geeignet befunden wurden. Kriterien für die Auswahl haben wir nicht gefunden. Wir möchten die Flächen auch deshalb kennen, weil die 13 Flächen, die sich in der ersten Prüfung durch die Verwaltung als untauglich erwiesen haben, durchaus geeignet sein können für Bauten in Phase C und D, also für die dauerhafte Unterbringung von Menschen.

Die Beachtung der Sozialverträglichkeit von Flüchtlingsunterkünften haben wir immer gefordert. Wir freuen uns daher sehr, dass die Verwaltung das aufgegriffen hat. So ganz können wir die Kriterien allerdings nicht nachvollziehen. Darüber wäre auch noch einmal zu reden.

Selbst wenn alle diese Flächen realisiert werden würden, wird das nicht ausreichen. Deshalb fordern wir heute zum wiederholte Male: Bitte, liebe Verwaltung, prüfen Sie noch einmal ganz kreativ Bestandsimmobilien! Da gibt es noch was, und da muss noch was gehen. Vielleicht finden sich doch noch ganz schnell Unterbringungsmöglichkeiten für die Menschen. Dann könnten weitere Turnhallen freigegeben werden. Das tut den Flüchtlingen gut und den Sportlern erst recht.

Eine weitere Bitte: Liebe Verwaltung, fangen Sie bitte jetzt schon an, die Sanierung der Sporthallen zu planen und vorzubereiten. Es darf nicht passieren, dass der Planer erst dann die Turnhalle betritt, wenn sie freigezogen ist. Dann verlieren wir wertvolle Monate für Planung und Ausschreibung und damit wertvolle Zeit für den Sport.

(Beifall bei der SPD)

Es wird noch eine Zeit dauern, bis die Hallen freigegeben werden können. Dann kommt der Winter, und da brauchen wir die Sporthallen besonders dringend.

Dass die Verwaltung uns im Sozialausschuss nun zugesagt hat, dass wir für jeden einzelnen

geprüften und für gut befundenen Standort noch einen Extra-Baubeschluss bekommen, ist dokumentiert. Damit ist dieser Punkt unseres Änderungsantrags bereits erledigt.

Die Ehrlichkeit gebietet, Ihnen von der Verwaltung und Ihnen im Rat zu sagen, dass wir in der SPD-Fraktion erhebliche Bauchschmerzen bei einzelnen, noch zu prüfenden Standorten haben. Ich will exemplarisch nur die Standorte „Zum Milchmädchen“ in Poll und „Neurather Weg“ in Höhenhaus nennen. Sie werden das ja noch prüfen und uns das Ergebnis vorlegen. Dann müssen wir entscheiden.

Wir tun uns aus den genannten Gründen mit der Vorlage insgesamt sehr schwer, auch wenn wir die Intention der Vorlage der Verwaltung - das will ich noch einmal deutlich machen - teilen, nämlich Sportstätten endlich freizuziehen und die Menschen besser unterzubringen. Daher bitte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen; denn ich glaube, damit kommen wir ein Stück weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner, bitte.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der Verwaltung sehr dankbar, dass sie heute diese Vorlage zur Prüfung weiterer temporärer Flüchtlingsunterkünfte eingebracht hat; denn wir müssen, wenn wir Turnhallen freiziehen wollen, dieses Thema tatsächlich dringend angehen. Wir wissen, was für eine Belastung es für die Mitarbeiter ist, all diese Prüfungen vorzunehmen, weil sie gleichzeitig auch noch die Phase 3 und 4, also dauerhafte Bauten, prüfen müssen. Aber wenn wir kurzfristig die Turnhallen leerziehen wollen, müssen wir zunächst einmal auf temporäre Einrichtungen zurückgreifen. Das ist in dieser Vorlage so vorgesehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sind froh, dass die stellvertretende Sozialdezernentin diesen einen Standort zurückgezogen hat, weil es dort wirklich Probleme gab. Wir haben einen weiteren im Umweltausschuss diskutiert. Wir haben diese Vorlage ohne Votum aus dem Sozialausschuss in den Rat geschoben, weil die Bezirksvertretungen noch nicht getagt

hatten. Es hat dann auch in mehreren Bezirksvertretungen Anregungen bzw. Bedenken gegen einzelne Standorte sowie einen Tauschvorschlag gegeben. Uns ist sehr wichtig, dass die Verwaltung die Bedenken sehr ernst nimmt und den Vorschlag eingehend prüft. Das hat sie uns auch zugesagt. Wir wissen, dass das heute nur ein Prüfauftrag ist und wir dann noch einmal über alle Standorte einzeln beschließen werden. Das heißt: Die Verwaltung wird uns das Prüfergebnis vorlegen, und wir werden über jeden Standort einzeln abstimmen, sodass sichergestellt ist, dass die Anregungen und Bedenken aus den Bezirksvertretungen Berücksichtigung finden.

Ich möchte aber noch auf den SPD-Antrag eingehen. Wir haben uns ausgiebig damit befasst und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir den so nicht mittragen können.

In Punkt 3 des Antrags fordern Sie, noch einmal alle 31 Standorte offenzulegen. - Wir sind vor allen Dingen sehr daran interessiert, dass es jetzt schnell vorangeht. Wir möchten nicht, dass die Verwaltung immer wieder mit neuen Prüfaufträgen belastet wird und wir deshalb nicht vorankommen. Deshalb: Wenn die Prüfung, wie im Hauptvorschlag der Verwaltung vorgesehen, beendet ist, kann man noch einmal darüber reden, ob man zusätzliche Standorte suchen muss. Es hat jetzt einfach keinen Zweck, die Verwaltung ständig mit immer wieder neuen Prüfungen zu beschäftigen, weil sie dann nicht handeln kann.

Punkt 4 des Antrags der SPD-Fraktion bezieht sich auf die Phase 3 und 4. - Dazu bedarf es gar keines Antrags, sondern das läuft schon. Wir haben beschlossen, dass das durchgeführt wird. Uns ist bekannt, dass die Verwaltung bereits mit Hochdruck daran arbeitet. - Sie fordern außerdem, auch unkonventionelle Wege zu gehen und leerstehende Gebäude zu prüfen. - Wir haben in mehreren Ratssitzungen genau diese Forderung in gemeinsamen Anträgen eingebracht. Wir finden es absolut überflüssig, diese Forderung in jeder Ratssitzung zu wiederholen. Das macht die Verwaltung jetzt schon ständig. Deshalb muss man das nicht noch einmal gesondert beschließen.

Punkt 6 Ihres Antrags beinhaltet das, was ich eben ausgeführt habe bezüglich der Bezirksvertretungen. - Das ist bereits zugesagt. Das muss man aber nicht extra beschließen. Ich habe es eben noch einmal bekräftigt: Ich gehe davon aus, dass das auch so passieren wird. Dafür bedarf es keinen Extraantrags.

In Punkt 7 Ihres Antrags fordern Sie, möglichst prioritär die Turnhallen unmittelbar neben den einzelnen Flüchtlingsunterkünften freizuziehen. - Da haben wir schon Bedenken. Wir möchten natürlich auch, dass die Hallen möglichst schnell freigezogen werden. Aber es gab gemeinsame Gespräche von Stadtsportbund und Verwaltung zu den Prioritäten bei der Freizeziehung von Turnhallen. Da spielt der Ligabetrieb eine Rolle, da spielen die Vereine eine Rolle, da spielt eine Rolle, was in der Nähe ist. Wir möchten, dass diese Prioritätenliste auch so abgearbeitet wird, wie sie vereinbart worden ist.

(Beifall bei Ulrich Breite [FDP])

Das ist ein guter Weg. Man muss sich an irgendetwas halten, und das ist ebendiese Prioritätenliste. Die sollte man nicht täglich wieder infrage stellen.

In Punkt 9 Ihres Antrags fordern Sie, dass Instandsetzungsmaßnahmen in Turnhallen forciert werden. - Das macht die Verwaltung schon. Uns ist zugesichert worden: Bevor die Turnhallen faktisch leergezogen werden, sind die entsprechenden Aufträge bereits erteilt; Frau Klug nickt. Man wird auch darauf achten, dass diese Maßnahmen dann möglichst schnell umgesetzt werden.

Dass die Standorte nach erfolgter Prüfung durch die Verwaltung zur Entscheidung vorgelegt werden, wie Sie in Punkt 10 Ihres Antrags fordern, das ist auch schon zugesagt.

Ich denke, die Punkte aus dem SPD-Antrag sind eigentlich alle obsolet. Deshalb möchten wir dem nicht folgen, aber dem Hauptvorschlag aus der Verwaltungsvorlage. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Nachfrage von Herrn Joisten.

Christian Joisten (SPD): Liebe Frau Gärtner! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einmal nachhaken mit der Frage: Sind wir in Fragen der Transparenz nicht bisher einer Meinung gewesen, dass wir möglichst hohe Transparenz herstellen müssen, was Standortfindung und den sozialen Ausgleich in bestimmten Stadtteilen betrifft? Genau darauf zielt ja unser Antrag, insbesondere unter Punkt 1, nämlich Transparenz herzustellen.

Wenn Sie sich einmal auf der Karte anschauen, wie die jetzt vorgeschlagenen Standorte über das Stadtgebiet verteilt sind, werden Sie feststellen, dass die Verteilung nicht sehr gleichmäßig erfolgt ist, um es einmal vorsichtig zu formulieren. In manchen Stadtteilen wird der Flüchtlingsanteil bei 25 Prozent liegen. Ich will an der Stelle überhaupt nicht sagen, dass wir deswegen dagegen sind. Ich meine nur, wir müssen die Menschen mitnehmen an dieser Stelle und ihnen klarmachen, warum bestimmte Flächen nicht infrage kommen.

Deshalb noch einmal die Frage an die Kollegin Gärtner: Sind wir beim Thema Transparenz und dem Mitnehmen der Öffentlichkeit und der Bevölkerung - das betrifft ja auch die Turnhallenfrage; dort, wo wir bestimmte Ergänzungen vornehmen, müsste man vielleicht als Erstes den Menschen vor Ort an einer anderen Stelle eine Erleichterung zukommen lassen - weit auseinander, oder sind wir da noch beieinander? - Danke.

Ursula Gärtner (CDU): Gestatten Sie, dass ich direkt darauf antworte. - Natürlich möchten wir Sozialverträglichkeit in den Veedeln. Aber wir müssen auch feststellen, dass nicht überall dort, wo wir weitere Standorte brauchen, diese auch errichtet werden können, weil dort keine Flächen zur Verfügung stehen bzw. weil es dort keine Angebote gibt. Hier geht es um temporäre Flüchtlingsunterbringung. Natürlich möchten wir Sozialverträglichkeit, aber es muss auch machbar sein.

Zu der von Ihnen angesprochenen Transparenz. Natürlich sind wir für Transparenz. Die Verwaltung legt doch in jeder Vorlage zu Flüchtlingsstandorten genau dar, wieso sie diesen Standort ausgewählt hat. Das ist für uns wichtig. Aber - ich habe es eben schon gesagt - wir möchten nicht, dass die Verwaltung „dicke Schinken“ von Berichten vorlegen muss, anstatt zu handeln. All diese Dinge halten so auf - gerade auch mit Blick auf den Personalbestand, den wir haben, auch wenn er schon aufgestockt worden ist. Das geht einfach so nicht. Wir möchten, dass gehandelt wird, und nicht, dass immer neue Berichte abgefasst und uns vorgelegt werden müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kollegin Frau Gärtner hat schon die wesentlichen Punkte genannt. Ich möchte hier noch einmal darauf hinweisen, dass wir in schöner Regelmäßigkeit von der Verwaltung eingeladen werden, und zwar alle Mandatsträgerinnen und -träger, und dort die entsprechenden Informationen bekommen, egal ob es sich um neue Standorte handelt, die die Verwaltung ausgewählt hat und uns vorstellen will, oder um Strategien, um Flüchtlinge unterzubringen. Das, was wir hier erfahren, ist also beileibe nichts Neues.

Zum Antrag der SPD. Wir lehnen diesen Antrag in allen Punkten ab. Zum Teil werden diese Punkte schon durch unsere Ratsbeschlüsse abgedeckt. Zum Teil ist es laufendes Geschäft der Verwaltung, wie zum Beispiel das Informieren, was die Verwaltung auch tut. Ich sehe jetzt keinen Handlungsbedarf in Sachen Verbesserung der Transparenz.

Sie fordern zum Beispiel, dass alle 31 Flächen noch einmal offengelegt werden sollen. Was soll der Schmu?

(Zurufe von der SPD)

- Darf ich bitte aussprechen? - Wenn die Verwaltung Flächen ins Auge fasst und sie prüft und sie dann für ungeeignet hält, macht es wenig Sinn, diese Flächen schon im Vorfeld öffentlich zu machen. Das macht auch die Bevölkerung jeck.

Die Verwaltung hat in ihrer Beschlussvorlage die 18 Flächen, die sie ernsthaft ins Auge gefasst hat, aufgeführt. Die Gründe, warum einige Flächen die Kriterien nicht erfüllen und deshalb nicht einbezogen werden, hat sie genannt. Sie hat sechs Flächen herausgenommen; heute wurde eine weitere Fläche zurückgezogen. Ich finde, jetzt sollten wir es der Verwaltung überlassen, die Flächen ordentlich zu prüfen und uns dann eine entsprechende Vorlage vorzulegen. Nur das macht Sinn. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben ein Problem: Es gibt ein tiefes, tiefes Misstrauen bei der SPD, weil die Flächen für die Flüchtlingsunterbringung im Wesentlichen rechtsrheinisch

geordert werden. Und diesen Fakt müssen wir schlicht und ergreifend aufklären. Dafür muss ein vernünftiges Gespräch geführt werden, in dem Herr Ludwig zum Beispiel die Situation konkret darstellt. So muss es laufen.

Ich möchte Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, darauf hinweisen: Vor Jahren, wo Sie hier an der Macht waren, hat die CDU gesagt: Alles muss öffentlich gemacht werden. - Da haben wir gesagt: Moment mal! Moment mal! Moment mal! - Allein durch Transparenz löst man gewisse Probleme meines Erachtens nicht.

Ich möchte Sie hier noch auf ein ganz anderes Problem hinweisen. Wir müssen Tempo machen, ja. Aber das eigentliche Problem ist die Durchlässigkeit der Systeme: von Turnhalle zu Leichtbauhalle, in Container, in Bauten in Systembauweise, in Wohnungen. Die Leute müssen Bildung und Ausbildung bekommen. Unser Problem ist die Durchlässigkeit. Die Leute müssen erkennen: Ich war jetzt ein halbes Jahr in der Turnhalle und bin jetzt einen Schritt weitergekommen usw.

Unser Problem ist nicht, ob wir jetzt dieses Grundstück nehmen oder ein anderes. Wir müssen erst einmal alle Grundstücke nehmen, und die Verwaltung muss prüfen, welches Grundstück infrage kommt und was dort konkret gebaut werden soll. Wir müssen darauf achten, dass möglichst wenig Leichtbauhallen errichtet werden und möglichst viel in Systembauweise gebaut wird. Auch das hängt vom Grundstück ab und nicht davon, ob die Verwaltung unwillig ist oder was auch immer. Meines Erachtens ist das eigentliche Problem die Durchlässigkeit.

In der nächsten Ratssitzung werden wir über die Mindeststandards für die Flüchtlingsunterbringung sprechen. Schade, dass sie nicht heute schon hier vorliegen. Sie enthalten einige Verbesserungen. Natürlich kann man da auch wieder sagen: alles schlecht und pipapo; ich sehe sie zum Teil auch kritisch. Aber - und dieses Aber ist für mich wichtig - in diesen Mindeststandards wird eine höhere Sozialarbeiterquote festgeschrieben, also wieder eine Verbesserung. Da müssen wir ansetzen. Darum geht es mir.

Ich sehe aber Möglichkeiten, an welcher Stelle wir dem SPD-Antrag entgegenkommen können, nämlich bei den Punkten 5 und 8. Damit müssen wir nicht das Amt 56, also das Amt für Wohnungswesen, beauftragen. Um Punkt 5 könnte sich zum Beispiel die Taskforce kümmern und um Punkt 8 die Schulverwaltung und das Sportamt.

In Punkt 5 des SPD-Antrags geht es um die Frage „unkonventionelle Wege“. Es ist zwar richtig, dass wir das hier schon beschlossen haben, aber es tut sich da nichts. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich hatte schon letztes Jahr die Möglichkeit einer Beschlagnahme angefragt. Oberbürgermeister Roters hat gesagt: Das will er nicht. - Also bitten wir jetzt Frau Reker, ob wir doch machen. - Deswegen: Punkt 5 könnte meiner Ansicht nach beschlossen werden.

Zu Punkt 8 wurde gerade gesagt: Das macht die Verwaltung schon, zum Beispiel Vorbereitungen treffen, dass die Turnhallen renoviert werden. Vielleicht lässt sich das Problem dadurch lösen, indem Sie sagen: Ja, das ist so. Das machen wir. Da sind wir dran. - Dann wäre das für mich geklärt.

Diese beiden Punkte des SPD-Antrags könnte man meiner Meinung nach beschließen. Damit würden wir nicht diese eine Abteilung der Verwaltung belasten, sondern es wären mehrere Abteilungen der Verwaltung damit befasst. Das wäre mein Vorschlag.

Wie gesagt: Lasst uns schauen, dass wir die Durchlässigkeit der Systeme hinbekommen. Das ist das Entscheidende. - Danke.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache es vom Platz aus. - Ich möchte auch gern die Verwaltung loben - ich kritisiere die Verwaltung manchmal auch, aber in diesem Fall möchte ich sie loben - und sagen: Ich freue mich darüber, dass sie diese Vorlage hier und heute einbringt. Ich bin wie alle Kollegen, auch wie der Kollege Paetzold, der Meinung: Wir brauchen vor allen Dingen schnelle Lösungen. Schnelligkeit ist gefragt. Deswegen bin ich dankbar.

Allerdings verstehe ich nicht, Herr Paetzold, warum die SPD, wenn sie doch auch für Schnelligkeit ist, einen Änderungsantrag einbringt, mit dem sie eigentlich nur Sand ins Getriebe streut und damit die Schnelligkeit verhindert.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das eine betrifft das Offenlegen der Prioritätenliste der Turnhallen. Auch dabei geht es um Schnelligkeit. Ich finde es ein bisschen schwierig, um es einmal so auszudrücken, dass gerade die SPD bei jeder Veranstaltung fordert: Die Turnhallen müssen freigeräumt werden, sie aber dann, wenn wir hier die Möglichkeit haben, mit einer Vorlage diesem Ziel näher zu kommen, auf einmal solche Schwierigkeiten macht. Das kann ich nicht nachvollziehen im öffentlichen Diskurs.

Das andere ist das Thema Sozialverträglichkeit. Ja, das sollten wir auch ansprechen. Aber da muss ich Herrn Detjen absolut recht geben: Das Thema Sozialverträglichkeit begleitet uns die ganze Zeit. Das Verfahren, wie diese Vorlage entstanden ist, ist genau dasselbe wie unter OB Roters.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung von Herrn Wiener.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Aufregung von CDU, Grünen und FDP über den SPD-Änderungsantrag ist natürlich nachvollziehbar aus ihrer Sicht, weil die SPD in ihrer neu gefundenen Rolle als Oppositionskraft diesmal treffsicher den Finger in die Wunde legt. Es ist ja in der Tat so - das sehen die meisten Bürger der Stadt so -, dass alle größeren Asylunterkünfte entweder im Rechtsrheinischen oder im Kölner Norden platziert werden, sodass man natürlich das Gefühl hat, gerade auch in den betroffenen Stadtbezirken, dass hier wieder bei den Schwachen noch zusätzliche Probleme abgeladen werden, während sich bestimmte Stadtteile im Westen und Süden fein heraushalten. Die Stadtverwaltung, die Stadtspitze könnte hier gegensteuern, wenn sie alle infrage kommenden Grundstücke transparent darstellen würde. Aber das will man nicht. Man will nicht, dass in der Stadtgesellschaft auch noch die Information ankommt, dass es Alternativen gegeben hätte, die aber aus welchen Gründen auch immer nicht in Betracht gezogen wurden.

Schauen Sie sich doch einmal das Stimmungsbild vor Ort an! Ich war letzte Woche in der Bezirksvertretung Chorweiler. Da gab es den einstimmigen Beschluss, dass der Standort für eine Leichtbauhalle in Roggendorf-Thenhoven für 400 Personen in unmittelbarer Nachbarschaft zur

Hochhaussiedlung in Mönchfeld - ein sozialer Brennpunkt, der sowieso am Kippen ist - völlig ungeeignet ist. Aber ich prophezeie Ihnen - das habe ich den Kollegen in Chorweiler auch schon prophezeit -, dass die herrschenden Fraktionen im Stadtrat darüber hinweggehen werden, eben weil man den Weg des vermeintlich geringsten Widerstandes geht und all diese Probleme bei den sowieso schon sozial Schwachen ablädt, weil man davon ausgeht oder vielleicht erhofft, dass die sich nicht so organisieren können, dass sie sich nicht eine Armada von Rechtsanwälten leisten können, die dagegen prozessieren, dass sie nicht so gute Connections in die lokalen Medien und in die Stadtverwaltung haben, wo man durch die Hintertür gewisse Probleme lösen kann.

Ich will hier wieder einmal das Beispiel Bonotel in Marienburg strapazieren. Da steht heute noch nichts. Da ist heute noch kein einziger Flüchtling untergebracht, obwohl man dort schon Millionen versenkt hat. Das ist ein Millionengrab. Da wird immer etwas Neues gefunden, warum man - leider, leider - da niemanden unterbringen kann. So ein Pech aber auch und welch Glück für die Anwohner in Marienburg! Aber das ist natürlich reiner Zufall, so wie vieles hier in Köln Zufall ist.

Die Menschen sind aber nicht so dumm, wie Sie das gerne hätten. Wenn Sie hier Verschwörungstheorien anprangern, dann gehen Sie doch in die Offensive. Stimmen Sie dem Antrag der SPD zu! Legen Sie transparent alle Standorte offen! Damit ließen sich alle angeblichen Verschwörungstheorien ganz leicht entkräften. Aber das wollen Sie nicht. Das können Sie nicht, weil Sie eine unsoziale Klientelpolitik betreiben, weil Sie eine Lobbypolitik betreiben für die Stadtteile, in der ihre Wählerschaft sitzt, auch wenn die inzwischen auch schon auf Wanderschaft ist. Jetzt wählen sie Sie noch. Schauen wir mal wie lange! Es gibt ja auch viele neue Parteien in Deutschland.

Meine Damen und Herren, pro Köln wird natürlich an all diesen Standorten, die Sie jetzt durchzupeitschen versuchen, eine Aufklärungs- und Informationskampagne durchführen. Gehen Sie einmal in die betroffenen Stadtteile und sprechen Sie mit den Menschen vor Ort. Sie glauben gar nicht, was für rote Ohren Sie da bekommen würden. Da ist eine Stimmung. Die Menschen haben durchschaut, -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Markus Wiener (pro Köln): - welche Politik Sie hier betreiben. Und die ist unsozial und nicht ausgewogen. Sie verstärken die soziale Schiefelage in der Stadt. Pro Köln wird dagegen massiv vorgehen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold hatte sich noch einmal gemeldet.

Michael Paetzold (SPD): Ich werde selbstverständlich nicht auf meinen Vorredner eingehen. Man kann sich nicht immer aussuchen, wer dem eigenen Änderungsantrag zustimmen will. Aber darum geht es jetzt nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber Sie haben hier jetzt Gelegenheit, sich zu distanzieren von dem Eindruck, dass man in die gleiche Richtung arbeitet.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Michael Paetzold (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich habe Sie jetzt nicht verstanden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe gesagt, Sie können sich hier jetzt distanzieren, dass Sie nicht in die gleiche Richtung arbeiten wie pro Köln, nämlich hier etwas verzögern wollen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Oder sie billigend in Kauf nehmen! - Gegenruf: Das ist ja unverschäm! - Weitere Zurufe)

Michael Paetzold (SPD): Darf ich auch etwas sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie hatten mich gefragt. Darum habe ich geantwortet.

Michael Paetzold (SPD); Ja, völlig richtig. Ich hätte das auch noch getan. Aber wenn das unklar war, will ich es für das Protokoll gerne noch einmal tun: Das ist sicher nicht die Linie der SPD-Fraktion. - Aber das dürfte den meisten hier im Saal auch bekannt sein.

(Beifall bei der SPD)

Weswegen ich mich eigentlich gemeldet habe - ich hatte mich übrigens bereits vor der Wortmeldung meines Vorredners gemeldet -, ist Folgendes: Ich wollte noch einmal Sie ansprechen, Frau Hoyer. Vielleicht habe ich mich nicht klar ausgedrückt; ich dachte eigentlich, ich hätte es gesagt. Meine Fraktion ist sehr, sehr, sehr dafür, dass die Turn- und Sporthallen schnellstmöglich freigezogen werden. Frau Hoyer, wenn Sie meinen, wir würden mit unserem Änderungsantrag verhindern, dass irgendwo eine Leichtbauhalle nicht schnell genug gebaut werden kann, dann sagen Sie mir das. Dann werden wir den Antrag dahin gehend ändern. Aber ich finde nirgendwo in unserem Antrag einen Anhaltspunkt dafür, dass wir den Bau von Leichtbauhallen und anderen Unterkünften verzögern. Wenn dem so sein sollte, bin ich, wie gesagt, gerne bereit, unseren Antrag zu ändern. Aber Sie müssten mir das bitte schon sagen.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, möchten Sie entgegenen? - Nein.

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, will ich, bevor ich das Wort an die Kämmerin gebe, noch einige Sätze dazu sagen. Meine Damen und Herren, Sie stellen für die Verwaltung unerfüllbare Kriterien auf. Das, was hier beschlossen worden ist, finde ich gut, dass nämlich die Flüchtlinge nicht in Zelten untergebracht werden, so wie es in den Städten im Umkreis ist.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

Ich würde mir auch viel mehr Bestandsgebäude wünschen. Die müssten aber erst umgebaut werden. Das ginge aber, wenn man denn solche Objekte findet, nicht so schnell wie die Unterbringung in Turnhallen. Das ist Ihnen auch klar.

Es ist auch so, dass Sie als Vorsitzender des Sozialausschusses - Herr Paetzold, ich möchte Sie persönlich ansprechen - das Verfahren der letzten Jahre kennen.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen und der FDP - Martin Börschel [SPD]: Was ist denn da unerfüllbar?)

Sie kennen die rechtlichen Voraussetzungen für die Beschlagnahme, und Sie wissen auch, dass Turnhallen schneller zu belegen sind als ein Bestandsobjekt. Wir können auch keine freien

Grundstücke schaffen, wenn es keine freien Grundstücke gibt.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir leiden leider schon seit längerer Zeit unter den Rahmenbedingungen, die wir hier in dieser Stadt vorfinden, und zwar alle miteinander.

Und: Es gab Zeiten, da wurde nicht nur die Intransparenz bemängelt zu Vorlagen der Verwaltung, sondern auch zu dem, was die Verwaltung erarbeitet hatte, bevor es in eine Vorlage gegossen wurde.

Ich möchte jetzt das Wort an die Kämmerin weitergeben.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von Martin Börschel [SPD])

- Nicht für mich. Ratsvorlagen unterschreibt nicht die Sozialdezernentin, Herr Börschel, wie Sie wissen.

Beigeordnete Gabriele C. Klug: Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die klärenden Worte eben. Ich kann unmittelbar daran anknüpfen; denn ich habe den Vorzug, jetzt seit knapp einem Jahr den jeweils amtierenden Hauptverwaltungsbeamten im Bereich Soziales, Integration und Umwelt zu vertreten. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass diese Verwaltung vor allem eines geschafft hat - ich glaube, alle Demokraten in diesem Raum sind sich da einig -: Wir haben es geschafft, im Zeitraum zwischen Oktober 2015 bis Ende Januar 2016 roundabout 5.000 Menschen in dieser Stadt so unterzubringen und zu versorgen, dass man von menschenwürdig, wenn auch auf sehr niedrigen sozialen Standards reden kann.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Heiner Kockerbeck [DIE LINKE.]

Wir haben diese Linie durchgehalten in allen Zeiten, in denen die öffentliche Meinung mal hoch, mal runter ging. Wir haben sie durchgehalten, als wir als Stadt Köln sehr auf uns alleingestellt waren, weil weder die Prognosen des Bundes noch des Landes uns in die Lage versetzt haben, das zu tun, was wir eigentlich immer wollten, nämlich eine vorausschauende Planung für diesen Bereich.

Wir haben in dieser Zeit eine Strategie entwickelt, die es uns erst ermöglicht hat, gleichmäßig und ruhig mit den Ressourcen zu Ergebnissen zu kommen, die wir zur Verfügung hatten. Das haben wir in der Vier-Phasen-Strategie zum Ausdruck gebracht. Diese beinhaltet, dass wir zwei Phasen haben, in denen wir vorübergehend unterbringen, und um diese Phasen geht es jetzt bei dieser Vorlage. Es geht nicht um die dauerhafte Unterbringung. Es geht nicht darum, zu welchem Anteil Flüchtlinge in der Wohnbevölkerung von neu zu errichtenden dauerhaften Wohnbauten eine Rolle spielen. Das werden Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit der Unterstützung der gesamten Verwaltung dann diskutieren und entscheiden, wenn es um das Flächenkonzept Wohnen geht.

Das Stadtentwicklungskonzept Wohnen beinhaltet eine Flächenzuweisung, die die Verwaltung kennt und die sie bei Flächen, die für die Errichtung dauerhafter Wohnimmobilien geeignet sind, natürlich einbezogen hat. Selbstverständlich sind in die Vorprüfung der Ihnen heute zugestellten Unterlagen nicht solche Flächen eingegangen, die geeignet sind für die Phasen 3 und 4 - das hatten wir von Anfang auch so gesagt -, sondern wir haben Ihnen eine Vorlage vorgelegt, in der wir sehr transparent gemacht haben, welche Flächen wir nach den Kriterien für bestimmte Unterbringungsmöglichkeiten im Stadtgebiet für verträglich halten und welche nicht, wie gesagt, mit dem einen Fehler, dass eine Fläche dort eingegangen ist, die nach den Regeln, die wir haben, dort nicht hätte eingehen dürfen.

Zum Thema Transparenz möchte ich darauf verweisen, dass diese gebündelte Vorlage - wir bündeln nämlich im Moment, um Prozesse aus ihrer Einzigartigkeit heraus und vor die Klammer zu ziehen, damit wir rationalisiert, gebündelt und rational besser vorankommen - transparent macht, wie die Verwaltung vorzugehen gedenkt. Es ist ja Aufgabe der Verwaltung, Ihnen einen Handlungsansatz vorzulegen, der es uns auch ermöglicht, möglichst schnell Vorlagen einzubringen, Vorlagen, die Einzelvorlagen sind, zu denen beschlossen werden kann, was die Errichtung der Baulichkeiten anbelangt. Das heißt: Wir haben ein zweistufiges Verfahren. Mit Beschluss der heute eingebrachten Vorlage geben Sie die von der Verwaltung vorgeschlagenen Flächen für die weitere einzelfallbezogene Prüfung frei. Danach werden wir bezüglich der ausgewählten Flächen mit einer gebündelten Vorlage auf Sie zukommen, weil es die feste Absicht der Verwaltung ist, aus Gründen der Rationalisierung die Flächen zusammenzuziehen und möglichst

schnell vorzulegen, wo wir wissen: Es geht baulich. Und: Es geht auch, weil wir es so einschätzen, dass im Rat eine überwiegende Mehrheit diesen Vorlagen zustimmen kann und dass auch die Voraussetzungen im Bezirk gegeben sind.

Wir hoffen, dass wir zum Herbst fünf, sechs Flächen haben, die im Vorgriff auf weitere Flächenakquise und auf die Umsetzung der Gesamtvorlage in die tatsächliche Freigabe gehen können; denn mit der Vorlage, die Sie heute entscheiden, haben Sie nichts weiter getan, als der Verwaltung einen Prüfauftrag zu geben. Das wollten aber alle so haben, damit die Verwaltung in einer Bandbreite tätig wird, die der Rat gesteuert hat. Deswegen haben wir ein zweistufiges Verfahren. Mir wäre es natürlich viel lieber gewesen, ich hätte das in Beratung mit der Taskforce und der Oberbürgermeisterin ganz allein entscheiden können. Dann wären wir heute einen Schritt weiter, vielleicht schon zwei Schritte weiter.

Aber - und das ist zu Recht gesagt worden - wir brauchen das Mitnehmen der Bevölkerung, und genau das wollen wir sicherstellen mit unserem zweistufigen Verfahren, was aber immer noch darauf zielt, dass wir möglichst schnell auch tatsächlich zu eröffnende Bauten haben, egal ob das in Phase 1 und 2 Leichtbauhallen oder Containerbauten sind. Das wird sich genau nach der Belegung der jeweiligen Liegenschaft entscheiden. Im Grundsatz wird es immer darum gehen, Einrichtungen zu eröffnen, die dem Konzept großer Einrichtungen im Sinne der Blaupause, die hier diskutiert worden ist, entsprechen.

Ich möchte an dieser Stelle vor allem darauf hinweisen, dass wir bereits angefangen haben, die Prozesse zu verschränken. Das gilt nicht nur für die Frage: Wann werden welche Schulturnhallen freigegeben, und wie werden die saniert? Selbstverständlich hat sich die Verwaltung unmittelbar im Zusammenhang mit der Erstellung dieser konsensfähigen Liste zum Räumen der Schulturnhallen, die wir vorgelegt haben, auch der Frage beschäftigt: Wie lange brauchen wir, um welche Schulturnhallen freizugeben wegen der Sanierungsbedarfe, die wir haben?

Selbstverständlich arbeitet die Verwaltung daran, weil sie Ziele erreichen will. Das ist, glaube ich, heute von meinem Kollegen zur Rechten schon einmal gesagt worden. Wir arbeiten vollkommen unabhängig, weil wir Verwaltungsziele haben, die wir erreichen müssen, damit dieser Laden „Stadt Köln“ weiterlaufen kann. Das ist unser Beitrag zu der großen Geschichte.

Das bedeutet im Bereich Flüchtlinge und Freiräumen von Schulturnhallen, dass wir möglichst schnell Alternativen bauen. Wir wissen aber jetzt schon, dass es damit nicht getan sein wird, sondern das wird erst der Fall sein, wenn die Schulturnhallen tatsächlich wieder zur Verfügung stehen, also einschließlich notwendiger Sanierungsarbeiten. Das haben wir im Blick, und das wird auch in der Taskforce so geregelt, so besprochen und ist auch Gegenstand unserer Arbeit dort.

Gleiches gilt natürlich auch für die Verschränkung von Prozessen bezüglich der Flächen, von denen wir glauben, dass sie möglichst schnell zu belegen sein müssen. Selbstverständlich haben wir mit Freigabe der Flächenvorlage an Sie auch unmittelbar damit begonnen, für einen Teil der Flächen Baueignetheitprüfungen durchzuführen.

So viel zur Information und zur Transparenz heute. Ich hoffe, dass ich dazu beitragen konnte, den Kontext der Vorlage, die ja nur ein Teilschritt, einen Zeitpunkt in einem Prozess darstellt, zu erläutern. Selbstverständlich werden wir mit weiteren Flächenvorlagen auf Sie zukommen; denn mit dieser Vorlage hier ist das Geschäft der vorläufigen Unterbringung nicht beendet. Wir müssen roundabout 4.000 Leute aus den Schulturnhallen herausholen, und wir müssen alle Hebel dafür in Bewegung setzen. Das sieht aber auch die Verwaltung so. Deswegen ist das ein Schritt, dem weitere Schritte folgen werden. Sie werden ähnliche Flächenvorlagen wie in der Vergangenheit auch - so wurde mir berichtet - natürlich hier im Rat vorgelegt bekommen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Es ist hier heute wieder das Stichwort „Bonotel“ genannt worden. - Ich weiß, dass ich gerade in die falsche Richtung schaue; eigentlich müsste ich in die andere Richtung schauen. - Offenbar ist selbst das, was auf Basis von ganz normaler Zeitungslektüre eindeutig geklärt sein sollte, immer noch unklar. Deshalb sage ich hier noch einmal: Der Erwerb des Bonotels zur Errichtung einer Einrichtung zur Flüchtlingsunterbringung war der wirtschaftlichste Weg unter den besonderen Rahmenbedingungen, die rund um dieses Gebäude erfüllt waren. Das ist anhand der Kosten- und Leistungsrechnung im 7. Flüchtlingsbericht dargelegt worden. Dem hat sich auch die Fachöffentlichkeit angeschlossen; das hat sie auch öffentlich kundgetan. Deswegen möchte ich es an dieser Stelle nicht unwidersprochen lassen, wenn hier behauptet wird, das Bonotel sei reine Geldverschwendung. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei Teilen der CDU und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Das haben wir inzwischen auch rechnerisch nachvollziehbar dargelegt.

Ich möchte noch einmal besonders unterstreichen: Wir haben ein Flüchtlingscontrolling - das machen wir auch transparent in jedem integrierten Flüchtlingsbericht, den die Verwaltung in monatlichen Abständen vorlegt -, das auch ein Finanzcontrolling beinhaltet. Das zeigt die Anstrengungen, die diese Verwaltung mit allen ihren Bereichen zur Lösung dieser großen humanitären Aufgabe im Moment leistet. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass diese Verwaltung und wie diese Verwaltung leistungsfähig ist, und zwar indem sie zusammenarbeitet, um Ziele zu erreichen - in diesem Fall die Flüchtlingsunterbringung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken sowie bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Hegenbarth.

(Zuruf: Was?)

Thomas Hegenbarth (Piraten): Nur ganz kurz. Ich werde auch hier Ihre Konzentration nicht zu sehr strapazieren. Aber ich bitte darum, zur Kenntnis zu nehmen, dass vor der Ratssitzung hier draußen vor der Tür die freiwilligen Flüchtlingshelfer demonstriert haben. Sie haben nicht ganz so ein positives und rundes Bild von der Arbeit der Stadtverwaltung in dieser Sache. Ich bitte auch mit denen stärker in Kontakt zu treten. Ich will gar nicht die Objekte einzeln aufzählen, die wirklich sehr kritisch gesehen werden. Darüber hinaus hat es gestern im Landtag das Treffen der Stadt- und Kreisschulpflegschaften gegeben. Diese haben der Stadt Köln ebenfalls ein ganz schlechtes Zeugnis ausgestellt, sie sogar mit an die letzte Stelle gesetzt. Ich bitte das, bei aller Kritik, schon auch objektiv zu sehen.

Zum Antrag der SPD. Dem werden wir nicht zustimmen. Wir glauben auch, ähnlich wie die Linken, dass hier ein falscher Schwerpunkt gesetzt wird. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über Tagesordnungspunkt 10.29.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD, und zwar in zwei Tranchen: zuerst über die Punkte 5 und 8 und dann über den Rest. Anschließend lasse ich den Änderungsantrag insgesamt abstimmen.

Abstimmung über die Punkte 5 und 8. Wer wünscht, dafür zu stimmen? - Das sind die SPD, zwei Ratsmitglieder der AfD, pro Köln und die Linken. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

Abstimmung über die übrigen Punkte des Änderungsantrags der SPD. Wer ist dafür? - Die SPD, zwei Ratsmitglieder der AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das abgelehnt.

Abstimmung über den Änderungsantrag insgesamt.

(Martin Börschel [SPD]: Brauchen wir nicht! Ist ja abgelehnt!)

- Brauchen wir nicht, hat sich erledigt. Okay.

Dann lasse ich über die Verwaltungsvorlage abstimmen, und zwar ohne das Grundstück, das darin unter o) aufgeführt ist: Bensberger Marktweg in Köln-Dellbrück; zu Ihrer Erinnerung: Das war herausgenommen worden. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Die SPD enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe jetzt Tagesordnungspunkt 10.30 auf:

10.30 Betrauung der moderne stadt GmbH mit der Revitalisierung der Porzer Innenstadt 1860/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.31:

10.31 Neubau eines Naturwissenschaftshauses für die Gesamtschule Holweide, Burgwiesenstr. 125, 51067 Köln; Bauabschluss 1037/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.32:

10.32 Errichtung eines Erweiterungsbaus für das Kaiserin-Augusta-Gymnasium, Georgsplatz 10, 50676 Köln; Baubeschluss 1513/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.33:

10.33 Errichtung von Erweiterungsbauten am Gymnasium Nachtigallenstr. 19 - 21 und der Realschule Albert-Schweitzer-Str. 8 sowie eines gemeinsamen Mensagebäudes, 51147 Köln (Porz-Wahn) 1722/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.34:

10.34 Änderung des Rettungsdienstbedarfsplans der Stadt Köln 1744/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.35:

10.35 Sicherheit im öffentlichen Raum in Köln hier: Beitritt zum Europäischen Forum for Urban Security (EFUS) und Deutsch-Europäischen Forum für urbane Sicherheit (DEFUS) 1959/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.36:

10.36 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB): Jahresabschluss 2015 1728/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.38:

10.38 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2015 2043/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.39:

10.39 Wirtschaftsplan der Bühnen der Stadt Köln für die Spielzeit 2016/17 1903/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der AfD. Enthaltungen? - Pro Köln. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.40:

10.40 Sicherung des Bühneninterims für Schauspiel und Oper Köln 2092/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - AfD und pro Köln. Enthaltungen? - Die Piraten enthalten sich. Dann ist das bei Enthaltung der Piraten und mit Gegenstimmen von AfD und pro Köln so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.41:

10.41 Bedarfsfeststellung über die Ausschreibung eines Rahmenvertrages von Dienstleistungen zum Bewachen von Baken / Absperrungen im Kölner Stadtgebiet und sonstigen Dienstleistungen 1656/2016

Wortmeldungen? - Herr Börschel, bitte.

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte wie gestern im Finanzausschuss ankündigen, dass wir uns bei dieser Vorlage enthalten werden.

Zum einen setzt sie unverändert die Bedarfsfeststellung wie in früheren Jahren fort, obwohl neuere Erkenntnisse aus unserer Sicht Anlass gegeben hätten, zu überprüfen, ob es besser wäre, bei größeren Veranstaltungen und Lagen statt eines Subunternehmers, sozusagen einer beauftragten Unterfirma, gut ausgebildete originäre Kräfte des Ordnungsamtes einzusetzen.

Zweiter Grund für unsere Enthaltung an dieser Stelle ist, dass Kriterien für die Qualitätssicherung, die von der zu beauftragenden und noch zu suchenden Firma zu erfüllen sind, aus unserer Sicht hätten besser und deutlicher festgelegt werden müssen. Ich erinnere an die Ausschreibung für den Dienst in der Silvesternacht, die als einzige Einstellungsvoraussetzung für noch zu findende Kräfte „warme Kleidung und das Beherrschen der deutschen Sprache, wenigstens mittelmäßig“ eingefordert hatte.

Soweit diese beiden Punkte nicht berücksichtigt sind, würden wir uns enthalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Wir hatten gestern im Finanzausschuss wenig Gelegenheit, darüber zu sprechen, weil es noch Beratungsbedarf gab, dem man nachkommen wollte. Deshalb ist das nun ohne Votum im Rat. Die Ausführungen von Herrn Börschel machen mich aber jetzt doch sehr aufmerksam. Deshalb hätte ich gerne eine Stellungnahme der Verwaltung dazu. Wenn das zutreffend sein sollte, können wir das natürlich heute nicht beschließen, bevor es aufgeklärt ist. Das ist ja schon gravierend, was Herr Börschel hier anführt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das Wort hat der Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe im Finanzausschuss gestern schon zugesagt, dass wir die Frage der Qualitätskriterien, die Herr Börschel auch schon im Finanzausschuss angesprochen hatte, in dieses Verfahren aufnehmen werden. Deshalb: Die Zusage gilt unverändert.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Herr Stadtdirektor, ich hätte noch eine Nachfrage, auch weil die Sache ziemlich dringend ist. Wie weit sind wir denn mit dem Besetzungsverfahren der 100 zusätzlichen Ordnungskräfte? Sie hatten uns signalisiert, dass

die eigentlich schon alle an Bord sein könnten. Ist das so, oder dauert es noch eine Zeit, bis tatsächlich alle eingestellt sind? - Vielen Dank.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Petelkau, auch hier kann ich auf das verweisen, was schon im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen von Herrn Kollegen Rummel gesagt worden ist.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Da ist aber Herr Petelkau Vorsitzender, oder?)

- Richtig. - Herr Rummel hat im AVR ganz deutlich gesagt, dass er davon ausgeht, dass er bis Herbst, sprich viertes Quartal, diese 100 Kräfte eingestellt haben wird. Die Nachfrage ist groß. Er hat aber auch deutlich gemacht: Die Nachfragenden haben manchmal eine etwas andere Eigenwahrnehmung und Eigenbeurteilung als wir. Wir müssen da auf Qualität achten. Wenn die Menschen eingestellt worden sind, werden wir sie auch nachschulen müssen. - Diese Zusage von Herrn Rummel - sie ist ja schon einmal zitiert worden - kennen Sie auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich will noch einmal nachfragen, weil ich, offen gestanden, unseren Beschluss im Finanzausschuss, das wegen dieser beiden offenen Fragen ohne Votum in die heutige Sitzung zu geben, so verstanden hatte, dass die Verwaltung ihre Vorlage ändern oder ergänzen würde. Wenn ich das missverstanden haben sollte, dann noch einmal zur Klarstellung: Ich gehe nach Ihren Äußerungen, Herr Stadtdirektor, jetzt von Folgendem aus:

Erstens. Es werden über die heutige schriftliche Vorlage hinaus einem noch zu findenden Subunternehmen klarere Qualitätsanforderungen an dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Hand gegeben, als es bisher der Fall war, im Sinne von qualitativvoller Ausführung dieser Aufgabe.

Zweitens. Die Stadtverwaltung wird unabhängig von dem Rahmenvertrag, der ausgeschrieben wird, sicherstellen, dass für Großlagen und für komplizierte Lagen, beispielsweise Brückensperren und Brückenüberprüfungen, in jedem Fall ausreichend qualifiziertes Personal eingesetzt

wird, vorzugsweise eigene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes der Stadt Köln, die überdies natürlich auch entsprechend ausgerüstet sein müssen. Habe ich das richtig verstanden?

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Börschel, ich fange mit dem letzten Punkt an. Es ist immer so gewesen, dass Dienstleister, die für uns Funktionen übernehmen, von unseren Leuten gesteuert werden. Wir brauchen diese Dienstleister an der Stelle, um für solche Aufgaben nicht unser Personal einsetzen zu müssen, das wir an anderer Stelle brauchen. Diese Kräfte sind eine Verstärkung für unser eigenes Personal. Deshalb müssen sie natürlich entsprechend gesteuert werden. Das ist auch in der Vergangenheit so gewesen, auch in der Nacht vom 31. Dezember 2015 auf den 1. Januar 2016. - Punkt eins.

Der zweite Punkt. Wir werden das in diesen Vertrag einbringen. Wir brauchen jetzt von Ihnen die Ermächtigung, die Ausschreibung vornehmen zu können. Wir sind in der Lage, das noch zu präzisieren. Das hatte ich gestern zugesagt, und das wird auch passieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Börschel, noch einmal.

Martin Börschel (SPD): Erlauben Sie mir - das ist uns schon wichtig an der Stelle, Frau Oberbürgermeisterin und Herr Stadtdirektor -, hier noch einmal nachzuhaken. Die Silvesternacht 2015/2016 bezogen auf die eingesetzte Firma, insbesondere an der Hohenzollernbrücke, als Referenz für gelungenes Handeln zu sehen, das würde ich für außerordentlich falsch halten.

(Stadtdirektor Guido Kahlen: Nein, das habe ich doch gar nicht gesagt!)

- Wenn ich Sie da missverstanden haben sollte, Herr Stadtdirektor, in Ordnung. - Es geht aber ausdrücklich darum, kritisch zu überprüfen: Wo machen eigene Kräfte mehr Sinn als Fremdkräfte? Wenn dies mit dem sehr klaren Fokus „im Zweifel eigene und nur dort, wo eindeutig unproblematisch und steuerbar, auch mal Subkräfte“ passiert, wären wir einverstanden. Aber diese Priorisierung wäre uns schon wichtig.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Börschel, ich habe nicht die Silvesternacht als erfolgreich bezeichnet. Ich habe gesagt, dass es uns zahlenmäßig gelungen ist, entsprechende Kontingente - ich glaube, es waren 22 Personen von unserem Ordnungsdienst und knapp 70 Personen von einem Dienstleister - einsetzen zu können. Ich habe gesagt: Auch da war eine entsprechende Steuerung für diesen Dienstleister notwendig. Mehr habe ich dazu nicht gesagt. Generell: Wir müssen ja an vielen Stellen Dienstleister einsetzen, die selbstverständlich gesteuert werden.

Zu Ihrer Frage: Was müssen wir mit eigenem Personal und was mit Fremdpersonal bestreiten? Das zu entscheiden, hat immer damit zu tun: Wo brauchen wir die eigene Kompetenz? Ich füge bewusst hinzu: Das zusätzliche rechtliche Handeln von Ordnungskräften können wir auf zivile Kräfte nicht übertragen. Deshalb gibt es immer eine klare Trennung der entsprechenden Kompetenzen. Kompetenzen, die in den hoheitlichen Bereich fallen, können nur von unseren eigenen Kräften ausgeübt werden.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist doch jetzt Ausschussarbeit!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Ja, in der Tat: Wir machen hier jetzt Ausschussarbeit, wie von der FDP angemerkt. - Wir sind ein bisschen verwirrt, was hier tatsächlich beschlossen werden soll.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Die Vorlage!)

Welche Änderungen schlägt die SPD vor? Wir hätten ganz gern, dass der Halbsatz im Beschlusstext „...und verzichtet auf den Vergabevorbehalt“ gestrichen wird. Dann könnten wir es noch einmal sehen. Wenn dem entsprochen werden kann, würden wir dieser Vorlage ansonsten unverändert zustimmen.

(Martin Börschel [SPD]: Moment! Mit den Maßgaben!)

- Mit den Maßgaben.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Deshalb wollen wir den Vergabevorbehalt streichen!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde den Herrn Stadtdirektor noch einmal bitten, zu erläutern, was passiert, wenn wir den Verzicht auf den Vergabevorbehalt streichen.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Das bedeutet im Ergebnis, dass wir das aus Zeitgründen möglicherweise in Form einer Dringlichkeitsentscheidung machen,

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das ist mir klar! Das ist mir vollkommen in Ordnung!)

damit wir diesen Auftrag entsprechend der Rahmenbedingungen vergeben.

(Ulrich Breite [FDP]: Kein Problem! -
Martin Börschel [SPD]: Dann war das eine gute Idee!)

Ich höre: Gar kein Problem! Nur: Dann bitte per Dringlichkeitsentscheidung, damit ich das im Zweifel auch außerhalb des Sitzungsturnus veranlassen kann.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, können wir abstimmen über die Verwaltungsvorlage mit der Streichung des letzten Halbsatzes der Beschlussvorlage „... und verzichtet auf den Vergabevorbehalt“ und den mündlichen Erläuterungen des Stadtdirektors zur qualitätsvolleren Ausschreibung zum Bewachen von Baken. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Bei Enthaltung der gesamten AfD ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.42 auf:

**10.42 moderne stadt Gesellschaft zur Förderung des Städtebaues und der Gemeindeentwicklung mbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages
1931/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gegenstimmen? - Auch nicht. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.43:

**10.43 AWB Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH; Änderung des Gesellschaftsvertrages
1990/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.45:

**10.45 Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH (WSK), Änderung des Gesellschaftsvertrages
2014/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.47:

**10.47 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Änderung des Gesellschaftsvertrages
2057/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.48:

**10.48 Weiterplanungs- und Baubeschluss zur nutzungsunabhängigen Haldenstabilisierung des Kalkbergs, 1. Abschnitt
1992/2016**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1190/2016**

Die erste Wortmeldung kam von Herrn Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! In der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse wurde unser Antrag weiterverwiesen. Diesen Antrag möchten wir zur hier jetzt vorliegenden Beschlussvorlage stellen. Die Verwaltung beantragt eine nutzungsunabhängige Sanierung. Eine Sanierung des Kalkberges ist ohne Zweifel nötig; wir haben das in der Vergangenheit ausführlich diskutiert. Sie ist auch zeitlich sehr dringend; es ist Gefahr im Verzug. Daran gibt es keinen Zweifel. Jedoch stellen wir mit unserem Antrag die Frage, welche Alternativen es zur bestehenden Sanierung gibt. Wir möchten, dass die Verwaltung schnellstmöglich unterschiedliche Alternativen der Sanierung darstellt, die eine unterschiedliche Reichweite aufweisen sollten.

Eine nutzungsunabhängige Sanierung, wie in der Beschlussvorlage der Verwaltung formuliert, halten wir nicht für erforderlich. Im Gegenteil, das Projekt Kalkberg ist nach unserer Auffassung zu beenden. Es ist nicht sicherzustellen, dass der Berg jemals sicher betrieben werden kann. Vielmehr besteht die große Gefahr, dass diese Sondermülldeponie nicht beherrschbar ist und zu einem Fass ohne Boden mit unbeherrschbaren Risiken wird, abgesehen davon, dass, wie die Linke von jeher argumentiert hat, die umliegenden Stadtviertel unzumutbaren Lärmbelastigungen ausgesetzt sind.

Deshalb stellen wir den Antrag, die Verwaltung möge Alternativen darstellen, damit für den Rat transparent ist: Welche Sanierung wäre nötig, wenn es sich beim Kalkberg in Zukunft lediglich um eine Freizeitanlage handelt? Zudem hat die Bürgerinitiative Kalkberg selbst einen Vorschlag gemacht, der von einem Rückbau der bestehenden Anlage, der Betriebsstation, ausgeht. Diesen Vorschlag würden wir gern in die Prüfung der Verwaltung mit einbezogen haben.

Zur Suche nach weiteren Alternativstandorten werden wir im nichtöffentlichen Teil einen Änderungsantrag stellen. Wir möchten gern, dass beim Projekt Messeparkhaus die Möglichkeit geprüft wird - das soll auch in der Beschlussvorlage verankert werden -, auf dem Dach des Messeparkhauses eine Hubschrauberbetriebsstation einzurichten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Linken)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächsten habe ich Herrn Scholz auf der Rednerliste.

Tobias Scholz (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bis gestern Abend bin ich davon ausgegangen, dass das Kalkberg-Desaster den Tiefpunkt erreicht hat und es nicht mehr schlimmer kommen kann. Leider geht es in Köln immer schlimmer.

Gestern wurde in der *WDR-Lokalzeit* berichtet: Aktuell müssen Gutachter des Umweltamtes erst einmal klären, wie toxisch das Innere des Kalkbergs wirklich ist, auch weil es bei Bohrungen seltsame, unerklärliche Gerüche gab, die nicht den bisher gefundenen Giftstoffen zuzuordnen sind. Bevor man diese Klärung vornehmen kann, müssen aber zunächst Kampfmittelexperten die Chemihalde nach Blindgängern aus dem Zwei-

ten Weltkrieg absuchen. - So ein Sprecher der Stadt Köln.

Ich frage mich: Warum geschah dies nicht vor Baubeginn? Es war doch sicherlich bekannt, dass sich auf dem Kalkberg eine Flakstellung der Deutschen Wehrmacht befand. Bisher bin ich immer davon ausgegangen, dass, bevor für Millionen gebaut wird, der Baugrund auch nach Giften und Weltkriegsblindgängern abgesucht wird. Jedoch nicht in Köln. Hier lässt die Berufsfeuerwehr erst einen Hangar für 13 Millionen Euro für Rettungshubschrauber errichten. Dann gerät dieser durch eine nicht ausreichend überprüfte Baugrundtragfähigkeit in Schiefelage. Infolge dessen wird ein Sanierungskonzept erstellt, um diese Schiefelage zu beseitigen. Letztendlich stellt man fest, dass die gekaufte Chemihalde hochgiftig ist und eventuell Blindgänger enthält, die eine direkte Sanierung verhindern. Und doch wird weiterhin am Bauprojekt festgehalten.

Im aktuellen Gutachten vom 19. Mai 2016 zur Thematik Kalkberg, beauftragt von der Berufsfeuerwehr, werden der statische Zustand des Kalkbergs beurteilt und entsprechende Sanierungsempfehlungen gegeben. Es wird darauf hingewiesen, dass in einigen Bereichen des Berges der Kalkschlamm sehr weich ist und auf mehr als 100 Jahre signifikante und dauerhafte Setzungen zu erwarten sind. - So weit, so gut. Keine wirklich überraschenden Neuigkeiten. Jedoch wird im Fazit des Gutachtens wiederum explizit darauf hingewiesen, dass nach einer entsprechenden Sanierung einer Inbetriebnahme der Rettungshubschrauberbetriebsstation auf der ehemaligen Mülldeponie nichts im Wege steht, eine sehr ambitionierte Aussage, die auch impliziert, dass die zu erwartenden Setzungen keine Auswirkungen auf den Hangar der Hubschrauberstation haben werden, und das auf mindestens 100 Jahre.

So geht das nun schon seit vielen Jahren: alles kein Problem, und das trotz der Tatsache, dass es sich beim Kalkberg zunehmend um eine toxische Blackbox handelt und er dringender denn je saniert werden muss. Aktuell wird von 7,6 Millionen Euro Sanierungskosten gesprochen. Jetzt frage ich mich bezogen auf die eingebrachte Beschlussvorlage, ob und warum diese nutzungsunabhängige Haldenstabilisierung tatsächlich alternativlos ist. Es gibt beispielsweise, wie eben erwähnt, die Alternative einer kostengünstigeren und nutzungsunabhängigen Haldensanierungskonzeption der Bürgerinitiative Kalkberg. Die Konzeption der BI umfasst unter anderem die Abtragung der oberen Haldenauflast inklusive Abriss der Hubschrauberstation. Das abgetrage-

ne Material könnte verwendet werden, um die Böschungen abzuflachen und die weichen Kalkschichten abzudecken. Da keine Unmengen an zusätzlichem Material angefahren werden müssten, wäre die voraussichtliche Kostenersparnis entsprechend hoch, nämlich im Millionen-Euro-Bereich.

Aktuell stehen daher folgende Fragen zur Debatte: Warum wurde die Chemiehalde nicht vor Baubeginn, also schon vor einigen Jahren, auf Gifte und Bomben abgesucht, unabhängig von der Frage, warum man diese Gifthalde jemals kaufte und unter welchen Umständen? Warum wurde keine Sanierungsvariante ohne Rettungshubschrauberstation als Alternative vorgelegt, um heute zumindest zwischen zwei Varianten entscheiden zu können? Warum wird dem Rat der Stadt bis heute kein alternativer Standort für die Rettungshubschrauberbetriebsstation vorgelegt, obwohl es diesen Auftrag per Ratsbeschluss seit 15. Dezember 2015 gibt?

Entsprechend fordern Deine Freunde, eine Sanierungsvariante vorzulegen, die einen sofortigen und endgültigen Baustopp und den Abriss der errichteten Hubschrauberstation umfasst, auch um jegliche Gesundheitsgefährdung für die Anwohnerschaft auszuschließen, nach erfolgter Sanierung des Kalkbergs jede Bautätigkeit auf dem Kalkberg zu unterlassen, also auch keine Aussichtsplattform auf einer ehemaligen Giftmüllhalde für die Kölner Bevölkerung zu errichten, und alle mit der Baustelle und der Sanierungsmaßnahme für den Kalkberg verbundenen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten innerhalb der Verwaltung umgehend aufzuheben. Das heißt auch, dass der Projektleiter Herr Kahlen von der Baumaßnahme abgezogen wird. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Deine Freunde)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold, bitte.

Michael Paetzold (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Verehrter Kollege von den Freunden! Ich glaube, Sie haben hier Äpfel mit Birnen verglichen. Ich versuche, das einmal aufzuklären.

Sie reden von toxikologischen Problemen. Ja, man konnte in der *Lokalzeit* in der Tat hören, dass es da Probleme geben könnte. Ich habe dort aber auch Lösungsansätze gehört. Das haben Sie uns verschwiegen.

Wir reden heute von einer nutzungsunabhängigen Haldensanierung. Das können Sie schon dem Titel der Vorlage entnehmen. Wenn Sie sich das Gutachten durchgelesen haben, dann haben Sie dort auch auf den Terminus technicus „Gefahr in Verzug“ gefunden. Ich glaube, das ist ein juristischer Terminus. Ich bin kein Jurist, aber wenn ich versuche, den Begriff zu übersetzen, dann bedeutet das für mich: Tu was, aber zackig, und zwar ohne schuldhaftes Verzögern! Das heißt: Es geht jetzt darum, die Halde zu sanieren. Ob sie toxikologisch belastet ist oder nicht, das wird zu klären sein. Das wird auch geklärt werden. Wir müssen aber jetzt die Böschungen stabilisieren, damit uns das Ding nicht um die Ohren fliegt. Mit Verlaub, ich bin Kalker. Ich lebe dort in der Nähe und habe wirklich ein großes Interesse daran, dass das Ding jetzt endlich stabilisiert wird.

Deshalb bin ich sehr froh, dass uns sowohl diese Vorlage als auch das Gutachten vorliegt, das, wie mir scheint, ganz valide ist. Es ist sehr umfangreich und wurde mit großem Zeitaufwand erstellt. Wir haben einen Plan für die Sanierung, erstellt von einem recht renommierten Institut. Dieser Plan ist vom Gutachter bezüglich der Statik gegengecheckt worden. Es macht mich ganz froh, dass das jetzt vorliegt. Ich finde, wir sollten jetzt wirklich loslegen. Wir lesen, dass diese Maßnahme etwa zwölf Monate dauern wird. Es wäre gut, wenn die Bagger möglichst bald anrollen können, aus den eben genannten Gründen. Wir haben eine Vorlage, und dieser Vorlage können wir und müssen wir zustimmen; denn die Verantwortung für das Nichtangehen trotz Gefahr in Verzug tragen auch wir hier in diesem Rat. Wir wissen alle, dass dort Gefahr in Verzug ist, und müssen deshalb zügig handeln.

Man hat meiner Fraktion, als es um die Errichtung von Flüchtlingsunterkünften ging, vorgeworfen, wir würden Sand ins Getriebe streuen. Das haben wir zurückgewiesen; das stimmt auch nicht. Aber wenn Sie jetzt versuchen, diese Vorlage aufzuhalten, dann werfen Sie Sand ins Getriebe. Dann gefährden Sie die Kölner Bevölkerung. Das müssen Sie den Buchforstern erklären, nicht wir. Also: Ich bitte Sie sehr, dieser Vorlage zuzustimmen. Sie bringt uns ein Stück weiter. Sie bringt Sicherheit für die Menschen, die ringsum diesen Standort leben. Was aus dieser Halde einmal wird, wenn sie saniert worden ist, können wir dann immer noch beschließen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker, bitte.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Ratsmitglieder! Sie haben uns wirklich in eine sehr schwierige Situation gebracht, Herr Kahlen. Wir haben tatsächlich heute hier - da gebe ich der SPD recht; das kann man auch der Vorlage entnehmen - allein zu entscheiden: nutzungsunabhängige Haldensanierung.

Was uns die Sache so schwer macht, ist, dass in den Vorlagen immer wieder Dinge miteinander vermischt werden, die nicht zusammengehören. Das ist für uns und für viele, die keine Juristen sind, kaum nachvollziehbar. Wenn es sich tatsächlich um Gefahr in Verzug handelt, dann erwarte ich eine Mitteilung, was Sie dagegen unternommen haben; denn das ist nicht unsere Entscheidung, sondern das muss gemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es aber eine Entscheidung ist, die wir zu treffen haben, dann hätten wir gerne auch die Alternativen gewusst. Diese stehen uns aber nicht zur Verfügung, weil das Ganze offensichtlich - ich gebrauche das Unwort des Jahres 2010 - alternativlos ist. Wenn dem so ist, dann heißt „Gefahr in Verzug“: Sie müssen handeln und nicht erst uns fragen; denn dann haben wir es nicht zu entscheiden, sondern dann muss es gemacht werden, und alles andere steht gar nicht zur Diskussion.

Anstatt dafür zu sorgen, dass es vorangetrieben wird, erhalten wir jedoch immer wieder Informationen - teilweise aus der Presse, teilweise aus den Veranstaltungen, die Sie vor Ort gemacht haben -, dass irgendwelche Dinge nicht berücksichtigt worden sind, dass Ämter nicht miteinbezogen worden sind, dass man wieder Proben gemacht hat, ohne das Umweltamt zu informieren etc. Das macht uns, ehrlich gesagt, stutzig bis ratlos, obwohl wir im Rat sitzen. Ich muss sagen: Langsam übersteigt es wirklich die Möglichkeiten von Menschen, die sich ehrenamtlich damit befassen, zu verstehen, wovon Sie da überhaupt reden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Wir haben das im Sonderausschuss besprochen. Wir haben uns viel Mühe gegeben. Sie haben versucht, unsere Fragen zu beantworten. Eigentlich sind immer mehr Fragen entstanden. Das ist

die eigentliche Schwierigkeit, die wir damit haben.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist das eine Sache, die dringend gemacht werden muss. Wir möchten die Menschen nicht gefährden. Wenn tatsächlich Gefahr in Verzug ist, müssen wir das erst einmal so glauben, weil wir das nicht selber nachprüfen können. Ich habe das von verschiedenen Seiten gehört: vom Umweltamt, von der Oberbürgermeisterin und auch von Ihnen. Also gehe ich davon aus, dass dem so ist. Dann muss auch entsprechend gehandelt werden.

Trotzdem frage ich mich: Warum sind die Proben beim Umweltamt nicht angekommen, und welche Auswirkungen hat das? Was ist mit den Bombenfunden oder den nicht erfolgten Untersuchungen? Warum ist das nicht schon längst gemacht worden, wenn es doch alles so eilig ist? Alle diese Fragen sind offen geblieben. Wieder stehen wir hier und wissen nicht hundertprozentig, wie es weitergeht. Und das ist die Schwierigkeit, vor die Sie uns immer wieder stellen, Herr Kahlen. Wir würden gern ganz klar wissen: Was ist dort vor Ort eigentlich Sache? Kann man Alternativen finden? - Ich habe sie nicht gefunden. Ich bin auch kein Bauingenieur. Ich gehe davon aus, dass die Statikberechnungen für die Sanierung, die Sie vorgelegt haben, tadellos in Ordnung sind. Warum sollten sie auch falsch sein? Dann muss es jetzt auch gemacht werden, ganz einfach.

Wie gesagt: Sie lassen uns relativ ratlos hier stehen. Wir würden das mittragen, und wir sagen auch: Es muss nutzungsunabhängig sein. Das heißt: Wir möchten nicht immer wieder diese Vermischung: Dann bauen wir am Ende die Hubschrauberstation oder die Aussichtsplattform oder irgendetwas anderes. Wir wollen im Moment nur die Sicherung einer Halde, bei der die Gefahr besteht, dass sie abrutscht und dies zu einem erheblichen Gefährdungspotenzial für die Bevölkerung führt. Alle anderen Fragen werden wir in Zukunft politisch lösen und lösen müssen. Aber diese Vermischungen, die für uns nicht nachvollziehbar sind, machen es uns auch sehr schwer, an dieser Stelle zu sagen: Ja, wir stehen dazu; wir machen das heute. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna, bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Feyrer! Ich bin froh, dass Sie heute hier sind, und möchte vorab sagen, dass ich Sie sehr schätze. Ich kenne Sie jetzt seit zwei Jahren näher und habe unsere Zusammenarbeit im Ausschuss als ausgesprochen positiv empfunden. Sie erlauben mir aber doch die Bemerkung, dass es schon verwunderlich ist, dass zu Beginn dieser Sitzung sehr viele Ihrer Kollegen anwesend waren, jetzt aber, wo es um die Feuerwehr als Bauherrin geht, nur noch ein Kollege anwesend ist, nämlich Sie. Ich hätte mir gewünscht, dass die Feuerwehr auch dafür ein bisschen mehr Interesse zeigt. - Das vorab.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses
90/Die Grünen)

Kurze Zeit, nachdem ich Mitglied dieses Ausschusses geworden bin, gab es ein Starkwetterereignis, infolge dessen ein Teil des kleinen Kalkbergs abgerutscht ist. Dazu wurde mir erklärt - ich bin kein Baufachmann -: Das ist ein Starkwetterereignis. Das kann passieren. Wir reparieren das, kein Problem. - Das habe ich damals auch geglaubt, naiv wie ich war. Heute wissen wir: Das war nur das Vorspiel für die Katastrophen, die sich später ereigneten, schlicht und ergreifend weil die Böschungswinkel nicht stimmen. Es war ein Accident waiting to happen. Inzwischen hat sich die Situation deutlich geändert durch die Bohrkerne, die aber vom Umweltamt nicht weiter untersucht worden sind.

Es ist schon viel Richtiges von den Kollegen gesagt worden, was ich jetzt nicht wiederholen möchte. Ich will aber darauf hinweisen, dass sich aus unserer Sicht die Situation insgesamt schon insofern geändert hat, dass jetzt bei der Staatsanwaltschaft zu Köln eine Strafanzeige wegen des Verdachts auf Unterschlagung und Vernichtung von Beweismitteln vorliegt, wohlgermerkt gegen Unbekannt. Ich zitiere einmal aus dieser Strafanzeige. Im Abschlussbericht heißt es in Anlage 9 - Zitat -:

Die Bohrung wurde an dieser Stelle unplanmäßig gestoppt, da ab -36,00 m ein stark kontaminierter Bereich angetroffen wurde.

Ein stark kontaminierter Bereich! Womit kontaminiert, das wissen wir nicht.

Es wurde daher entschieden, nicht tiefer zu gehen, um einen hydraulischen Kurzschluss in tieferen Bereichen der

Rheinterrasse zu verhindern, d.h. die Kontamination möglicherweise nicht in tiefere Partien der Terrasse zu verschleppen.

Mit anderen Worten: Der Gutachter sagt hier, es ist irgendeine Sauerei gefunden worden, weiß aber nicht genau, welche, deshalb hat er vorsichtshalber abgebrochen. - Er hat auch noch eine weitere Bohrung abgebrochen:

Beim Erbohren der Terrasse war ein übler Geruch zu verzeichnen. Daher wurde diese Bohrung ein bis zwei Meter eher als geplant beendet.

Mit anderen Worten: Aufgrund des von uns beauftragten Gutachtens sind Dinge zutage getreten, die wir wiederum nicht erwartet haben, ohne dass wir genau wissen, was wirklich zutage getreten ist - das ist bisher nicht geklärt -; denn diese Bohrkerne sind dann offensichtlich nicht weiter untersucht worden, jedenfalls nicht rechtzeitig genug; denn es handelt sich um Toxine, die zerfallen können. Das heißt: Im Moment ist es so, dass wir nicht genau wissen, was dort unten schlummert.

In dieser Situation und vor diesem Hintergrund halte ich es für völlig unverantwortlich, an dieser Stelle einfach weiterzumachen wie bisher, uns also im Rahmen einer schon von der Kollegin beschriebenen Scheibchentechnik immer weiter vorzuarbeiten und immer weiter Gelder freizugeben. Wir von Bündnis 90/Die Grünen möchten uns das in Ruhe noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Wir haben in diesem Punkt - im Gegensatz zu den SPD-Kollegen - Beratungsbedarf und würden deswegen bitten, am heutigen Tage keinen Beschluss zu fassen. Wir würden allerdings gerne wissen, ob es Antworten auf die Fragen gibt, die zwischenzeitlich gestellt worden sind, und wir wollen auch Antworten auf die Fragen, die von den Kollegen hier an dieser Stelle heute gestellt werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Ich habe noch Herrn Rottmann auf der Rednerliste.

(Hendrik Rottmann [AfD]: Ich ziehe meine Wortmeldung zurück!)

Herr Paetzold hat sich noch einmal gemeldet.

Michael Paetzold (SPD): Herr Kollege Dr. Unna, wir haben gerade über Gefahr in Verzug gesprochen, und diese Gefahr besteht ja wirklich. Jetzt haben Sie Beratungsbedarf angemeldet. Das muss die Frau Oberbürgermeisterin entscheiden. Aber bis wann wollen Sie die Entscheidung denn schieben?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das werden wir sehen! Wir wollen erst einmal die Antworten haben!)

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Wir werden das so lange schieben, bis wir Klarheit über die Sachverhalte haben. Wie die Kollegin eben schon gesagt hat: In dem Moment, wo Gefahr in Verzug ist, muss gehandelt werden. Ich habe den Stadtdirektor so kennengelernt, dass er, wenn er der Meinung ist: es ist Gefahr in Verzug, auch in der Vergangenheit in dieser Sache ohne Auftrag tätig geworden ist, und zwar in dem Fall sogar obwohl ein Dreierausschuss expressis verbis anderer Meinung war. Das habe ich als Vorsitzender damals sehr erstaunt zur Kenntnis genommen. Insofern gehe ich davon aus, dass Herr Kahlen auch weiterhin dann tätig wird, wenn er meint, dass Gefahr in Verzug ist. Wenn keine Gefahr besteht, sollten wir uns das hier in der Tat in Ruhe anschauen, bis wir von Herrn Kahlen die Antworten auf unsere Fragen erhalten haben, auch auf die Fragen, die Herr Brust gestellt hat.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Stadtdirektor.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte Sie zunächst aufmerksam machen auf die Anlagen 9, 10 und 11 zu dieser Vorlage.

In Anlage 9 finden Sie den der Auszug aus der Niederschrift der gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Umweltausschuss vom Montag vor einer Woche.

In Anlage 10 finden Sie die Antworten auf zusätzlich gestellte Fragen, die in dieser Sitzung durch Herrn Professor Benner noch nicht beantwortet werden konnten.

In Anlage 11 finden Sie eine Sachverhaltsdarstellung zu der nicht vorgenommenen Auswertung der Bohrkerne in der Zeit von Oktober 2015 bis Februar 2016. Sie werden dort finden, dass ich noch am Abend der Bürgerinformation den Auf-

trag gegeben habe, diese Bohrung nachzuholen. Sie werden feststellen: Diese Bohrung geht in 45 Meter Tiefe. Deshalb ist dort auch der Kampfmittelräumdienst einbezogen. Er ist zurzeit organisatorisch nicht in der Lage, das vorzunehmen, weil er noch an einer anderen Baustelle eingesetzt ist; aber das wird gemacht. Wenn wir - nach diesem Zeitplan: in der nächsten Woche - die entsprechende Freigabe aus Düsseldorf haben, gehe ich persönlich davon aus, dass wir diese Bohrung niederbringen können. Dann wird das Umweltamt entscheiden, inwieweit es diese Bohrung dort weiter nutzt als zusätzliche Grundwassermessstelle.

Insofern bedaure ich sehr - um das direkt zu beantworten -, dass der Eindruck entstanden ist, wir würden jetzt erst mit dem Kampfmittelräumdienst dieses Gelände auf Granaten und Bomben hin untersuchen.

Ich kann Ihnen berichten: Wir haben beim Weiterplanungsbeschluss im Rat am 20. Dezember 2011 berichtet:

Der zuständige Kampfmittelräumdienst der Bezirksregierung Düsseldorf hat 2005 eine Gefährdungsabschätzung vorgenommen. Mit Schreiben vom 06.06.2005 hat die Bezirksregierung mitgeteilt, dass die Wahrscheinlichkeit, bei Tiefbaumaßnahmen auf Blindgänger des 2. Weltkrieges zu treffen, beim Kalkberg genau so hoch sei, wie bei allen anderen Bombenabwurfgebieten Kölns. Aufgrund der intensiven nachkriegszeitlichen Umgestaltung des Kalkberges sei ein Auftreten jedoch sehr unwahrscheinlich, wenn auch nicht vollständig auszuschließen. Mit den geplanten Bauarbeiten kann aus Sicht des Kampfmittelräumdienstes begonnen werden.

Dieses Zitat finden Sie in der Vorlage 4300/2011 unter Ziffer 2.1.4 der Begründung.

Unter Ziffer 2.1.2 derselben Vorlage finden Sie eine ausführliche Darstellung der Altlastensituation am Kalkberg. Ich kann sie Ihnen jetzt vorlesen bzw. daraus einen Satz zitieren, würde Ihnen das aber auch gerne schriftlich übermitteln, wie sich das aus Sicht des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes darstellt:

Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt erwartet nicht, dass künftig eine Sanierung des Grundwasserschadens als verhältnismäßig bewertet und damit

erforderlich wird. Sollte jedoch der als unwahrscheinlich betrachtete Sanierungsfall eintreten, lägen die Kosten über dem Grundstückswert.

Ich muss dazusagen: Es wurde für den Bereich Altlasten schon bei Ankauf des Grundstücks, den wir 2012 vollzogen haben, eine Rückstellung über 416.000 Euro gebildet. Mit dieser Rückstellung - das war klar - wollten wir erstens ein zwei- bis fünfjähriges Messprogramm finanzieren und zweitens ein bis zu 20 Jahre fortgeschriebenes Messprogramm. Ich wiederhole: Es sind damals Rückstellungen gebildet worden in Höhe von 416.000 Euro.

Wir haben damals in der Vorlage deutlich gemacht, sowohl im öffentlichen wie im nichtöffentlichen Teil, dass aus Sicht des Umweltamtes hier eventuell zusätzliche Sanierungsmaßnahmen anfallen könnten, aber unwahrscheinlich seien. Also: Wir haben schon damals im Dezember 2011 bei der Frage „Weiterplanung und Bauauftrag“ sowohl im öffentlichen Teil wie im nichtöffentlichen Teil und später auch bei der Ankaufsentscheidung Mitte 2012 deutlich gemacht: Es gibt Maßnahmen zur Erkundung des Schadens, und es besteht auch die Möglichkeit - eher unwahrscheinlich -, dass wir hier noch Sanierungsmaßnahmen aus Umweltschutzgründen vornehmen müssen. Unter diesem Aspekt hat das Umweltamt die Bitte an uns herangetragen, hier noch eine zusätzliche Grundwassermessstelle vorzusehen. - Das machen wir jetzt. Der Ort und auch das Untersuchungsprogramm liegen in den Händen des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes.

Ich wiederhole noch einmal: Ich bedaure sehr, dass der Eindruck entstanden ist, wir hätten hier weder die Altlast ausreichend untersucht, noch hätten wir mögliche Risiken aufgrund von Bomben oder Granaten übersehen. Die Tatsache, dass wir jetzt den Kampfmittelräumdienst einbeziehen, hängt damit zusammen, dass wir in die tiefsten Tiefen mit 45 Metern reingehen werden. Ich werde morgen auch den *WDR* noch entsprechend informieren; Herr Köhler hat den Beitrag gebracht. Ich denke, dass auch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt diese Sorgen nehmen kann.

Ich komme dann zu den Punkten, die Sie, Frau Welcker, angesprochen haben. Ich bedaure, dass Sie ratlos sind. Wir hatten Ihnen - mit Unterschrift der Oberbürgermeisterin vom 15. März; das möchte ich hier noch einmal deutlich machen - für den Sonderausschuss eine Vorlage vorgelegt, in der ich bzw. die Oberbürgermeisterin

von Ihnen den Auftrag erbeten habe, Planungen bis zur Leistungsphase 5 - ich sage bewusst: einschließlich der Ausführungsplanung - vornehmen zu können. Ich habe das damals damit begründet, dass Sie dann die Möglichkeit haben, zu erfahren, was staatliche Stellen zu diesen Plänen sagen. Ich habe Sie in der Sonderausschusssitzung extra gebeten, dass Sie, wenn Sie hier im Rat diese Entscheidung nicht treffen können, mich ermächtigen, dann selbst zu handeln. Das ist von Ihnen ausdrücklich abgelehnt worden.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Kann passieren!)

Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn wir uns jetzt darauf verständigen könnten, dass wir diese Art der Gefahrenabwehr in die Verantwortlichkeit der Verwaltung geben und dass alles andere wie die Frage der Hubschrauberbetriebsstation, zukünftige Nutzungen usw. unter den Baustopp fällt, den Sie schon im Dezember hier beschlossen haben. Dann können wir die Frage der Gefahrenabwehr jetzt solo machen. Wenn das die Möglichkeit ist, die Sie bevorzugen, dann kann ich Ihnen nur sagen: Das wäre auch in unserem Sinne. Ich habe es bedauert, dass Sie uns am 18. März nicht ermächtigt haben, obwohl ich Sie darum gebeten hatte.

Sie haben vielleicht der Vorlage entnommen, dass wir selbstverständlich auch Vorbereitungen getroffen haben, um bei einer eventuellen Dynamik der Bewegungen im Berg schneller handeln zu können. Sie werden sich erinnern: In dem Schlussgutachten von Herrn Grün wird ausdrücklich empfohlen, an drei Stellen sogenannte Inklinometermessungen zu machen. Zwei Ergebnisse waren völlig unproblematisch. Eine Inklinometermessung hat eine Bewegung im Innern des Berges von 1,8 Zentimeter ergeben. Wir haben die Messungen bisher im Zwei-Monats-Rhythmus durchgeführt. Die letzte Messung ergab eine Bewegung von nur noch 3 Millimetern. Aber es besteht laut dem Schlussgutachten die Gefahr, dass sich hier eine höhere Dynamik entwickeln kann. Ich sage Ihnen: Ich habe den Auftrag erteilt, diese Inklinometermessungen ab jetzt im dreiwöchigen und dann im 14-tägigen Rhythmus durchzuführen, damit wir erkennen: Gibt es im Innern des Berges eine entsprechende Dynamik? Diese ist nämlich der Indikator dafür, dass die Gefahr, die besteht, sich noch einmal verschärft.

Deshalb kann ich Ihnen nur sagen: Alle, mit denen ich gesprochen habe - das waren Kollegen in der Verwaltung, Mitarbeiter des Amtes Brü-

cken, Tunnel und Stadtbahnbau, das die größte Sachkenntnis in solchen Situationen hat, und auch fachkundige Mitglieder des Rates -, haben deutlich gemacht, dass wir hier Gefahr in Verzug haben, von der wir nicht sagen können, ob sie sich morgen realisiert, in 14 Tagen realisiert oder möglicherweise erst in einem Jahr oder noch etwas später.

Aber Sie mögen daran bitte erkennen: Wir als Stadtverwaltung sind bereit, auch ohne Ihren Auftrag zu handeln, wenn Gefahr in Verzug ist. Ich sage Ihnen: Wir bereiten uns auch für einen Plan B vor oder möglicherweise weitergehend. Deshalb: Wenn das die Möglichkeit ist, würden wir Ihnen sofort zustimmen. Geben Sie uns die Möglichkeit, die Frage der Gefahrenabwehr in eigener Regie vorzunehmen.

Sie können sicher sein - das ist ja auch angekommen -: Die Bürgerinitiative in Person von Herrn Scheuch hat die Gefahr in Verzug bejaht und wörtlich in der Bürgerversammlung gesagt: Menschenleben sind gefährdet. - Ich wiederhole noch einmal: Die Bürgerinitiative hat das von sich aus als Gefahr in Verzug bestätigt.

Von daher: Wenn das die Möglichkeit ist, es schneller zu lösen, dann bitte. Wir nehmen die Verantwortung wahr; denn wir sehen in der Tat keine Alternative. Sie hatten ja nach Alternativen gefragt. Der Gutachter

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]:

Ich habe eine Zwischenfrage!)

- lassen Sie mich das in einem Komplex erläutern; Sie können ja anschließend fragen - hat in der Tat in Alternativen gedacht. Am Ende des Tages - das ist in unseren Unterlagen auch dargestellt, auch in der Anlage zum heutigen Beschluss - hat der Prüfstatiker bestätigt, dass hier nur dieser Ihnen vorgelegte Vorschlag möglich ist und alle anderen Vorschläge nicht das sichern, was das Ziel ist. Ich wiederhole noch einmal einen Satz aus dem Gutachten:

Wegen der überheblichen Überschreitung des Ausnutzungsgrads in allen Böschungsprofilen sind daher weitergehende Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Standsicherheit des Kalkbergs und seiner Böschungen und zum Schutz der Nachbarschaft unerlässlich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt zwei Zwischenfragen: eine von Herrn Rottmann und eine von Frau Jahn.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein, von Herrn Brust!)

Ich höre gerade: nicht von Frau Jahn, sondern von Herrn Brust. Okay. - Zunächst bitte Herr Rottmann.

Hendrik Rottmann (AfD): Herr Stadtdirektor, ich habe ein kleines Problem mit Ihrer Formulierung. Sie sagen zum einen „Gefahr in Verzug“ und gleichzeitig: Wir wissen nicht, ob es jetzt, nächste Woche oder in einem Jahr eintritt. Es ist für mich keine Gefahr in Verzug, wenn das erst in einem Jahr eintreten kann. Offensichtlich haben wir da unterschiedliche Definitionen. Können Sie das bitte einmal erläutern?

Stadtdirektor Guido Kahlen: Ich empfehle Ihnen, die entsprechende Unterlage, die wir zunächst dem Hauptausschuss und dann auch allen anderen Ausschüssen haben zukommen lassen, zu lesen, nämlich den Abschlussbericht des Instituts Roger Grün und die Abhandlung der Rechtsanwaltssozietät Kapellmann. Dort wird ganz klar gesagt, dass es hier sehr große Unterschreitungen der notwendigen Standsicherheit bezogen auf die Böschungen gibt, die teilweise um die Hälfte unterhalb der Werte liegen, die aus statischen Gründen bei solchen Anlagen benötigt werden. Es ist völlig klar: Wir haben den Auftrag, alles zu tun, um diese Gefahr zu beseitigen. Erst wenn wir sagen können: „Die Gefahr ist beseitigt“, ist Gefahr in Verzug nicht mehr gegeben.

Ich wiederhole noch einmal: Sowohl in dem Schlussgutachten des Instituts Roger Grün als auch in der Abhandlung der Rechtsanwaltssozietät Kapellmann wird das wörtlich so ausgeführt. Ich wiederhole: Das ist auch die einzige Möglichkeit, es zu machen. Die Tatsache, dass wir hier jetzt - das haben wir beschrieben - für die einzelnen Abschnitte Sorge tragen und uns dafür auch Zeit nehmen müssen, ändert nichts daran, dass wir diesen Gefahrenzustand aktuell haben. Es ist auch deutlich geworden: Wir fangen hier mit Abschnitt 1 an und gehen dann auf Abschnitt 4, um anschließend die schwierigste Stelle - das sind die Abschnitte 2 und 3 - anzugehen, weil wir keine andere Möglichkeit haben. Deshalb müssen wir gerade jetzt mit dem Abschnitt 1 anfangen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt die Zwischenfrage von Herrn Brust, bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hatte im Umweltausschuss nachgefragt, was aus dem Vorschlag der Bürgerinitiative wird. Sie hatte vorgeschlagen, dass, wenn man die Kuppe abträgt, dieses Material dann zur Abflachung der Flanken genutzt werden kann. Dazu hat der Gutachter für mich nachvollziehbar gesagt: Das Material hat eine andere Fließfähigkeit; es ist nicht geeignet.

Gestern kam eine Mail von der Bürgerinitiative - ich nehme an, Sie kennen sie auch -, in der behauptet wird, das stünde im Widerspruch zu dem eigenen Gutachten. In dieser Mail sind die Daten über die Eigenschaften des Materials der Kuppe wie auch des Materials, das angefahren werden soll, aufgeführt. Es wäre für uns schon wichtig zu wissen, ob Sie diesen Widerspruch auflösen können.

Hier nun meine Frage: Könnten Sie uns bis zur Ratssitzung am Donnerstag eine schriftliche Stellungnahme geben zu diesem neuen Vorwurf der Bürgerinitiative, dass das Material doch brauchbar sei?

Noch eine zweite Frage: Im Umweltausschuss war auch diskutiert worden, ob man einen Anschluss an den Kanal braucht. Sie wollten uns, falls wir diesen Kanalanschluss nicht brauchen, eine Änderungsvorlage vorlegen. Das ist bisher nicht geschehen. Gibt es da jetzt neue Entwicklungen?

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrter Herr Brust, ich fange mit Ihrer letzten Frage an. Sie finden in Anlage 9 die Äußerung von Herrn Professor Benner, dass man alles tun werde, um auf einen Kanalanschluss verzichten zu können. Das Hauptziel ist, zeitlich gestaffelt eine Versickerung zu erreichen. Dafür sind drei Regenrückhaltebecken geplant. Es ist im Augenblick in Gesprächen aber festgestellt worden, dass man als letzte Reserve vermutlich doch einen kleinen Kanalanschluss benötigen wird. Ich sage aber bewusst: Hauptziel - das haben wir Ihnen auch schriftlich gegeben - ist die natürliche Versickerung. Das Regenwasser soll erst gar nicht in den Kanal gelangen. Deshalb gilt das, was wir Ihnen in Anlage 9 schriftlich gegeben haben. Zu einer Änderung der Vorlage im Sinne „Kanal wird ausgeschlossen“ sehen wir uns im Augenblick nicht in der Lage. Aus den vorliegenden Papieren wird deutlich: Wir wollen hier keine Entwässerung, sondern dass das entsprechende Regenwasser dem Grundwasser zugeführt wird.

Zu Ihrer ersten Frage. Wir führen selbstverständlich schon Prüfungen durch, welches Material am besten geeignet ist. Bestimmte Materialien haben wir bereits ausgeschlossen, weil sie den statischen Anforderungen nicht genügen. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen - Herr Professor Benner hat es in der Sitzung des Bau- und Umweltausschusses auch deutlich gemacht -: Wenn wir hier anderes Material verwenden, müssen wir möglicherweise die Böschungswinkel komplett verändern. Letztlich ist das eine Frage der Stabilität der Böschungen. Deshalb können wir dafür nur ganz bestimmtes Material verwenden.

Ich hatte in der Bürgerinformationsveranstaltung, in der Herr Sieverts dazu vorgetragen hatte, auch den Eindruck: Wir können bestimmte Materialien nicht zulassen. Ich sage Ihnen aber zu, dass wir Ihnen das schriftlich geben werden. Wir haben selbstverständlich eine Prüfung von geeigneten Materialien durchgeführt, haben aber im Augenblick den Eindruck, dass bestimmte Materialien schlicht und ergreifend die technischen Anforderungen für eine bessere Statik nicht erfüllen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, ich habe hier jetzt noch Frau Jahn, Herrn Petelkau, Frau Halberstadt-Kausch und Herrn Frank auf der Rednerliste. Ich glaube, wir geraten jetzt in einen Diskussionsprozess, der wie im Umweltausschuss geführt wird. Ich weiß nicht, ob Sie die Möglichkeit einräumen würden, Ihre Fragen schriftlich zu stellen und darauf eine schriftliche Antwort zu erhalten. Der Verweisungsantrag wurde ja schon gestellt.

(Beifall bei der CDU)

Aber ich stelle Ihnen anheim, zu entscheiden, was gemacht werden soll. - Gut, es soll weiter gefragt werden.

Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Meine Frage geht auch ganz schnell. Ich glaube übrigens nicht, dass der Rat hier den Hauptredanteil hat. - Es geht noch einmal um den Begriff „Gefahr in Verzug“. Von Frau Welcker wurde eben richtig ausgeführt: Dafür braucht die Verwaltung gar keinen Auftrag des Rates, sondern die Verwaltung ist in ihrer Rolle als Verwaltung verpflichtet, zu handeln, ohne den Auftrag des Rates einzuholen.

In der Vorlage 1992/2016 zu TOP 10.48 finde ich den Begriff „Gefahr in Verzug“ in der Begründung nicht. Sie sagten eben, das Gutachten von Kapellmann, das ich auch gelesen habe, sei die Grundlage dafür. Auf Grundlage dieses Gutachtens haben wir die ersten 500.000 Euro ausgegeben. Jetzt soll der Begriff „Gefahr in Verzug“ Grundlage dafür sein, weitere 7,6 Millionen Euro auszugeben. Dann gilt es noch die Nordseite zu untersuchen usw. Eine Begründung dafür, warum jetzt Gefahr in Verzug ist, wird aus meiner Sicht in dieser Vorlage nicht gegeben.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Jahn, das Schlussgutachten von Roger Grün hat im Ergebnis - ich habe es eben zitiert - diese Dramatik deutlich gemacht. Ich zitiere noch einmal Seite 54, damit es deutlich wird:

Schnellstmöglicher Handlungsbedarf besteht nunmehr **unabhängig** von einer Nutzung des Berges bezüglich der Herstellung einer nachweisbaren Standsicherheit und einer zusätzlichen Abdichtung des Kalkbergs selbst. Hierzu sind, wie erwähnt, bereits erste statische Untersuchungen erfolgt und ein Prüfstatiker eingeschaltet.

Dieses Thema „Gefahr in Verzug“ und die Notwendigkeit solcher Planungsaufträge - ich sage bewusst - und -ausführungen diskutieren wir seit 2. März, weil dort gefordert worden ist: Wir brauchen schnellstmöglich diese Planungen, die dann wegen der Komplexität die umweltrechtlichen Anforderungen miterfüllen müssen. Deshalb kann ich Ihnen im Augenblick nur sagen: Der Handlungsdruck ist eindeutig, und auch die Anlagen - Stichwort: Inklinometermessungen - sind im Gutachten von Roger Grün enthalten. Wir sehen die gesamte Frage auf der Basis des Schlussgutachtens von Roger Grün.

Es hat, wie gesagt, bisher keinen gegeben - auch nicht die Bürgerinitiative -, der die Gefahr in Verzug und damit verbunden die Gefährdung von Menschenleben verneint. Ich hatte auch den Eindruck, dass das rübergekommen ist und die Diskussion sehr versachlicht hat, weil wir mit den Kritikern in Fragen wie „weg vom Hubschrauberlandeplatz, hin zu Erholungsflächen mit Aussichtsplattform“ nur noch darüber diskutiert haben: nutzungsunabhängig, und zwar sofort. Daran hat sich nach meiner Einschätzung nichts geändert.

Wir haben zuerst den Hauptausschuss und dann auch alle anderen, einschließlich die Bezirksvertretung, informiert über das Schlussgutachten von Roger Grün einschließlich aller Anlagen. Das ist im Ergebnis ein dicker Ordner. Also: Die Klarheit ist an allen Stellen da. Wie gesagt, am Ende des Tages müsste für Sie überzeugend sein, dass die Bürgerinitiative mit Herrn Scheuch diese Beurteilung gänzlich teilt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind meines Erachtens jetzt schon in der zweiten Runde. Deswegen möchte ich gern die Wortmeldungen der Reihenfolge nach abarbeiten.

Stadtdirektor Guido Kahlen: Darf ich noch einen Satz anfügen? Ich bin Frau Welcker möglicherweise noch eine Antwort schuldig geblieben. - Der Gutachter hatte den Auftrag, auch schon Kostenschätzungen vorzunehmen für den Fall, dass wir den Kalkberg der ursprünglich angedachten Nutzung zuführen. Deshalb sind im Gutachten von Roger Grün sowohl Finanzvolumina genannt wie auch die möglichen Kosten wegen Instandsetzung des vorhandenen Baus. Grund dafür ist, dass das Gegenstand des Ihnen auch vorgelegten Auftrags gewesen ist. Das ist keine Vermischung, sondern in dem Schlussgutachten sollten auch die Ergebnisse dieser Prüfungen mitgeteilt werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Herr Stadtdirektor, mir wäre an dieser Stelle wichtig, Folgendes festzuhalten: Sie argumentieren, dass hier in Gefahr in Verzug ist. Festzuhalten ist, dass die Verwaltung, wenn Gefahr in Verzug ist, auch unabhängig von der Entscheidung des Rates oder eines Ausschusses des Rates entsprechend handeln kann und vor allen Dingen auch handeln muss. Aus der Vorlage - da kann ich meiner Vorrednerin nur zustimmen - kann man an vielen Stellen eben nicht erkennen, welche der Teilmaßnahmen, die mittelfristig durchgeführt werden sollten, nun unmittelbar erfolgen müssen.

Meine Damen und Herren, wir haben hier ein Riesenproblem bei der ganzen Sache: Wir haben immer noch keine finale Untersuchung der Halde.

(Beifall Dr. Jürgen Strahl [CDU] und
Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen])

Das heißt: Jede Maßnahme, die wir hier beschließen, ist zunächst einmal ein Investment, von dem wir hinterher nicht wissen, ob es zur Gesamtlösung des Problems überhaupt sinnvoll beiträgt. Solange wir nicht wissen, was da unten im Boden schlummert, können wir alle möglichen Optionen, die gegebenenfalls genutzt werden müssen, nicht ausschließen. Deshalb ist es nach meinem Dafürhalten wichtig, jetzt noch einmal seitens der Verwaltung bis Donnerstag klar herauszuarbeiten, welche dieser Maßnahmen, die Sie hier vorschlagen, im Detail als „Gefahr in Verzug“ zu klassifizieren sind. Dann würde ich auch sofort sagen: Das kann von der Verwaltung so entschieden werden. Dann brauchen Sie uns gar nicht mehr.

Die anderen Punkte bedürfen dringend einer Klärung und eines Gesamtkonzepts. Hinzu kommt - wir haben das bisher nur am Rande diskutiert - die Ausführung der Arbeiten, damit nicht weitere Umweltschäden entstehen. Ich erinnere hier an die Anlegung der Baustraße; das ist im Gutachten auch ausführlich dargestellt worden. Damit waren zusätzliche Umweltbelastungen verbunden, hervorgerufen durch diese Arbeiten. Es muss sichergestellt werden, dass es nicht zu weiteren Umweltschäden kommt. Sie haben zwar schon einige wichtige Erläuterungen dazu gegeben, aber in Summe muss sichergestellt werden, dass die Emissionen und die Gefahren, die für die Bevölkerung dadurch entstehen, auf jeden Fall vermieden werden, dass die Sache also nicht noch verschlimmbessert wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der AfD)

Stadtdirektor Guido Kahlen: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Petelkau, eine einfache Antwort: Alle Maßnahmen, die Sie in dieser Beschlussvorlage finden, sind unabweisbar sofort zu machen.

(Tobias Scholz [Deine Freunde]: Dann machen Sie es doch!)

Ich kann nur das Angebot wiederholen: Wenn Sie das mehrheitlich so sehen, dann machen wir das. Das machen wir. Ich bin Ihnen sogar sehr dankbar.

Um Ihnen das auch noch zu erläutern: Wir sind im Gespräch. Wir wollen dafür den Sachverstand und die Kompetenz des Amtes für Brücken, Tun-

nel und Stadtbahnbau in Anspruch nehmen und auch noch externem Sachverstand hinzuziehen. Sie können sicher sein, dass es für dieses Teilprojekt „Stabilisierung der Halde, nutzungsunabhängig“ keine Alternative gibt. Sie selbst haben Herrn Grün im Hauptausschuss erlebt. Er hat dort vorgetragen und ganz klar gesagt - -

(Bernd Petelkau [CDU]: Dann brauchen wir keine Vorlage! Wenn Sie das entscheiden, dann entscheiden Sie das eben!)

- Ja, gut. Wenn Sie das so sehen, dann werde ich die Frau Oberbürgermeisterin bitten, klarzustellen, dass wir hier ermächtigt werden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir ermächtigen immer gerne! Sie müssen dann aber die Verantwortung tragen!)

Wir haben das doch gesehen. Ich habe es versucht, und Sie haben mich dafür in einem Maße kritisiert ...

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war ein Antrag zur Geschäftsordnung. Ich habe hier noch Wortmeldungen von Frau Halberstadt-Kausch, von Frau Stahlhofen und Herrn Frank.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir müssen hier ja irgendwann zum Ende kommen!)

Es gibt noch weitere Wortmeldungen von Herrn Beckamp, Herrn Wiener und Herrn Zimmermann. Damit ist die Rednerliste geschlossen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Dann machen wir das so!)

Jetzt hat Frau Halberstadt-Kausch das Wort.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Frage richtet sich eigentlich an Sie. Ich habe den Eindruck, es besteht hier in diesem Plenum offenbar ein sehr großes Misstrauen gegenüber der Verwaltung, das sich jetzt an einer Person abarbeitet. Sie sind die Chefin der Verwaltung. Deshalb geht meine Frage und auch die Frage meiner Fraktion an Sie: Wie sehen Sie diese Gefahr in Verzug? Wir können es nachvollziehen. Für uns ist die Vorlage schlüssig. Ich bedaure auch, dass die anderen Kollegen die Verantwortung nicht mittragen wollen, sondern sie abschieben wollen

und sich offenbar jetzt schon einen Sündenbock suchen. Deshalb meine Frage: Sie sind die Chefin der Verwaltung. Wie sieht die Chefin der Kölner Verwaltung diese Problematik? Sehen Sie es auch so, dass hier Gefahr in Verzug ist? Und sind Sie bereit, dann auch diese Vorlage zu unterzeichnen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich will das gerne beantworten. Frau Halberstadt-Kausch. Meine Damen und Herren, ich habe die Vorlage unterzeichnet, und ich stehe auch zu dieser Vorlage. Ich weiß genau, wie diese Vorlage zustande gekommen ist. Wir haben uns ausführlichst mit dem Gutachter auseinandergesetzt darüber, wann diese Arbeiten durchzuführen sind. Die Juristen kennen ja die Definition von Gefahr in Verzug. „Gefahr in Verzug“ heißt, dass bei normalem Verlauf das schädigende Ereignis eintritt. Hier ist es so, dass es auf eine Messung ankam. **HDerf** Stadtdirektor hat eben gesagt, der Berg bewegt nicht nur Sie alle, sondern er bewegt sich auch innerlich. Wenn sich herausgestellt hätte, dass dieser Berg sich innerlich schneller bewegt, was zu befürchten war, dann hätten wir selbstverständlich gehandelt. Das hat sich aber nicht herausgestellt, sondern die letzte Messung ergab, dass der Berg sich nur ein bisschen bewegt. Das hat uns die Chance gegeben, Ihnen das zur Entscheidung vorzulegen. Wenn Sie das nicht alsbald entscheiden - das ist für mich am Donnerstag -, dann entscheide ich selbst. So ist das.

(Beifall)

Nun zu den Wortmeldungen von Frau Stahlhofen und Herrn Frank und danach von denjenigen, die ich eben genannt hatte: Herrn Zimmermann, Herrn Beckamp und Herrn Wiener.

Gisela Stahlhofen (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin, Ihre Aussage veranlasst mich, meinen Redebeitrag zurückzuziehen. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Kahlen, ich weiß, dass es hier nur um die nutzungsunabhängige Sanierung geht. Es

geht mir aber auch darum, zu erfahren, wer sich weiterhin um diese Sanierung kümmert.

Ich will einmal kurz an den Prozess insgesamt erinnern, angefangen damit, dass wir offensichtlich eine Giftmülldeponie aufgekauft haben für einen symbolischen Euro, die stärker verseucht ist als gedacht, bis hin zu dem Vorschlag, auf diesem Wackelpudding eine Hubschrauber zu errichten. Nun schildern Sie uns eindrücklich, wie gefährdet dieser ganze Berg ist. Gleichzeitig erfahren wir aber nichts oder wenn doch, dann nur nebenbei. Sie lehnen die Erstellung einer neuen Matrix ab. In der Frage nach Alternativstandorten kommen wir überhaupt nicht weiter.

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE.]

- Nein, das ist kein falsches Thema, sondern es geht hier um die Frage: Wie kann ich einem Stadtdirektor, der diesen Weg vehement immer wieder als einzig richtigen Weg verteidigt hat, vertrauen, dass er diese Sanierung tatsächlich so durchführt, wie wir uns das hier jetzt mal eben leutselig vorstellen, weil wir zum Ende der Debatte kommen wollen?

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Sie hatten gesagt: Die Antworten auf die Fragen liegen in den Anlagen 9, 10 und 11 vor. Aber zu einer entscheidenden Frage sagen Sie da zum Beispiel nichts, nämlich zum Verschwinden der Proben. Dazu schreiben Sie in Anlage 11 lediglich:

Es war vorgesehen, dass die Tiefenbohrungen auch für umwelttechnische Probebohrungen und Fragestellungen genutzt werden. Aus nicht zu rekonstruierenden Gründen ist dies nicht geschehen.

Da bleiben Sie uns einfach ein ganz schwerwiegende Antwort schuldig. Ich wünsche mir dazu ein bisschen mehr Information als einen so kurzen Satz wie diesen hier. Unser Vertrauen ist da weg. Es ist mir auch nicht erklärlich - die Frage möchte ich auch an die Frau Oberbürgermeisterin richten -, warum es nicht möglich ist, dieses Projekt in andere Hände zu geben. - Danke schön.

(Beifall bei Deine Freunde)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich jetzt auch einmal eine Nachfrage stellen, bitte? - Was heißt: in andere Hände?

(Thor-Geir Zimmermann [Deine Freunde]: Warum bleibt Herr Kahlen für diese Maßnahme alleine weiter verantwortlich?)

Weil es bei der Verwaltung Zuständigkeitsbereiche gibt. Sie können ja mal fragen, ob das jemand freiwillig weitermachen möchte.

(Heiterkeit und Beifall)

Es meldet sich der Beigeordnete Höing. Er hat das Wort.

Beigeordneter Franz-Josef Höing: Sie wissen ja alle, dass wir erst noch das strategische Flächenmanagement abschließen müssen.

(Heiterkeit und Beifall)

Nichtsdestotrotz: Wir haben eine Arbeitsgruppe beim Amt 69 eingerichtet mit Fachleuten, die sich damit auskennen. Sie haben die Planung bis dato eng begleitet und schätzen es genauso ein, nämlich dass das eine richtige, solide Planung ist. Sie bestätigen uns, dass man mit der Sanierung besser morgen als übermorgen anfangen sollte. Wir werden diese nutzungsunabhängige Haldensanierung von unserem Dezernat aus steuern. Wir müssen das jetzt machen. Es gibt jetzt kein Wegducken mehr. Wir machen das. Herr Neveling setzt sich den Hut auf. Wir gehen das jetzt an.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt noch auf der Rednerliste Herrn Beckamp und Herrn Wiener

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich habe mich doch auch gemeldet!)

und Herrn Frank.

Roger Beckamp (AfD): Herr Höing, berührt, geführt. Jetzt sind Sie dran. - Aber noch einmal zu Ihnen, Herr Kahlen. Mit Verlaub, das war völlig diffus, was Sie vorgetragen haben. Ich habe es nicht verstanden. Es war nicht plausibel, warum Gefahr in Verzug ist. Wenn Sie selber der Ansicht sind genauso wie Frau Reker, dann hätten Sie das längst machen müssen. Stellen Sie sich vor, es rutscht gerade ab, dann hätten Sie längst handeln müssen. Wenn Gefahr in Verzug ist -

Alarm! -, dann müssen Sie etwas tun, und das könnten Sie auch. Das haben Sie nicht plausibel gemacht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe es doch eben erklärt.

Roger Beckamp (AfD): Ja, ich habe es genau gehört, Frau Reker. Sie sagten auch: Gefahr in Verzug.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber Sie haben es offensichtlich nicht verstanden.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Roger Beckamp (AfD): Weil Sie den tatsächlichen Grund nicht nennen. Das ist das Problem.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wiener und danach Herr Frank. Damit ist die Rednerliste geschlossen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sonst würde ich das jetzt beantragen!)

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Zumindest war Herr Beckamp nicht der Einzige, der das nicht ganz verstanden hat. Da schließe ich mich gerne an.

(Zurufe von der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Die Ausführungen von Ihnen, Frau Reker, und von Herrn Stadtdirektor Kahlen haben auch bei mir ein gewisses Gefühl des Widerspruchs ausgelöst. Herr Kahlen hat hier jetzt ausführlich und wortreich die unmittelbare Gefahr in Verzug beschworen und dargestellt, Sie, Frau Oberbürgermeisterin, haben das aber durch Ihre Ausführungen ein Stück weit wieder relativiert.

Es ist doch in der Tat so: Wenn Gefahr in Verzug ist im juristischen Sinne, muss gehandelt werden, egal was der Rat hier beschließt oder nicht. Wenn Gefahr in Verzug ist, muss die Verwaltung natürlich handeln. Deswegen würde ich gerne vom Herrn Stadtdirektor noch einmal abschließend hören wollen, ob er sich der Ansicht seiner Chefin anschließt, dass hier wohl doch nicht

ganz unmittelbar Gefahr droht, oder ob er bei seinen vorherigen Ausführungen bleibt. Da ist ein Widerspruch offen erkennbar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Ich will es relativ kurz machen. Die Frage von Frau Halberstadt-Kausch hat mich echt verwundert. Natürlich herrscht hier ein massiver Vertrauensverlust. Nachdem, was alles vorgefallen ist, muss das jedem glasklar sein. Aber darauf möchte ich jetzt nicht weiter eingehen, weil das für sich selbst spricht.

Es geht hier um Folgendes: Wir werden heute nicht entscheiden. Wenn der Rat überhaupt etwas zu entscheiden hat, dann wird er diese Entscheidung am Donnerstag treffen. So ist es vereinbart. Deshalb bitte ich die Verwaltung, drei Punkte zu klären, damit wir sie morgen Nachmittag noch einmal besprechen können:

Erstens: die offenen Fragen aus dem Umweltausschuss. Jeder, der diese Anlagen gelesen hat, weiß, dass die Fragen nicht vollständig beantwortet worden sind. Ich will sie jetzt nicht alle auflisten.

Zweitens: die Gründe für den Abbruch der Bohrungen, auf die die Bürgerinitiative hingewiesen und deshalb die Staatsanwaltschaft um Klärung gebeten hat. Das lässt sich aus diesen Anlagen auch nicht entnehmen. Man muss darauf eine Antwort geben. Oder aber die Verwaltung sagt: Wir befürchten ein strafrechtliches Verfahren. Wir wollen uns dazu nicht äußern. - Das wäre auch eine Antwort. Damit wäre ich auch einverstanden. Aber dazu zu schweigen, das geht nicht.

Drittens: die Frage „Gefahr in Verzug“ insoweit zu klären, dass wir endlich wissen: Was haben wir noch zu entscheiden, oder was haben wir nicht zu entscheiden? Eben hat Herr Kahlen eine Art Angebot gemacht, nämlich: Wenn wir jetzt sagen: „Mach, was du für richtig hältst!“, dann macht er das und wir sind raus. - Das ist hier aber kein Basar. Wir müssen hier auf Grundlage von rechtsstaatlichen Grundsätzen handeln. Wenn tatsächlich Gefahr in Verzug ist, dann muss die Verwaltung handeln.

(Zuruf von Markus Wiener [pro Köln])

- Halten Sie einmal den Mund! - In der Sitzung der drei Ausschüsse am 18. März haben die

Gutachter gesagt, es gebe keine Gefahr in Verzug. Sie haben diese Passage herausgestrichen; ich habe mir die Niederschrift angeschaut. Ich stelle das nur einmal in den Raum, weil es so ist. Das war auch ein Grund dafür, warum wir nichts entschieden haben. Der zweite Grund war, dass nicht deutlich wurde, welche Einzelmaßnahmen beauftragt werden sollten. Im Beschlusstext hieß es lediglich: Gebt uns bitte 500.000 Euro, und dann machen wir weiter. - Das kann nicht die Basis sein.

Die Fragestellung ist doch folgende: Wenn man als Rat verantwortlich entscheiden möchte, dann muss man wissen, was man entscheidet, welche Wirkungen damit erzielt werden und ob es überhaupt die rechtliche Grundlage dafür gibt, dass es notwendig ist, zu entscheiden. Diese Frage muss ja klärbar sein. Das erwarten wir bis morgen, und dann schauen wir weiter, ob am Donnerstag überhaupt noch Entscheidungsbedarf besteht und, wenn ja, welcher. Dann müssen wir das abschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über den Antrag auf Vertagung der Entscheidung über diese Vorlage auf Donnerstag abstimmen. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Das sind die Grünen, die Piraten, die Freunde, die CDU, die Linken, AfD und pro Köln. Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme von der AfD und die SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der FDP und Herrn Wortmann ist der Vertagungsantrag beschlossen.

Die Abstimmung sowohl über den Änderungsantrag der Linken, Piraten und Freien Wähler als auch über die Vorlage wird auf Donnerstag verschoben. Die Verwaltung wird dann Ihrem Begehren nachkommen, die Fragen, die sich jetzt noch ergeben haben, zu beantworten, damit Klarheit über das weitere Vorgehen besteht. Wir werden das hoffentlich neben der Haushaltssitzung zeitlich einigermaßen hinbekommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.49 auf:

10.49 Umbau des Geh- und Radweges Weißer Bogen
hier: Mitteilung über eine Kostenerhöhung gem. § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln im Teilplan 1201 - Straßen, Wege, Plätze - bei der Finanzstelle 6601-1201-0-1008, Generalsanierung Radwege 1343/2016

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 10.51:

10.51 Dringend notwendige Errichtung einer Flüchtlingsunterkunft in Leichtbauweise auf dem Grundstück Luzerner Weg (Sportplatz), 51063 Köln, zur Sicherstellung der gesetzlichen Unterbringungsverpflichtung der Stadt Köln 1109/2016

Gibt es Wortmeldungen zu 10.51? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11.1 auf:

11.1 204. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 2, KölnRodenkirchen Arbeitstitel: Pastorsstraße/Westerwaldstraße in Köln-Rondorf hier: Feststellungsbeschluss 4095/2015

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 12:

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

Tagesordnungspunkt 12.1:

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 75498/02; Arbeitstitel: Von-Quadt-Straße in Köln-Dellbrück 0996/2016

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 12.2:

12.2 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 72477/04; Arbeitstitel: Gauweg in Köln-Buchheim 11 1496/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 12.3:

12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 5843/03; Arbeitstitel: Max-Planck-Straße in Köln-Junkersdorf 1540/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wir fahren in der Tagesordnung fort mit Tagesordnungspunkt 15:

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen) hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren 2924/2015/1

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr.

Michael Weisenstein (DIE LINKE.): Frau Oberbürgermeisterin, wir möchten darum bitten, wie Bezirksvertretung 8, Kalk, abstimmen zu lassen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nie und nimmer! - Niklas Kienitz [CDU]:
Wie Stadtentwicklungsausschuss!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das ist als Änderungsantrag der Linken zu werten, der zuerst abgestimmt wird. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der Linken. Wer ist dafür? - Das ist die Linke. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP, Herr Wortmann, der AfD, der CDU, den Grünen und der SPD. Gibt es Enthaltungen? - Deine Freunde, die Piraten und Herr Wiener von pro Köln. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Vorlage, wie sie vom StEA abgestimmt ist. Dort wurde einstimmig zugestimmt, bei Enthaltung der Linken. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es gibt Enthaltungen von der AfD. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt 16.1:

**16.1 252. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0906/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 16.2:

**16.2 Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrags für die erstmalige Herstellung der Immissionsschutzanlage Lärmschutzwand Kapellenstraße (beidseitig der Einmündung Pater-Prinz-Weg) in Köln-Rondorf
1673/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann kommen wir zu Tagesordnungspunkt 17:

17 Wahlen

Tagesordnungspunkt 17.1:

**17.1 Umsetzung des Integrierten Handlungskonzeptes Köln-Lindweiler hier: Ernennung von Beiratsmitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Veedelsbeirat Lindweiler
0832/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.2:

**17.2 Bestellung von Vertretern der Stadt Köln, die gemäß § 63 Abs. 2 i. V. m. § 113 Abs. 4 GO NW Mitgliedsrechte der Stadt Köln in Organen, Beiräten oder Ausschüssen von juristischen Personen oder Personenvereinigungen wahrnehmen
1546/2016**

Dazu liegt eine gemeinsame Liste vor, aus der hervorgeht, dass als Vertreter des Rates Herr Joisten von der SPD, Frau de Bellis von der CDU und Frau Aymaz von den Grünen vorgeschlagen werden. - Gibt es Gegenstimmen? -

Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.3:

**17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
1623/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen, wie Gesundheitsausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.4:

**17.4 Wahl der Vertreter des Rates in der Jury des Umweltschutzpreises der Stadt Köln
1385/2016**

Auch hier gibt es eine gemeinsame Liste, die ich Ihnen gerne zur Kenntnis bringe - das ist ein gemeinsamer Wahlvorschlag -: Frau Frebel, Herr Walter, Frau Welcker, Frau Hoyer, Herr Schwannitz und Frau Akbayir. - Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.5:

**17.5 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss
1696/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.6:

**17.6 Antrag der Fraktion Die Linke. hier: Neu- und Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss
AN/1238/2016**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Ich habe kein Stimmrecht. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.7:

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion hier: Nachbesetzung Ausschuss Umwelt und Grün
AN/1252/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 17.8:

17.8 Antrag der CDU-Fraktion

**hier: Nachwahl eines sachkundigen
Einwohners für den Jugendhilfeaus-
schuss
AN/1254/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-
ne. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so be-
schlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 18 auf:

**18 Genehmigung von Dringlichkeitsent-
scheidungen gemäß § 60 Absatz 1
Satz 3 der Gemeindeordnung des Lan-
des Nordrhein-Westfalen**

Tagesordnungspunkt 18.1:

**18.1 Durchführung des Programms „KOMM-
AN Nordrhein-Westfalen“ zur Förderung
der Integration von Flüchtlingen in den
Kommunen
0977/2016**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Gegen-
stimmen von der AfD. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18.2:

**18.2 Beschluss über die Planung der im
Rahmen des Bundesprogrammes „För-
derung von Investitionen in nationale
Projekte des Städtebaus“ dargestellten
Projekte des Mantelprojektes „Lebens-
wertes Chorweiler - ein Zentrum im
Wandel“
hier: Planungsbeschluss sowie Freiga-
be von investiven Auszahlungsermäch-
tigungen
1629/2016**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 18.3:

**18.3 1. Verordnung zur Änderung der 2. Ord-
nungsbehördlichen Verordnung für
2016 über das Offenhalten von Ver-
kaufsstellen in verschiedenen Kölner
Stadtteilen vom 15.12.2015
1812/2016**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Kei-
ne. Enthaltungen? - Bei Enthaltung der Linken ist
das so beschlossen.

Damit ist der öffentliche Teil der heutigen Rats-
sitzung beendet.

Schluss: 20.52 Uhr